

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 15. 9. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Soll Methadon künftig in allen Städten des Landes abgegeben werden?

Seitdem sich HIV-Infektionen und Todesfälle bei Drogenabhängigen häuften, stünden auch die traditionellen Therapien auf dem Prüfstand. Neue Wege würden jetzt eher akzeptiert. Lebenshilfe, Existenzsicherung und therapeutische Erreichbarkeit der Suchtkranken sollten die Leitlinien sein. Die Methadon-Erprobungsprogramme hätten vielen Suchtkranken eine Richtung gezeigt. Daher sollte die Maßnahme flächendeckend umgesetzt werden. Das bekräftigt der SPD-Abgeordnete **Dr. Wilhelm Vollmann**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** erklärt, wenn überhaupt, dann habe Methadon nur einen Stellenwert in dem Maße, wie der Übergang von der Entgiftung in eine auf Drogenfreiheit abzielende Therapie abgesichert werden müsse. Hier könne Methadon im Einzelfall als „Krücke“ dienen, damit der therapiewillige Abhängige in der Wartezeit auf den Therapieplatz nicht erneut an die Nadel gerate. Der F.D.P.-Abgeordnete **Heinz Lanfermann** vertritt die Ansicht, die tatsächlich nur geringen Erfolge des Methadon-Programms überzeugten bisher keineswegs. Sie machten aber bereits heute deutlich, daß die Ausgabe von Methadon als Ersatzdroge keine generelle Lösung darstelle und nur für eine kleine ausgesuchte Gruppe bei Vorliegen besonders günstiger Rahmenbedingungen als Hilfsmöglichkeit in Frage kommen könne. Der Grünen-Abgeordnete **Daniel Kreutz** betont, die Antwort auf die Frage nach der Abgabe könne nur lauten: Ja, und zwar so schnell wie möglich, und ohne die Vergabe an sonstige Auflagen zu binden. Methadon als Ersatzdroge, die nicht berausche, aber den kalten Entzug vermeide, ermögliche Heroinabhängigen, die eine „Clean-Therapie“ nicht wollten, (noch) nicht verkrafteten oder nicht bekommen könnten, ein vergleichsweise normales Leben zu führen. (Seite 2)

### Hauptausschuß: Westschienenkanal ohne Verzögerungen

## VOX geht im Januar auf Sendung

Der Westschienenkanal wird ohne Verzögerung zum 1. Januar 1993 eingerichtet. Das verlautete auf Anfrage der CDU-Fraktion in einer Aktuellen Viertelstunde des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) am Donnerstag im Landtag.

Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Lothar Hegemann, ob die Landesregierung glaube, daß VOX zum Jahresende auf Sendung gehe, erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD): „Ich bin davon überzeugt.“ Der Minister machte deutlich, daß Veränderungen im Rahmen der Lizenzerteilung nicht mehr möglich seien. Er erläuterte, es sei Sache der Landesrundfunkanstalten, über Genehmigungen gesellschaftsrechtlicher Veränderungen bei Lizenznehmern zu befinden. Nach Kenntnis der Landesregierung habe sich indessen das Anbieter-Konsortium bei VOX nicht geändert. Clement nahm allerdings die Anteile von Time-Warner in Höhe von 14,5 Prozent aus. Time-Warner habe wegen seiner Beteiligung an einem Nachrichten-TV angekündigt, sein Engagement zum Jahresende auf-

zugeben. Das sei der Hintergrund. Der Minister unterstrich, das werde keine Veränderungen der politischen und rechtlichen Konstruktion nach sich ziehen und keine Auswirkungen. Fortsetzung Seite 22



„Vierzig Jahre hat man für ein unteilbares Deutschland gekämpft — und jetzt kommt Ihr trotzdem wieder mit der Teilerei!“  
Zeichnung: Wolter (Kölnische Rundschau)

## Die Woche im Landtag

### Wasserverbände

Mit vier Gesetzen will die Landesregierung Aufgabenstellung und Struktur der kleineren Wasserverbände im Lande neu regeln. Die Betroffenen nahmen dazu in einer Anhörung Stellung. (Seite 3)

### Rußlanddeutsche

Eine Delegation des Hauptausschusses hat sich über die Situation und Perspektiven der Rußlanddeutschen in der GUS informiert. (Seite 4)

### Härtefonds

Eine Million DM will die Landesregierung für einen Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern zur Verfügung stellen. Diese Absicht wurde in der Sitzung des Sozialausschusses bekannt. (Seite 7)

### Gesundheitspolitik

Unüberbrückbar waren die Gegensätze bei einer gesundheitspolitischen Debatte vor dem Hintergrund des Gesundheitsstrukturgesetzes der Bundesregierung. (Seite 16)

### Energiemarkt

Die im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich für mehr Wettbewerb auf dem künftigen europäischen Energiemarkt ausgesprochen. (Seite 17)

### Bürgernähe

Bürgernähe hat zentrale Bedeutung für die polizeiliche Arbeit. Das geht aus der Antwort des Innenministers auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion hervor. (Seite 24)

## WORT UND WIDERWORT

# Lebenshilfe und Existenzsicherung als Leitlinien

Von  
Dr. Wilhelm Vollmann

1992 sind in den ersten acht Monaten des Jahres bereits 344 Menschen durch Drogenmißbrauch ums Leben gekommen. Dies sind fast so viele wie im Vorjahr insgesamt. Immer noch bleiben in Deutschland die meisten Drogenabhängigen unversorgt und werden vom Gesundheitssystem nicht erreicht. Sie und ihre Angehörigen befinden sich oft in einer verzweiferten Lage und es darf, um ihnen helfen zu können, auch nicht davor zurückgeschreckt werden, neue Wege zu beschreiten. Erfreulicherweise hat Nordrhein-Westfalen hier die bundesweite Vorreiterrolle übernommen und wichtige Maßnahmen verwirklicht, wie z. B.

- den flächendeckenden Einsatz von Fachkräften für die Suchtprävention;
- die Förderung kommunaler Programme zur HIV-Prophylaxe oder
- die Methadonprobung.

Seitdem sich HIV-Infektionen und Todesfälle bei Drogenabhängigen häufen, stehen auch die traditionellen Therapien auf dem Prüfstand. Neue Wege werden jetzt eher akzeptiert. Selbst der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, fordert inzwischen die Aner-

### SPD: Neue Wege zur Therapie dürfen nicht tabu sein

kennung der Sucht als Krankheit, damit die Methadon-Behandlung im Sozialleistungsrecht verankert werden kann.

Früher eher skeptische Fachleute sind sich inzwischen einig, daß die Ausführungsbestimmungen der Ersatzangebote mit Methadon geändert und die Eingangsvoraussetzungen abgesenkt werden müssen. Methadon als Ersatz hat sich nach mehrheitlicher Expertenmeinung bei der Stützung der Rehabilitation und der Bekämpfung der sozialen Folgen der Suchterkrankung bewährt.

Die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der Sucht muß ehrlich geführt werden. Es genügt nicht, wie bisher, theoretische Auseinandersetzungen über vermeintliche „Königswege“ der Drogenbekämpfung zu führen. Es muß gehandelt werden. Angesichts des Ausmaßes und der Vielschichtigkeit der Drogenpolitik bedarf es einer großen Aktionsvielfalt. Lebenshilfe, Existenzsicherung und therapeutische Erreichbarkeit der Suchtkranken sollten die Leitlinien sein. Die Methadon Erprobungsprogramme haben für viele Suchtkranke eine Richtung gezeigt. Daher sollte diese Maßnahme flächendeckend umgesetzt werden.

Von  
Hermann-Josef Arentz

Der letzte Zwischenbericht der Prognos-AG zum Methadon-Versuchsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt, daß es falsch ist, von Methadon die Lösung der Drogenprobleme zu erwarten. Nach diesem Zwischenbericht sind von 183 Teilnehmern im Methadon-Programm bis zum heutigen Tag 40 ausgeschieden und nur ein einziger Klient ist bis zum heutigen Tag wirklich drogenfrei geworden. Drogenfrei bedeutet hier: Auch frei von Methadon zu leben.

Bestärkt wird dies durch die Erfahrungen mit dem Methadonprogramm der Stadt Zürich. Hier sind inzwischen 2500 Methadon-Empfänger, ohne daß die erhofften Wirkungen — Verringerung der Drogenkriminalität und des Konsums — eingetreten sind.

Wenn überhaupt, dann hat Methadon nur einen Stellenwert in dem Maße, wie der Übergang von der Entgiftung in eine auf Drogenfreiheit abzielende Therapie abgesichert werden muß.

### CDU: Methadon-Abgabe keine wirkliche Lösung

Hier kann Methadon im Einzelfall als „Krücke“ dienen, damit der therapiewillige Abhängige in der Wartezeit auf den Therapieplatz nicht erneut an die Nadel gerät.

Methadon kann also nur dann sinnvoll eingesetzt werden, wenn in ausreichendem Maße Entgiftungsplätze, therapeutische Angebote und Nachsorgeplätze bereitstehen.

Die Absicht der Landesregierung, ab 1993 in allen 54 Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen Methadon-Abgabestellen zu schaffen, aber gleichzeitig nur acht qualifizierte Entgiftungseinrichtungen für ganz Nordrhein-Westfalen vorzuhalten und nur 760 Therapieplätze bei über 20000 Drogenabhängigen anzubieten, diese Planung der Landesregierung zeigt eine völlig falsche Prioritätensetzung. Wichtiger als die flächendeckende Abgabe von Ersatzdrogen ist der Ausbau von Prävention, Entgiftung, Therapie und Nachsorge in NRW.

Von  
Heinz Lanfermann

Es wäre meines Erachtens verfrüht und unseriös, diese Frage jetzt abschließend beantworten zu wollen. Das Methadon-Versuchsprogramm endet erst zum Jahresende 1992.

Diese Tatsache ist leider in der öffentlichen Darstellung nicht mehr deutlich geworden, weil der zuständige Minister Heinemann schon mehrfach voreilige Erfolgsmeldungen verkündet hat. Damit hat er zum einen ein weiteres Opfer auf dem Altar sozialdemokratischer Symbolpolitik vollbracht und zum anderen die methodischen Zweifel zu unterdrücken versucht, die sich daraus ergeben, daß die Zahl der Versuchspersonen entgegen der Anfangskonzeption ausgeweitet wurde.

Nur als Alibi erscheinen dagegen die Äußerungen Heinemanns, die Verabreichung von Methadon stelle keinen Königsweg dar und die Suche nach Alternativen müsse weitergehen.

### F.D.P.: Bedingungen der Abgabe exakt beschreiben

Die tatsächlich nur geringen Erfolge des Methadon-Programms überzeugen bisher keineswegs. Sie machen aber bereits heute deutlich, daß die Ausgabe von Methadon als Ersatzdroge keine generelle Lösung darstellt und nur für eine kleine ausgesuchte Gruppe bei Vorliegen besonders günstiger Rahmenbedingungen als Hilfsmöglichkeit in Frage kommen kann.

Es bleibt abzuwarten, ob zu Beginn des Jahres 1993 ein qualifizierter Erfahrungsbericht über den Verlauf des Projektes vorgelegt werden kann, der dann genauestens zu prüfen sein wird. Erst dann kann die Frage, ob Methadon künftig in größerem Umfang abgegeben werden soll, beantwortet werden. Auf jeden Fall müßte gesichert sein, daß die Bedingungen einer Abgabe im einzelnen exakt beschrieben werden müßten.

Von  
Daniel Kreutz

Die Antwort auf die Frage kann nur lauten: Ja, und zwar so schnell wie möglich, und ohne die Vergabe an sonstige Auflagen zu binden. Methadon als Ersatzdroge, die nicht berauscht, aber den kalten Entzug vermeidet, ermöglicht Heroinabhängigen, die eine „Clean-Therapie“ nicht wollen, (noch) nicht verkraften oder nicht bekommen können, ein vergleichsweise normales Leben zu führen. Eine flächendeckende, niedrigschwellige Methadonsubstitution kann für viele Junkies ein Ausweg aus dem Teufelskreis von Abhängigkeit, Kriminalisierung und Verelendung sein. In den werden sie nicht von „der Droge“ allein gebracht, sondern vor allem von einer gescheiterten Drogenpolitik, die den Heroingebrauch strafrechtlich verfolgt, den kriminellen Schwarzmarkt mit exorbitanten Preisen erst im großen Stil ermöglicht, den Abhängigen jede soziale Perspektive nimmt, sie zur Beschaffungskriminalität zwingt und viele zum entwürdigenden Tod auf dem Bahnhofsklo verurteilt.

Es ist höchste Zeit, daß die Gesellschaft den Opfern ihrer bisherigen Drogenpolitik endlich Auswege eröffnet, die für die Betroffenen auch

### DIE GRÜNEN: Vergabe nicht an Auflagen binden

gangbar sind. Methadon ist dabei ein notwendiges Angebot unter vielen, die für eine vorbehaltlose Integration von Heroinabhängigen zu schaffen sind. Um dieses Ziel zu verwirklichen, ist eine grundsätzliche Kursänderung der Drogenpolitik auf Bundes- und Landesebene unverzichtbar.

Die Abhängigen müssen umfassend entkriminalisiert werden. Wer sich für ein heroinfreies Leben vorerst nicht entscheiden kann, dem muß die Möglichkeit eines kontrollierten Zugangs zur Droge und zu geschützten Formen des Gebrauchs eröffnet werden, die die erheblichen Gesundheitsrisiken — vor allem im Hinblick auf AIDS — mindern („Druckräume“; kostenlose Spritzenabgabe, auch in Knästen). Wer zur Clean-Therapie bereit ist, muß durch einen bedarfsgerechten Ausbau des „Therapie-Sofort“-Angebots die reelle Chance dazu erhalten. Unterstützende Beratungs- und soziale Hilfsangebote sowie eine Nachsorge-Infrastruktur sind nötig, um Abbruch- und Rückfallquoten zu verringern. Methadon muß die Lücke dazwischen füllen und die Chance des „sanften“ Übergangs zur Drogenfreiheit schaffen.

## Kleinere Wasserverbände wehren sich gegen Auflösung und Eingliederung

### Geplante Regelung der Mitbestimmung von Arbeitnehmern bleibt umstritten

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung zur Neuregelung der Wasserverbände im Bereich von Agger (Drs. 11/3515), Wupper (Drs. 11/3516), Erft (Drs. 11/3517) und Niers (11/3518) standen im Mittelpunkt einer Anhörung der Ausschüsse für Umweltschutz und Raumordnung sowie für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 9. September. Im Plenarsaal des Landtags erhielten zwölf Sprecherinnen und Sprecher unter dem Vorsitz von Werner Stump (CDU) Gelegenheit zur Stellungnahme.

Eine entscheidende Schwächung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung sei in der vorgesehenen Regelung zu sehen, daß die bisher ehrenamtlich tätigen Organe der Verbände durch hauptamtliche Vorstände ersetzt werden sollen. Dr. Doose, Sprecher der kommunalen Spitzenverbände, machte zudem verfassungsrechtlich-

Entwurf für überflüssig. Auch er sah eine weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung ab und wies die vorgesehene Form der Arbeitnehmermitbestimmung zurück; deren Belange seien im weitgehenden Mitbestimmungsmodell des Landespersonalvertretungsgesetzes berücksichtigt. Die Einrichtung einer besonderen Stelle eines Abteilungsleiters für Personal und Soziales sei nicht einzusehen und habe eine erhebliche Verteuerung der Verbandsarbeit zur Folge. Wenn an einer Erweiterung der Verbandsstrukturen gedacht werde, dann sei die institutionalisierte Mitarbeit der Naturschutzverbände eher sinnvoll, betonte er und plädierte dafür, die Neuregelungen, wenn sie Gesetz werden sollten, bereits zum 1. Januar 1993 in Kraft treten zu lassen, um die Unruhe unter den Mitgliedern und Mitarbeitern der Verbände endlich zu beseitigen. „Absolut nichts zu suchen“ habe die Arbeit-

geschehen, daß in dem Fall, daß die kreisfreien Städte im Verbandsrat ihre Sitzansprüche geltend machten, für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden kein Platz mehr sei. Störte schlug vor, die Delegiertenversammlung für Vertreter der Industrie- und Handelskammer zu öffnen, den zukünftigen Vorstand nicht nur aus einer, sondern aus mehreren Personen bestehen zu lassen und im Gesetz die Möglichkeit für Satzungsänderungen durch den Verband offen zu lassen.

Der Vorstandsvorsitzende des Niersverbandes, Schuster, wies auf die Leistungen des vor 65 Jahren gegründeten Wasserverbandes hin: Es sei gelungen, die unerträglichen Mißstände am Nierslauf abzustellen. Daher sei es „befremdlich“, wenn in der Begründung des Gesetzentwurfes zu lesen sei, die bisherige Organisationsform habe nicht effizient gearbeitet. Er faßte zusammen: Es gebe keinen Bedarf einer solchen Gesetzesänderung, durch Auflösung und Neuorganisation sei die kostengünstige Erfüllung der Aufgaben nicht mehr gewährleistet, die Insti-

Fortsetzung Seite 11



Werner Stump (CDU, hintere Bildmitte) leitete die Anhörung über die Gesetzentwürfe zu den Wasserverbänden, die im Plenum des Düsseldorfer Landtags stattfand. Foto: Schüler

che Bedenken für die geplante Drittelparität der Arbeitnehmer im Verbandsrat geltend; das gelte besonders für die zwingend gebotene Mitgliedschaft von zwei Arbeitnehmervertretern, die nicht Beschäftigte des Verbandes seien. Doose begründete diese Vorbehalte vor allem damit, daß die Verbände auch hoheitliche Aufgaben zu erfüllen hätten, dafür sei eine demokratische Legitimation erforderlich. Im übrigen teile man nicht die Auffassung der Landesregierung, zu einer effektiveren Erfüllung der Aufgaben der Wasserverbände sei eine Änderung der Struktur der Verbände erforderlich: „Die Verbände haben bisher nach unserer Kenntnis ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt und bewiesen, daß sie sich neuen und steigenden Aufgaben jederzeit stellen können. Wie die kommunalen Spitzenverbände keinen Anlaß zu einer Neuregelung zu erkennen vermochten, hielt der Sprecher des Erftverbandes, der Bundestagsabgeordnete Hans Gottlieb Benrath, nach der gerade erst erfolgten Novellierung des Gesetzes den

nehmermitbestimmung in diesem Bereich, urteilte Dr. Hansjochen Kochheim vom Aggerverband in Gummersbach. Die „Erfindung eines Arbeitsdirektors im Verbandsvorstand“ führe zusammen mit dem überwunden geglaubten „Dreiklassenwahlrecht“ für den Verbandsrat unter den Mitgliedern zu Resignation und erlahmendem Interesse an der Verbandsarbeit. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum seit Jahrzehnten gewachsene und bewährte Strukturen ohne Not zerschlagen werden sollen“, kritisierte er unter Hinweis auf das genossenschaftliche Denken in seinem Verband; diese richtige Form ortsnahe Demokratie solle dem repräsentativen Prinzip geopfert werden. „Wir halten ebenfalls dieses Gesetz für überflüssig“, erklärte der Sprecher.

Der Vorstandsvorsitzende des Wupperverbandes, Störte, gab ein Meinungsbild der Mitglieder zur angestrebten Novellierung wieder: Entweder stimme man zu oder lehne die Neuregelung völlig ab. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die industriellen Mitglieder beklagten die Einschränkung ihrer Mitwirkungsmöglichkeit. Bisher seien alle Mitglieder in der Verbandsversammlung vertreten; in Zukunft säßen dort nur noch „große Blöcke“. So könne es

### Rau erhält viele gute Wünsche zur baldigen Genesung

Anteilnahme und Interesse an den Genesungsfortschritten des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) sind groß. Einige tausend Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus NRW haben ihm inzwischen geschrieben und Mut gemacht. Den Regierungschef hat die Zuwendung seit seiner Nierenoperation im Juli sehr gefreut. Wie ein Sprecher der Staatskanzlei gegenüber „Landtag intern“ berichtete, haben besonders viele israelische Freunde im In- und Ausland einschließlich des israelischen Botschafters in Bonn Johannes Rau baldige Genesung gewünscht. Dennoch sind bis Ende September erst einmal alle Termine des Regierungschefs abgesagt. Rau selbst hat in einem persönlichen Schreiben festgelegt: „Wenn in den nächsten Tagen nach der parlamentarischen Sommerpause die politische Arbeit in Düsseldorf wieder beginnt, kann ich nicht dabei sein. Das ist ungewöhnlich und fällt mir schwer.“ Im Verlauf des Briefes kommt er ferner zu der Erkenntnis: „Nun lerne ich zum ersten Mal, daß Erholung anstrengend sein kann. Es geht langsam voran, langsamer, als ich mir das erhoffte. Viele von denen, die ich spreche und die mir schreiben, berichten von ähnlichen Erfahrungen und raten zu Geduld. So werde ich noch etliche Wochen brauchen, bis ich meine Arbeit wieder so tun kann, wie Ihr es kennt, und wie ich es gewohnt bin. Darauf freue ich mich.“ Im Landtag hat auch SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann nach der Sommerpause dem Ministerpräsidenten dringend geraten, sich für seine Genesung genügend Zeit zu nehmen.

## Reinhard Grätz: Es liegt noch eine lange Wegstrecke vor den Republiken

### Reise einer Delegation des Hauptausschusses in die GUS

*Um die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Nachfolgestaaten in der Sowjetunion nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in der Provinz kennenzulernen, reiste eine Delegation des Hauptausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) in die Russische Föderation, nach Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan. Die Delegation wollte auch Situation und Perspektiven der Rußlanddeutschen prüfen, weil nach den bisherigen Erfahrungen davon auszugehen ist, daß bei Auswanderungen mehr als ein Viertel dieser Menschen nach Nordrhein-Westfalen kommen. Die Kommission wollte darüber hinaus auch die Veränderung in der Medienlandschaft studieren und föderale Ansatzpunkte kennenlernen.*

Die Delegation hatte u. a. in Moskau Gelegenheit, mit dem Minister für Nationalitätenfragen, dem Vorsitzenden des staatlichen Rundfunks, mit Chefredakteuren und anderen politisch bedeutsamen Persönlichkeiten Gespräche zu führen. In der Millionenstadt Saratow war Gelegenheit, neben einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Gebietssozjets auch das Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik vor Ort anzusehen und mit Betroffenen zu sprechen. Auch in der bis vor anderthalb Jahren für Ausländer gesperrten Stadt Omsk in Sibirien stand die Gebietsadministration für sehr sachliche Gespräche zur Verfügung. Darüber hinaus konnten die einzelnen Mitglieder der Delegation bei dem Besuch deutschstämmiger Familien im deutschen Kreis Asowo deren Wünsche und Überlegungen für die Zukunft diskutieren.

In Karaganda wurde eine Schule mit starkem Deutschunterrichtsanteil sowie ein deutscher Gottesdienst besucht. Der katholische Priester bestätigte, daß der weit überwiegende Anteil der deutschen Bevölkerung darauf warte, nach Deutschland zu emigrieren. In Alma-Ata, der kasachischen Hauptstadt, wurde die Delegation des Hauptausschusses von Repräsentanten des Parlaments begrüßt, in Bischkek vom Präsidenten der Republik Kirgisien, Arkajew, vom Außenminister und von Vertretern der Gebietsverwaltungen. Schließlich wurden sehr sachliche Gespräche auch beim Außenminister in Taschkent (Usbekistan), beim stellvertretenden Ministerpräsidenten und beim Minister für wirtschaftliche und internationale Beziehungen geführt.

In einer auch für russische Verhältnisse ungewöhnlich gut besuchten Pressekonferenz in Moskau zum Abschluß der Reise – 100 Medienvertreter von Rundfunk und 44 erschienenen Zeitungen – hatten die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) zusammen mit dem Vorsitzenden Gelegenheit, über ihre Eindrücke zu berichten.

Die Parteienstruktur, so Reinhard Grätz, sei völlig unterentwickelt vorgefunden worden. Die Fraktionen hätten erkennen müssen, daß es nicht richtig wäre, westliche Demokratievorstellungen in zwei Jahren der Umgestaltung auf ein solches Land zu übertragen. Auch hätte man in Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß es in den Administrationen noch sehr viele alte Seilschaften, insbesondere in den nichtrussischen Republiken, gibt. Auch sei bei den Beteiligten das Gefühl gewachsen, daß die Probleme sowohl durch den Islam als auch durch den Nationalismus, insbesondere in den Ländern Zentralasiens, von den Vertretern der Administration als zu gering eingeschätzt bzw. teilweise sogar heruntergeredet würden.

In der anschließenden Fragerunde räumte der Vorsitzende ein, daß es der Delegation



*Leitete die Delegation: Hauptausschlußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD).*

in zwölf Tagen kaum möglich gewesen sei, sich ein abschließendes Urteil über die Parteienstruktur zu bilden. Er habe seine Einschätzung unter anderem auch von den geringen Mitgliederzahlen in den politischen Parteien abgeleitet. Er wies darauf hin, daß die deutsche Parteien direkt oder indirekt über ihnen nahestehende politische Stiftungen in der Vergangenheit entscheidende Hilfen gegeben hätten, etwa in Spanien oder Portugal. Er sei sich mit den Fraktionen darüber einig, daß es allerdings unangemessen wäre, wenn die Deutschen einem so großen Volk wie dem russischen als Lehrmeister gegenübertreten würden. Gleichwohl sei er mit den übrigen Delegationsteilnehmern der Meinung, daß die politischen Stiftungen der deutschen Parteien in Moskau und an anderen Stellen noch aktiver werden sollten als bisher, ohne in irgendeiner Weise zu belehren.

#### Die Rußlanddeutschen

Was die wirtschaftliche Lage angehe, so die Einschätzung des Delegationsleiters Grätz, habe man noch nicht ausreichend erkannt, wie schwierig es sei, die Marktwirtschaft umzusetzen. Es sei wichtig, daß die Republiken zuerst einmal eine Bestandsaufnahme vornähmen, weil gutgemeinte oder zufällige Hilfen und Investitionen des Westens sonst wohl kaum Erfolg haben könnten. Es herrsche nach wie vor eine große Unsicherheit in der Frage des Eigentums an Grund und Boden. Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Selbstversorgung sind nach Einschätzung der Reiseteilnehmer vorrangig. Das wichtigste Stichwort „Westliche Hilfe zur Selbsthilfe“ sei wohl, so Grätz in der Pressekonferenz, in Usbekistan am klarsten erkannt worden.

Es liege noch eine lange Wegstrecke vor den

Republiken, insbesondere auch, um die Rüstungskonversion durchzuführen. Es sei aber gerade jetzt wichtig, Hoffungszeichen zu setzen. Was die Situation der Rußlanddeutschen angehe, habe die Delegation mit sehr vielen Einzelheiten und Offiziellen gesprochen und menschliche Tragödien wahrgenommen.

Nach den vorläufigen Erkenntnissen der Delegation gäbe es vier gleichzeitig zu beschreitende Entscheidungsmöglichkeiten für die Rußlanddeutschen (Bildung der Wolgarepublik, deutsche Kreise, Königsberg-Variante, Aussiedlung).

Die Wolgarepublik lasse sich nur mittelfristig mit kleineren Inseln bilden, könne aber emotional ein Orientierungspunkt für die Deutschen sein. Man sei sich aber nicht sicher, ob die Einrichtung einer Wolgarepublik vielleicht schon zu spät komme. Ein weiterer Ansatzpunkt, die Menschen in der GUS zu halten, sei die Schaffung von deutschen Kreisen, was allerdings die Vertreter Kasachstans ablehnten. Man sei, so Reinhard Grätz in der Pressekonferenz weiter, immer wieder auf die sogenannte „Königsberg-Variante“ gestoßen, wozu sich die Delegation aber keine abschließende Meinung habe bilden können. Diese scheinbar interessante Variante sollte vorrangig zwischen den Rußlanddeutschen und der russischen Regierung besprochen werden. Die Delegation sei sich allerdings einig in der Einschätzung, daß es zu einer großen Auswanderungswelle trotz der anlaufenden Hilfe aus Deutschland kommen werde, wobei im Vergleich zu den zentralasiatischen Republiken der Anteil der Aussiedlungswilligen in Rußland geringer zu sein scheine, wenn es zu einer Veränderung der jetzigen instabilen Lage komme.

Der Wunsch, nach Deutschland einzuwandern, werde zum einen wirtschaftlich begründet, habe darüber hinaus seinen Grund in der Verunsicherung der Menschen über die künftige nationale und religiöse Lage, insbesondere in den zentralasiatischen Republiken. Ein weiterer Grund sei der unbedingte Wille der Deutschen, den Nachkommen wenigstens die deutsche Sprache und die kulturelle Identität zu erhalten und darüber hinaus die starke Familienbindung der Menschen, die in weiten Teilen bereits Verwandte in der Bundesrepublik hätten.

Die Kommission sei sich einig, so Grätz, daß Lösungen nur diskutabel seien, wenn sie den einzelnen Republiken die Entscheidungsfreiheit belassen, weil alles andere zur Verunsicherung und zu Massenauswanderungen beitrage. Man habe erkennen müssen, daß die Eigenständigkeit der Volksgruppe sich nicht verwirklichen lasse, wenn die Sprache nicht erhalten werde. Um die Unentschlossenen in ihren jeweiligen Republiken zu halten, müßten die bisherigen Hilfen des Vereins der Auslandsdeutschen und

Fortsetzung Seite 23

## **NRW tritt für Bundes-Schienenwege-Gesetz ein**

### **Privat finanziertes Projekt wird von Landtagsmehrheit befürwortet**

*In der von Vorsitzendem Hans Jaax (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 10. September einigten sich die Verkehrspolitiker der SPD, CDU und F.D.P. bei der Beratung von drei Anträgen der Oppositionsfraktionen zur West-Ost-Verkehrsstruktur und der Zukunft des Verkehrs in NRW auf ein gemeinsames Votum zum ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan des Bundes. Darin erkennen sie die Berücksichtigung von Interessen des Landes durch die Aufnahme wichtiger Verkehrsprojekte in NRW an, halten jedoch den Anteil des Landes an Ausbaumaßnahmen der Schiene für unzureichend. Die Anmeldung der Untertunnelung der Bundesstraße 1 in Dortmund im Zuge der Autobahn 40 zum Bundesverkehrswegeplan als privat finanziertes Pilotprojekt wird von ihnen gemeinsam befürwortet.*

Bei der Beratung einer Beschlußvorlage der SPD-Fraktion zu den Anträgen der CDU, F.D.P. und der Grünen hatte sich herausgestellt, daß auf das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene kein Einfluß mehr genommen werden könne. Verkehrsminister Franz Josef Kniola (SPD) teilte mit, daß der NRW-Vertreter im Verkehrsausschuß des Bundesrats am Vortag keine Mehrheit für beantragte weitere Schienen- und Straßenprojekte bekommen habe, daß sich jedoch die Mehrheit der Bundesländer auf Antrag von NRW für ein Schienenwegegesetz des Bundes parallel zum Bundesverkehrswegegesetz (das nur den Straßenverkehr betrifft) ausgesprochen habe. Im Verkehrswegeplan sollen dafür nach Ansicht der meisten Bundesländer eigens Mittel eingestellt werden. Obwohl die Verkehrsexperten der Fraktionen Karl Böse (SPD), Heinrich Dreyer

(CDU), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) und Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) mit verschiedenen Dringlichkeiten im Bundesverkehrswegeplan nicht einverstanden waren, einigten sie sich im Interesse besserer Durchsetzbarkeit mit Ausnahme der Grünen-Sprecherin darauf, das von Dreyer vorgeschlagene privat zu finanzierende Projekt Tunnel B 1/A 40 in Dortmund zu unterstützen. Dafür müßten 600 Millionen Mark aufgebracht werden. Frau Nacken hielt ein solches Modell für nicht realistisch. Ebenfalls gegen ihre Stimme einigten sich die Verkehrspolitiker der SPD, CDU und F.D.P., beim Projekt Transrapid/Magnetschnellbahn die Bundesregierung und den Bundestag aufzufordern, „die erforderlichen Beurteilungsgrundlagen vorzubereiten und über die Aufnahme einer Verbindung Bonn — Rhein/Ruhr — Hamburg — Berlin zu ent-

scheiden“. In diesem Zusammenhang wurde die Hinhaltepolitik des Bundes kritisiert. Vor dem Einsatz öffentlicher Mittel wurde gewarnt. Die Grünen-Sprecherin bezeichnete das Projekt als Industrieförderung, die nicht in den Verkehrshaushalt gehöre.

Zum CDU-Antrag „Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“ (Drs. 11/2511) unterrichtete Minister Kniola über zwei süddeutsche Pilotprojekte nach dem „Konzessionsmodell“ auf Bundesebene, die auch von der Verkehrsministerkonferenz begrüßt würden. Diese sei jedoch gegen die Belastung des Verkehrshaushalts durch Zins- und Tilgungsdienste. Wer für Zins- und Tilgungslasten aufkomme, sei noch ungeklärt. Der Bundesverkehrsminister habe dennoch fünf weiteren Straßenbaumaßnahmen zugestimmt, weitere 18 Projekte würden geprüft, wozu die Rheinquerung bei Ilverich gehöre.

An einer von der CDU im Umweltausschuß beantragten Anhörung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes will sich der Verkehrsausschuß beteiligen. Mit der Änderung wird die Bundesvorschrift umgesetzt, Raumordnung und Landesplanung aufeinander abzustimmen, wobei die Umweltverträglichkeitsprüfung zu integrieren war. Die Fraktionen der SPD und der CDU begrüßten vorab die Klarstellung, daß über die Linienführung von Bundesfernstraßen erst im Anschluß an das Raumordnungsverfahren entschieden werde und daß Güterverkehrszentren als besonders bedeutsam für die überörtliche Wirtschaftsstruktur, Umweltsituation und Landesentwicklung einbezogen würden.

Dem Anhörungswunsch des Wirtschaftsausschusses liegen der CDU-Antrag „Standort NRW stärken — Beseitigung des Industrie- und Gewerbeflächennotstandes“ (Drs. 11/3496) und der F.D.P.-Antrag „Ausweisung von Flächen für Wohnungen, Gewerbe und Industrie“ (Drs. 11/3796) zugrunde, die das Plenum am 7. Mai und am 4. Juni überwiesen hatte („Landtag intern“ Nrn. 10/92 und 12/92).

Im Abschlußbericht der im Januar 1991 eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe „Mobilisierung gewerblicher Bauflächen“ wird zum Grundstücksmarkt festgestellt, daß ein nicht unbedeutendes Potential an Flächen wegen mangelnder Verkaufsbereitschaft oder ungewisser Bodenbelastung für eine Nutzung zu gewerblichen Investitionen nicht zur Verfügung stehe. Bei den Preisen werden wesentlich geringere Steigerungen für Gewerbeflächen als für Wohnbaugrundstücke festgestellt. Bei gewerblichen Flächen reiche die Spanne von 410 Mark pro Quadratmeter für eine gute Lage in Düsseldorf bis zu 17,50 Mark in mäßiger Lage von Rheine.

Als Flächennutzungsprobleme werden fehlendes Planungsrecht der Gemeinden, Altlasten, Umgang mit Bodenbelastungen, Abschlußbetriebspläne von Bergwerksbetreibern zur Beendigung der Bergaufsicht, Unkenntnis steuerlicher Berücksichtigung von Sanierungsaufwand und anderes aufgezählt. Der „Flächenbericht“ der Landesregierung enthält ferner Hinweise für ein landesweites Kataster und für Fördermittel.

## **Ausschuß-Anhörung zum „Flächennotstand“**

### **Bodenbelastung bremst Baulanderwartung**

*Auf eine Anhörung im Herbst zum Thema „Möglichkeiten zur Mobilisierung von Flächen für Wohnung, Gewerbe und Industrie in NRW“ (vorläufiger Arbeitstitel) hat sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause geeinigt. Grundlage der öffentlichen Expertenbefragung soll der „Flächenbericht“ der Landesregierung (Vorlage 11/1413) sein, der den Abgeordneten im Juni d.J. zugeleitet wurde.*



Zwei Gäste aus Frankreich und einen Gast aus Großbritannien begrüßte der Vorsitzende des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit Jürgen Büssow (SPD, Mitte) als Zuhörer in der Sitzung am 9. September, in der es unter anderem um das Ratifikationsverfahren der Beschlüsse von Maastricht wenige Tage vor dem Referendum in Frankreich und um die Vorbereitung des Ausschusses der Regionen und deren Repräsentanz in Brüssel ging.

Foto: Schüler

## Anhörung GFG '93 am 7. Oktober

### Starre Obergrenzen nicht leistungsgerecht

Als Termin für die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1993, der in dieser Woche im Plenum eingebracht wird, einigte sich der Ausschuß für Kommunalpolitik bereits vor der Sommerpause auf den 7. Oktober 1992. Dabei werden auch Stellungnahmen zum Änderungsentwurf des Innenministeriums zur Stellenobergrenzenverordnung erwartet. In der von Vorsitzendem Dr. Jörg Twenhöven (CDU) geleiteten Sitzung des Kommunalausschusses am 9. September wurde die Aussprache über den Entwurf im Hinblick auf die Anhörung vertagt. Die kommunalen Spitzenverbände hatten schriftlich auf die einstellungs- und motivationshemmende Wirkung zu starrer Obergrenzen bei steigenden Anforderungen an die personelle Kompetenz der Kommunalverwaltungen aufmerksam gemacht.

In den letzten beiden Jahrzehnten, so führte der Städtetag aus, seien die Stadtverwaltungen mit sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen direkt vor Ort konfrontiert worden. Allein die Querschnittsaufgabe Umweltschutz habe sich auf traditionelle Aufgaben erheblich ausgewirkt. Auch im Sozialbereich, in der Jugendhilfe, bei der Trinkwasserversorgung, im Kläranlagenbau, im Schul- und Kulturbereich sei die Kommunalverwaltung federführend initiativ geworden. Aus örtlicher Nähe müßten die Stadtverwaltungen qualifiziert und unverzüglich handeln. Entsprechend leistungsfähiges Personal hierfür müsse angemessen besoldet werden. Das Stellenobergrenzenrecht sei völlig unzeitgemäß. Abteilungs- und Sachgebietsleitungsfunktionen könnten trotz höherer Verantwortung und Beanspruchung nicht höher dotiert werden. Andererseits würden den Städten und Gemeinden zunehmend sogenannte Wei-

sungsaufgaben zugewiesen, zum Beispiel beim Ausländerwesen, der Gefahrenabwehr oder beim Natur- und Umweltschutz. Diese ausnahmslos hoheitlichen Aufgaben erforderten den Einsatz von Beamten. In größeren Kommunen seien in einigen Fachämtern mehrere hundert Beschäftigte tätig. Das Besoldungsrecht entspreche der besonderen Führungs- und Finanzverantwortung des Leitungspersonals häufig nicht.

Gegenüber den nicht an Obergrenzen gebundenen Beamten in obersten Landes- und Bundesbehörden seien, so meinte der Städtetag, die Kommunalbeamten erheblich benachteiligt. Bis zur Sachbearbeitung werde eigenverantwortlich entschieden mit voller Überprüfbarkeit durch die Gerichte.

Ministerialfunktionen unterlägen dagegen weder der gerichtlichen Kontrolle noch der unmittelbaren Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

## Minister Heinemann ist zurückgetreten

Der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD), ist am 10. September zurückgetreten. Er zog damit die Konsequenzen aus der sogenannten Drehbuch-Affäre, die in Zusammenhang mit der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses von der Opposition im Landtag aufgegriffen worden war. Heinemann übernahm laut einer Erklärung die Verantwortung dafür, daß zwei Papiere in die Öffentlichkeit gebracht worden seien, die seine Mitarbeiter und ihn belasteten sollten.

Hermann Heinemann stammt aus Dortmund. Der gelernte Bankkaufmann war seit 1971 Hauptgeschäftsführer der Westfalenhalle GmbH sowie der Hotel- und Gaststättenbetriebe Westfalenhalle. Im Juni 1985 trat er sein Ministeramt an. Seit 1975 stand er bis vor kurzem dem mitgliederstärksten SPD-Bezirk Westliches Westfalen vor. Er ist Mitglied des Parteivorstandes und gehörte auch dem Rat seiner Heimatstadt an. Von 1983 bis 1984 war er Mitglied des Europaparlaments. Der SPD gehörte er seit 1951, dem Landtag seit 1985 an. Drogenbekämpfung und Aids-Aufklärung sowie das Methadon-Programm für schwer Rauschgiftabhängige hatte er zu Schwerpunkten seiner politischen Arbeit gemacht.

## Kommunalverfassung in Norwegen: Schuldenmachen nur für Investitionen

In Anbetracht der bevorstehenden Reform der Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen hat eine Kommission des Ausschusses für Kommunalpolitik in der Zeit vom 4. bis 10. Juli 1992 verschiedene Städte und Gemeinden in Norwegen besucht, um die Erfahrungen eines europäischen Nachbarlandes in seine Reformüberlegungen miteinbeziehen zu können.

Beginnend in Kristiansand im Süden Norwegens führte diese Reise die Kommissionsmitglieder unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Dr. Jörg Twenhöven (CDU) über Bergen und Hammerfest schließlich in die Landeshauptstadt Oslo. Für die Fachgespräche in den genannten Kommunen standen der Kommission jeweils hochkompetente Gesprächspartner zur Verfügung, die

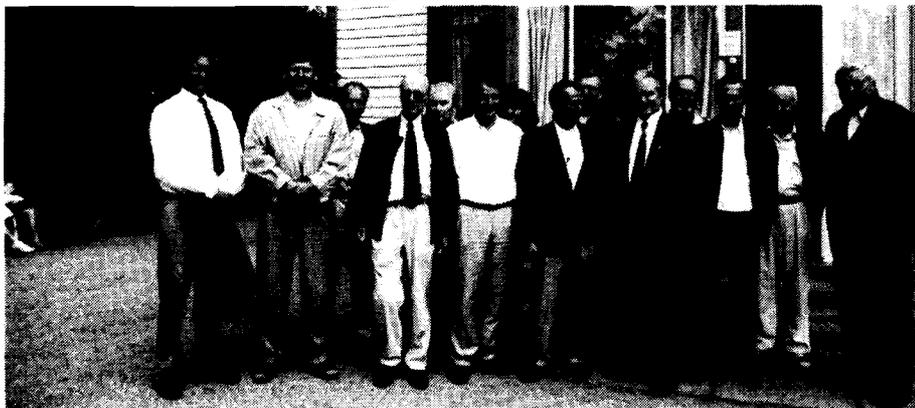
einen umfassenden Einblick in die in Norwegen praktizierte Kommunalpolitik und in den Aufbau der norwegischen Kommunalverwaltung verschaffen konnten.

Obwohl die kommunale Selbstverwaltung in Norwegen nicht verfassungsrechtlich verankert ist, lassen sich viele Parallelen zu unserer Kommunalverfassung erkennen. Das Land ist in 19 politische Bezirke (Fylke) ein-

geteilt. Dies sind regionale Einheiten der Zentralregierung, die einem von der Zentralregierung vorgeschlagenen und vom norwegischen König ernannten Gouverneur der Kommunen unterstellt sind, der auch die staatliche Kontrolle über die Kommunen und die Bezirke ausübt. Der politische Bezirk ist deckungsgleich mit dem Verwaltungsbezirk. Jeder dieser Bezirke ist in Stadt- und Landgemeinden aufgegliedert. Sie sind z. B. zuständig für die weiterführenden Schulen, die Krankenhäuser, den öffentlichen Personennahverkehr, die Landstraßen und die Landesplanung.

Wie die 454 Gemeinden, wovon mehr als die Hälfte weniger als 5000 Einwohner und nur 47 die Stadtrechte haben, haben auch die Bezirke ihren Rat, der zum selben Zeitpunkt ebenfalls jeweils alle vier Jahre gewählt wird. Die Arbeitsweise der Gemeinderäte und der Bezirksräte ist nahezu identisch. Der Gemeinderat wählt ein Viertel seiner Mitglieder in den Gemeindevorstand entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien. Beide, Gemeinderat und Vorstand, werden als höchste Beschlußorgane vom Bürgermeister geleitet, der wiederum vom Rat gewählt wird, hauptamtlich tätig ist und die Gemeinde nach außen vertritt. Um die vielfältigen Aufgaben und Zuständigkeiten, wie Grundschulangelegenheiten, Gesundheitsamt, Sozialdienste, Technische Dienste, Kindergärten, Stadtplanung und kulturelle Aufgaben, bewältigen zu können, richtet der Gemeinderat einen Gemeindeausschuß, einen Hauptausschuß, ständige Fachausschüsse, Ausschüsse für die einzelnen Stadtteile (bei großen Gemeinden) sowie eventuell notwendige Ausschüsse für einmalige Sonderaufgaben ein.

(Fortsetzung nächste Ausgabe)



Mit norwegischen Kollegen besprachen Mitglieder des Kommunalausschusses Reformvorschläge der Kommunalverfassung, v.l. Direktor Erik J. Larssen, Jürgen Thulke (SPD), Ausschußassistent Günter Baumann, CDU-Sprecher Albert Leifert, Jürgen Schauß (SPD), Günter Langen (CDU), SPD-Fraktionsreferentin Thoma Frahm, Ausschußvorsitzender Dr. Jörg Twenhöven (CDU), Ministerialdirigent Friedrich Wilhelm Held, der Oberstadtdirektor von Bergen Bjarne Jenssen, Heinz Wirtz (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), SPD-Sprecher Reinhard Wilmbusse, Walter Grevener (SPD) vor dem Wohnhaus des Komponisten Edvard Grieg in Bergen.

## Weg zur weiteren Förderung des Klärungshauses Köln scheint gefunden

*Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seiner Sitzung am 9. September durch seinen Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD), im Namen der Ausschußmitglieder in aller Schärfe die Übergriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern der letzten Wochen verurteilt: Gewalt sei kein Mittel politischer Auseinandersetzung, gleichgültig, um welchen Sachverhalt es gehe.*

Der Ausschuß befaßte sich auf Antrag von Heinz Lanfermann (F.D.P.) mit dem Problem der schwerst mehrfachbehinderten Kinder im Lande. Man kam überein, daß sowohl der Ausschuß als auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen klärende Gespräche mit dem neu gegründeten Landesverband „Arbeitskreis Kunstfehler bei der Geburt“ (AKG) führen werden.

Zum Thema „Engpässe im Transplantationszentrum Essen“ wolle Lanfermann von der Landesregierung wissen, ob tatsächlich „skandalöse Engpässe“ vorliegen, worin diese begründet sind und wie Abhilfe geleistet werden kann. Die Vertreterin des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung erklärte, daß nach einem Schreiben des Verwaltungsdirektors der Medizinischen Einrichtungen Essen die Leiter der drei Essener Kliniken, in denen Transplantationen durchgeführt werden, versichern, daß keine aktuellen Engpässe im Transplantationszentrum vorliegen, daß das Transplantationszentrum voll funktionsfähig ist und aus medizinischer Sicht dringendst erforderliche Operationen nicht zurückgestellt zu werden brauchen, es sei denn, daß es an einem geeigneten Organ fehle.

Warum die Landesräte-Konferenz des Landschaftsverbandes Rheinland entschieden hat, das Klärungs- und Orientierungshaus des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) Köln ab dem 1. August 1992 nicht mehr zu fördern, wollte Hermann-Josef Arentz (CDU) vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wissen.

MAGS-Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender führte aus, daß die Einrichtung „Klärungs- und Orientierungshaus für Drogenabhängige“ des SKM Köln in Kürten-Bechen mit acht Plätzen seit dem 1. August 1989 als Modelleinrichtung betrieben wurde. Die Modellphase wurde bis zum 31. Juli 1992 begrenzt. Mit Schreiben vom 23. Juli 1992 habe der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland den Träger SKM davon in Kenntnis gesetzt, daß eine weitere Förderung als Modelleinrichtung nicht für erforderlich gehalten wird, weil inzwischen die Erfahrungen mit positivem Ergebnis vorlägen. Die Anerkennung der Kosten im Einzelfall für die Betreuung in Bechen aber wurde vom Landschaftsverband mit der Begründung abgelehnt, daß aufgrund erheblicher Haushaltschwierigkeiten beschlossen worden sei, keine „neuen finanzwirksamen Aufgaben zu übernehmen.“



*Hilfe für Bosnien ist auf Initiative und mit tatkräftiger Unterstützung des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg und des von ihm gegründeten Vereins „Bosnien-Hilfe e.V.“ in Wuppertal zustande gekommen. Ein Konvoi aus drei Lastwagen startete mit sieben Tonnen Medikamenten und Kindernahrungsmitteln sowie einem Dialyse-Gerät. Ziel war die zentrale Verteilungsstelle der Bundesregierung in Zagreb, wo die sechs Fahrer die Sachspenden an eine Abordnung des Krankenhauses von Tesanj in Bosnien übergaben. Die Spenden sollten, so Lichtenberg, an der richtigen Stelle ankommen. Das Bild zeigt die Übergabe der Spendengüter in Zagreb an den Präsidenten des bosnischen Roten Kreuzes, Dr. Alicehacic (4. v. l.), durch den Abgeordneten Lichtenberg (2. v. l.). Links außen Botschaftsrat Dr. Ellner vom Verbindungsbüro für humanitäre Hilfe der deutschen Botschaft in Zagreb.*

Nach Auffassung des Landschaftsverbandes sei somit zu prüfen, wer die „vorrangig Verpflichteten“ sind. Seines Erachtens seien dies die Leistungsträger der medizinischen Rehabilitation, da etwa die Hälfte der Klienten von Bechen im Anschluß an den dortigen Aufenthalt eine medizinische Rehabilitationsbehandlung beginnen. Insofern sei die Maßnahme in Bechen als „therapievorbereitende Maßnahme“ aufzufassen. Der maßgebliche Leistungsträger für medizinische Rehabilitation (Rheinische Arbeitsgemeinschaft) teilt diese Auffassung derzeit nicht.

Am 30. März 1992 beantragte der SKM Köln Fördermittel zur Erweiterung der Einrichtung in Bechen aus zusätzlichen Haushaltsmitteln für das Projekt „Therapie sofort“. Das mit dem in Dortmund laufenden Pilotprojekt vergleichbare Angebot in Köln solle unter der Bezeichnung „Behandlung sofort“ noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe daher dem SKM eine Förderung der Investitionskosten für 15 neue Plätze in Aussicht gestellt unter der Voraussetzung, daß die künftige Finanzierung der Einrichtung gesichert ist. Bodenbender: Unter fachlichen Gesichtspunkten leistet die Einrichtung in Bechen einen notwendigen und sinnvollen Beitrag zur weiteren Differenzierung des bestehenden therapeutischen Angebots für Drogenabhängige. Das Ministerium beabsichtige daher, das Angebot, eine Erweiterung des Klärungshauses aus den Mitteln für „Therapie sofort“ zu fördern, aufrechtzuerhalten. Eine endgültige Entscheidung könne jedoch erst getroffen werden, wenn die noch offene Frage der künftigen Kostenübernahme geklärt ist. Nach Auffassung des MAGS müssen mittelfristig Wege gefunden werden, die Finanzierung des Klärungs- und Orientierungshauses Bechen unter Beteiligung aller potentiellen

Leistungsträger auf Dauer sicherzustellen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Beratung des CDU-Antrags „Für eine integrative Gesellschaft — Wege zur Lösung der Asyl- und Zuwanderungsproblematik“ (Drs. 11/3807) zunächst ausgesetzt, da die CDU einen weiteren Antrag „Deutschland braucht Konsens in der Ausländer-Politik: Zuwendung begrenzen — Interpretation ermöglichen“ (Drs. 11/4305) im Plenum eingebracht hat. Der Ausschuß kam überein, die Beratungen über beide Anträge zusammen durchzuführen.

Die Beratung zum Gesetz über „Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des Nationalsozialismus“ in Verbindung mit „Bundesratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung Entschädigung für NS-Unrecht“ wurde ebenfalls ausgesetzt, da das Innenministerium mitgeteilt hat, daß die Landesregierung am 14. Juli 1992 beschlossen hat, für das Haushaltsjahr 1993 im Einzelplan 02 einen Betrag von einer Million einzusetzen mit der Zweckbestimmung „Härtfonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen“. Die Vorstellungen zur Verwendung des Härtfonds werde der Innenminister nach der Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993 durch den Finanzminister mitteilen können. Dazu möchte der Innenminister zunächst dem federführenden Ausschuß für Innere Verwaltung berichten. Danach wird sich der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge erneut mit dem Thema befassen.

Der Antrag der Fraktion der SPD „Verbesserung der sozialen Situation der Frauen in der Landwirtschaft“ (Drs. 11/3722) wurde nach der Beratung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

## Integration ist nicht per Weisung zu verordnen

*Zu Beginn seiner Sitzung am 10. September informierte sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie unter Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) in einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der Vertreterin der F.D.P., Ruth Witteler-Koch, über die Situation von Teilzeitkräften in Tageseinrichtungen für Kinder.*

Der zuständige Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Ministerialdirigent Wolfram Schorn, erläuterte, daß Teilzeitarbeit im Kindergartenbereich kontrovers gesehen werde: Aus Sicht der Frauenpolitik werde sie begrüßt, aus pädagogischen Gesichtspunkten heraus dagegen kritisiert. Der durch das neue Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder entstandene zusätzliche Personalbedarf habe verstärkt Möglichkeiten zur Beschäftigung von Teilzeitkräften ergeben. Zur Zeit arbeitet das Ministerium an einer Bestandsaufnahme zur Situation der Teilzeitkräfte. In der Diskussion stand die Frage im Vordergrund, wie viele Erzieherinnen und Erzieher überhaupt auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und warum nur wenige ausgebildete Erzieherinnen bereit sind, nach einer Familienphase in den Beruf zurückzukehren. Der Ausschuß einigte sich darauf, dies in seine Beratungen über das geforderte Konzept für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte einzubeziehen. Im Anschluß daran beschäftigte sich der Ausschuß auf der Grundlage von Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN mit der wohnortnahen Integration behinderter Kinder in Kindertageseinrichtungen (Drs. 11/3940) und in Schulen (Drs. 11/3941). Schorn betonte, daß die gemeinsame Betreuung und Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder in Regeltageseinrichtungen wichtig sei; eine Verunsicherung der Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Träger im Hinblick auf die Fortsetzung der integrativen

Erziehung, wie dies zur Zeit in Westfalen-Lippe der Fall sei, dürfe nicht sein. Allerdings stelle der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Forderungen auf, die die gesetzlichen Bestimmungen außer acht ließen. Für die Finanzierung sei schließlich die Frage wichtig, ob die integrative Erziehung mit der Förderung in einer Sondereinrichtung als gleichwertig angesehen werde. Das Land nehme seine Verantwortung für die behinderten Kinder wahr, in dem es etwa die Grundausstattung der Kindergartenplätze auch für die behinderten Kinder nach dem GTK finanziere. Während bei der Erziehung in einem Sonderkindergarten die gesamten Kosten vom überörtlichen Sozialhilfeträger getragen würden, gehe es bei der integrativen Erziehung deshalb allein um die Finanzierung der behinderungsbedingten Mehrkosten. Der von den Eltern behinderter Kinder geforderte Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe sei von entscheidender Bedeutung, weil dadurch die Förderung unabhängig von der Haushaltslage und vom politischen Willen und darüber hinaus die finanzielle Gleichstellung mit den Eltern, deren Kind in einer Sondereinrichtung betreut wird, sichergestellt würde. Dies könne weder durch „freiwillige Leistungen“ des Landesjugendamtes auf der Grundlage von Richtlinien, noch durch Sonderprogramme des Landes sichergestellt werden. Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Beate Scheffler, machte noch einmal deutlich, daß angesichts der auslaufenden Übergangsregelungen und des Bestandsschutzes eine zügige Entscheidung getroffen werden müsse; ihrer Auffassung nach sei ein Rechtsanspruch nach dem BSHG die sinnvollste und sicherste Lösung. Ihr Vorschlag, die fachlichen und finanziellen Aspekte der Integration in Kindertageseinrichtungen in nächster Zeit einmal mit Sachverständigen zu erörtern, fand Zustimmung. Zur Frage von Otti Hüls (CDU), welche Rechtsauffassung das Land vertrete und über welche Einflußmöglichkeiten es verfüge, führte Schorn aus, daß sich das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales für eine integrative Erziehung in Regeleinrichtungen — wie im GTK verankert — ausspreche und dies als taugliche Form der Eingliederungshilfe sehe. Eine Einflußnahme, etwa durch Weisungen, sei nicht möglich,

weil die Durchführung des BSHG eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung und die Art der Leistung in das Ermessen des Leistungsträgers gestellt sei. Auch die Forderung nach einem landeseinheitlichen Integrationskonzept könne nicht mit Weisungen durchgesetzt werden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Hilgers, bemerkte dazu, daß sich beide Landschaftsverbände kompromißfähig zeigen müßten, so zum Beispiel in der Frage der für eine Maßnahme erforderlichen Anzahl an Kindern. Der Ausschuß einigte sich schließlich darauf, vorläufig keine Beschlußempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abzugeben, sondern die weiteren Verhandlungen abzuwarten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung formulierte der Ausschuß seine Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Änderung des Sexualstrafrechts“ (Drs. 11/44); die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. waren einvernehmlich der Auffassung, daß der ersatzlosen Streichung der §§ 175 und 182 StGB aus jugendpolitischer Sicht nicht zugestimmt werden könne und empfahlen daher dem federführenden Rechtsausschuß, diesen Antrag abzulehnen. Der Ausschuß vertrat allerdings die Auffassung, daß diese Vorschriften mit dem Ziel überprüft werden sollten, eine neue geschlechtsneutrale gesetzliche Bestimmung zu schaffen, nach der Jugendliche unter 16 Jahren wirksam vor sexuellen Übergriffen durch Erwachsene geschützt werden.

**Dr. Paul Bialek**, Leitender Ministerialrat, ist vom Präsidenten des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. **Eberhard Munzert**, in den Ruhestand verabschiedet worden. Bialek war seit 1980 beim Landesrechnungshof tätig. Hier leitete er das Prüfungsgebiet für Bauausgaben. Als dessen Nachfolger führte Munzert den bisher im Prüfungsgebiet Allgemeine Haushalts- und Finanzwirtschaft als Referent tätigen Ministerialrat **Ulrich Josef Bordt** ein. Bordt befand sich vor seinem Eintritt in den Landesrechnungshof im Richterdienst und wurde anschließend mit Aufgaben im Bereich des nordrhein-westfälischen Landtags betraut.



Der Männergesangverein Köln Höhenberg von 1879 e.V. unter dem Dirigat seines inzwischen in den Ruhestand getretenen Hauptchorleiters, dem Kölner Komponisten Wolfgang Lüderitz, hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose empfangen worden. Der Besuch erfolgte auf Initiative von Gerhard Kreuter, der bei der CDU-Fraktion im Landtag tätig ist, und zu Ehren von Lüderitz, der aus Kloses Händen eine Ehrengabe entgegennahm. Der Chor bedankte sich mit einem Ständchen, unter anderem mit dem eindrucksvollen Lied „Am kühnenden Morgen, wenn alles noch ruht“. Da die Sänger schon einmal im Landtag waren, gaben sie auch dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen eine Kostprobe ihres Könnens, weil der 50 Jahre alt geworden war. Die Bilder zeigen links den Chor mit Wolfgang Lüderitz im Vordergrund, Dr. Linssen (l.) und Gerhard Kreuter (2. v. l.) sowie rechts Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) im Gespräch mit dem 2. Vorsitzenden der Chorgemeinschaft, Heinz Werner (l.).

## „Weiterbildung muß zur vierten Säule im Bildungswesen werden“

Auf Einladung des Gesprächskreises für Landesorganisation der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen trat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause im Kardinal-Schulte-Haus in Bergisch-Gladbach-Bensberg zusammen. Bevor sich der Ausschuß dem Kernthema — Situation und Perspektiven der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen — zuwandte, beantwortete Staatssekretär Dr. Friedrich Besch (Kultusministerium) auf Antrag der CDU-Fraktion die Frage, wie die Unterrichts- und Lehrerversorgung zu Beginn des Schuljahres 1992/93 an den Schulen des Landes aussieht.

Nach seiner Einschätzung, so Dr. Besch, beginne das neue Schuljahr ausgesprochen ruhig und normal. In vielen Fällen hätten die organisatorischen Impulse die Schulen besser in die Lage versetzt, ein vollständiges Unterrichtsangebot zu gewährleisten. Vom Handlungskonzept der Landesregierung könne er feststellen, daß die Maßnahmen des Konzeptes sich für die Unterrichtsversorgung bereits jetzt positiv auswirkten. Die Entwicklung der Schülerzahlen führe bei den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen zu einem Anstieg um 42100 Schüler. Bei den berufsbildenden Schulen und der Kollegschule sinke sie noch um 17600. Bei der Grundschule steige die Schülerzahl kräftig um 19000 an. Ein starker Anstieg sei auch in den Schulen der Sekundarstufe I mit Ausnahme der Hauptschule zu verzeichnen; hier gehe die Schülerzahl noch um 7200 zurück.

Bei der Klassenbildung zeige sich, daß es gelingen sei, höhere Durchschnittswerte zu erreichen, ohne die Zahl der großen Klassen wesentlich zu erhöhen. Eine kurz vor Schuljahresbeginn durchgeführte Befragung der Schulaufsichtsbehörden zur Bildung der Eingangsklassen bestätigte diese Entwicklung. Die Zahl der Unterschreitungen der Bandbreiten habe erheblich abgenommen. Was die Lehrereinstellungen anbeträfe, stünden insgesamt in den Schulformen 3294 Beamtstellen für Neueinstellungen zur Verfügung. Weitere Einstellungsmöglichkeiten bestünden im Umfang von 1400 Stellen in allen Schulformen für Vertretungslehrer im Falle von Erziehungsurlaub. Für den Sonderunterricht würden Mittel im Umfang von 150 Stellen bereitgestellt. Das Einstellungsvolumen umfasse insgesamt 4844 Stellen. Die Unterrichts- und Lehrerversorgung werde sich nicht nur durch die Einstellungen verbessern, sondern auch durch weitere Maßnahmen, die zu diesem Schuljahr wirksam geworden seien.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Oppositionsfractionen kritisierten die euphorische Einschätzung als voreilig. Es dürfe nämlich nicht verschwiegen werden, daß trotz der Maßnahmen des Handlungskonzeptes der Unterrichtsbedarf durch eine noch bestehende Lücke von 6000 Lehrerstellen nicht gedeckt sei. Außerdem sei zu fragen, ob weitere Kürzungen der Stundentafeln zu erwarten seien und welche Folgen die Abwicklung der Sparzwänge durch die Entscheidungen der Schulkonferenzen haben würden.



Der britische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Alan Charles Hunt, hat der Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebel, seinen Antrittsbesuch abgestattet.  
Foto: Schüler

Der Staatssekretär ergänzte seine positive Lagebeurteilung: Viele Eltern und Schüler begrüßten einhellig, daß endlich eine umfassende Lehrerversorgung und Unterrichtsbedarfsdeckung gegeben sei. Anhalte für Kürzungen von Unterrichtstafeln seien derzeit nicht sichtbar.

Der Sprecher der SPD-Fraktion wertete es positiv, daß das Lehrerzuweisungsverfahren in diesem Jahr bereits abgeschlossen sei. Gesprächsbedarf bestehe allerdings bei der Schulaufsicht wegen der Klassenbildung. Er forderte die Landesregierung auf, zu überprüfen, ob Gymnasien es sich hier zur Regel machten, die Klassenobergrenzen zu überschreiten.

Im Anschluß an die Begrüßung durch den Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen e.V., Erwin Müller-Ruckwitt, stellte Georg Behse von der evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen e.V. Situation und Perspektiven der Weiterbildung/Erwachsenenbildung vor und äußerte sich kritisch zur angestrebten Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes.

„Die Leistungsbilanz der öffentlich verantworteten Weiterbildung ist gut“, stellte Behse eingangs fest. Die öffentlich verantwortete Weiterbildung könne sich in NRW auf einen weitreichenden, programmatischen und politischen Konsens stützen. Der steigende individuelle und gesellschaftliche Bedarf an Weiterbildung mache zwingend, daß der Ausbau der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens vorangetrieben werde.

Die öffentlich verantwortbare Weiterbildung mache auch Angebote zur beruflichen Weiterbildung und lege besonderen Wert auf Qualitätssicherung und -entwicklung. Ganz vordringlich sei eine Erhöhung des Weiterbildungsetats insgesamt. Eine solide Grundausstattung verschaffe den Einrichtungen Spielräume, um berufliche Bildung anbieten zu können, ohne daß dies auf Kosten anderer, unverzichtbarer Leistungen gehen müßte.

Nach ausführlichen Beratungen im Kultusministerium, im Landtag und im Bereich der Trägerverbände der Landesorganisationen sei der vom Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW vorgelegte Antrag „Jährliche Anpassung der Personalkostenpauschale gemäß

§ 20 Abs. 1 i.V.m. § 24 Abs. 2 des Ersten Weiterbildungsgesetzes“ dem Kultusminister zugeleitet worden. Dazu meinte Dr. Stroh vom KM, für den kommenden Haushalt könne er die Erfüllung dieses Wunsches nicht in Aussicht stellen. Für das Haushaltsjahr 1994 befinde sich das Anliegen in der Diskussion.

Zum Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz sagte Behse, die Landesorganisationen der Weiterbildung hätten sich mit Ausnahme des Bildungswerks der nordrhein-westfälischen Wirtschaft auf einen Minimalkonsens zur Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG) verständigt. Die Novellierung müsse ein Mehr an Rechtssicherheit erbringen. Hinsichtlich der nach WbG anerkannten Einrichtungen sei sicherzustellen, daß sich der Anerkennungsvorgang ausschließlich auf Form und Thema der jeweils angebotenen Veranstaltung beziehe. Der Generalverweis des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes auf das WbG in § 9 des AWbG sei zu tilgen. § 1 (2) AWbG mit der „Präferenzformel“ sei zu erhalten. Zu Rechtsverordnungen solle das Gesetz nicht generell ermächtigen, sondern allenfalls paragrafenbezogen. Die Zustimmungspflicht des Landtags zu Rechtsverordnungen sei zu verankern.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärte, die Kriterien seien akzeptabel; er bestätigte, daß eine öffentliche Anhörung vorgesehen sei, wenn die Landesregierung die Novellierung des AWbG vorgelegt habe. Eine Detailerörterung werde sich daran anschließen. Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung werde auf die Gesetzesvorlage drängen, damit das Verfahren in Gang gesetzt werden könne.

Udo Göbel vom DGB-Bildungswerk NW z.B. erklärte, die Freistellung von der Arbeit unter Fortzahlung der Bezüge für fünf Arbeitstage müsse sich auf Arbeitnehmer und Beamte erstrecken. Die Freistellung nach der Sonderurlaubsverordnung für Beamte und Richter über drei bis zwölf Tage sei eine Kannbestimmung. Meistens werde die Freistellung mit Hinweis auf die dünne Personaldecke aber verweigert. Auszubildende sollten die gleichen Freistellungsrechte für Weiterbildung wie andere abhängig Beschäftigte bekommen. Die Weiterbildung stehe und falle mit dem Einsatz engagierter nebenberuflicher Referenten. Sie könne auf deren Erfahrungsschatz aus Betrieb, Wirtschaft und Politik nicht verzichten.

## Wohnungsbau kann sich wieder lohnen

Mit einer Vielzahl wohnungspolitischer Themen befaßte sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 9. September unter Vorsitz von Volkmar Schultz (SPD). Dabei nahm er mit Befriedigung die Erklärung der Ministerin für Bauen und Wohnen zur Kenntnis, die Arbeitsgruppe „Freifinanzierter Wohnungsbau“ halte neben dem sozialen Wohnungsbau jetzt besonders die Ankurbelung des freifinanzierten Mietwohnungsbau und des Baus von freifinanzierten Eigenheimen und Eigentumswohnungen für notwendig.

Der von der „Beratergruppe Freifinanzierter Wohnungsbau“ vorgelegte Bericht zu Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung von privatem Kapital für den freifinanzierten Wohnungsbau kommt im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen im Mietwohnungssektor zu dem Ergebnis, daß sich Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau entgegen einer immer wieder aufgestellten Behauptung auch unter den heutigen Rahmenbedingungen lohnen und rentable Alternativen zu anderen Kapitalanlagen darstellen. Es sei notwendig, dies einem breiten Kreis potentieller Investoren bekannt zu machen. Hinzukommen müsse eine systematische Anleger- und Investorenpflege, um vorhandene psychologische Barrieren zu beseitigen.

Weitere Feststellungen der Beratergruppe:

- Der Werkwohnungsbau müsse von den Unternehmen im eigenen Interesse wieder verstärkt als eigene Aufgabe begriffen und mit eigenen Mitteln gefördert werden.
- Über den § 7 k Einkommensteuergesetz werde der Bau solcher Wohnungen steuerlich gefördert, die einer eng an Vorschriften des sozialen Wohnungsbaus orientierten Mietpreis- und Belegungsbindung unterworfen würden. Diese Möglichkeit sollte dadurch erheblich an praktischer Bedeutung gewinnen, daß deutlich über die Sozialmieten hinausgehende Miethöhen rechtlich zulässig seien.
- Für Versicherungsunternehmen sollte der freifinanzierte Mietwohnungsbau attraktiver gemacht werden. Deshalb werde empfohlen, ein eingeschränktes Niederstwertprinzip einzuführen und für

Lebensversicherungsverträge mit Unternehmen, die eine Mindestquote ihrer Anlagen im Mietwohnungsbau investieren, höhere Sonderausgaben anzuerkennen.

- Zum Erwerb von Sozialbindungen älterer Wohnungen zu einem möglichst günstigen Preis und zur gleichzeitigen Neuschaffung von Wohnraum empfehle sich ein Kombinationsmodell: die Gewährung eines zinsgünstigen Darlehens, das der Darlehensnehmer für die Errichtung einer freifinanzierten Wohnung nehmen kann, geknüpft an die Bedingung, daß dafür dauerhafte Belegungsbindungen für zwei Wohnungen im älteren Wohnungsbestand eingeräumt werden.
- Eine Aussetzung oder Verminderung der steuerlichen Förderung von Erwerben aus dem Bestand werde nicht empfohlen. Ebenso werde der Vorschlag, mittels des Steuerrechts die wohnungspolitisch unerwünschte weitere Umwandlung von älteren Mietwohnungsbeständen in Eigentumswohnungen verhindern zu wollen, abgelehnt.
- Eine modifizierte Wiederbelebung des alten § 7 c Einkommensteuergesetz zur Subventionierung der Wohnungsbaufinanzierung könnte vorteilhaft sein.
- Direkte staatliche Subventionen von Fremdkapitalzinsen über Zinszuschüsse würden sich für den freifinanzierten Mietwohnungsbau nicht empfehlen.

Weitere Punkte der Tagesordnung waren der Erfahrungsbericht zum Wohnungsbauerleichterungsgesetz, der vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Landesbauordnung, der Antrag der F.D.P.-Fraktion für eine effizientere Wohnungsbauförderung sowie der Sachstandsbericht der Ministerin für Bauen und Wohnen über das Forschungsprojekt „Aufbau eines Systems laufender Wohnungsmarktbeobachtungen für das Land Nordrhein-Westfalen“. Darüber hinaus befaßte sich der Ausschuß abschließend mit dem Antrag der Fraktion der SPD zum Abbau von Vorschriften zur Belegung der Neubautätigkeit im Wohnungsbau und dem zur Mitberatung überwiesenen Punkt des Landesrechnungshofsberichts zur „xy-Meldung zum Wohnungsbauprogramm des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes NW“. Zu beiden Punkten wurden einstimmige Beschlüsse gefaßt.

## Juristenausbildung

### „Freischußregelung“ vor Verabschiedung

*Die Geiselnahme in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Werl durch die Strafgefangenen Knickmeyer und Heckhoff ist möglicherweise im Landesparlament kein Thema mehr. Der Rechtsausschuß hat jedenfalls einen umfangreichen schriftlichen Bericht des Justizministers, den dieser schon zu Beginn der Parlamentsferien eingebracht hatte, zur Kenntnis genommen. Lediglich der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Paus, sprach von weiterem Beratungsbedarf seiner Fraktion, erkannte allerdings an, daß die im Bericht aufgezeigten Konsequenzen weitgehend der von seiner Fraktion formulierten Kritik entsprechen.*

Das Zehnte Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes will der Rechtsausschuß zügig verabschieden. Dazu erwartet er in Kürze das Votum des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Am 7. Oktober, so der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Friedrich Schreiber (SPD), sollten die abschließende Beratung und Beschlußfassung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, der unter anderem die „Freischußregelung“ einführt, stattfinden. Heinz Paus und sein Fraktionskollege Dr. Rolf Hahn kündigten einen zusätzlichen Antrag an, mit dem den Jurastudenten, die von der „Freischußregelung“ Gebrauch gemacht, aber trotz bestandenen Examins eine schlechte Note erhalten haben, die Möglichkeit zur Nachbesserung eingeräumt werden soll. Dagegen erhoben die rechtspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Dieter Haak, sein Kollege Egbert Reinhard und der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, Roland Appel, vor allem aus sozialen Gründen Bedenken. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) fügte hinzu, sozial schwache Studenten könnten bei Fortsetzung des Studiums zwecks Notenverbesserung keine Fördermittel in Anspruch nehmen. Außerdem sei mit den Nachprüfungen zur Verbesserung der Note eine unvermeidbare Arbeitsbelastung des Justizprüfungsamtes verbunden.

In der Bearbeitung von Mahnverfahren im automatisierten Verfahren durch das Amtsgericht Hagen war es in den vergangenen Monaten zu erheblichen Verzögerungen gekommen. Zahlreiche Beschwerden hatten die CDU-Fraktion bewogen, dieses Thema in der Sitzung des Rechtsausschusses behandeln zu lassen. Dabei räumte das Justizministerium den beanstandeten Bearbeitungsvollzug ein, wies jedoch darauf hin, daß durch wirksame Maßnahmen der Arbeitsrückstand weitgehend aufgeholt und annähernd eine Verfahrensdauer wie zu Beginn der Einführung erreicht sei. Ursächlich für die Verzögerung seien unter anderem die Ausdehnung des Verfahrens auf den gesamten OLG-Bezirk Hamm und den Anschluß des OLG-Bezirks Köln. Daneben hätten Streiks, die Einführung eines neuen Formulars zu Jahresbeginn und ein bundesweiter Anstieg der Mahnverfahren um 20 Prozent Anfang des laufenden Jahres zu weiteren Verzögerungen geführt. Eine Konsequenz des arbeitstechnischen Zusammenbruchs könnte eine Dezentralisierung

Fortsetzung Seite 11



Zwischen dem Rivius-Gymnasium in Attendorn und dem Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium (vormals Lenin-Schule) in Greifswald in Vorpommern besteht seit 1990 eine Schulpartnerschaft. Das Rivius-Gymnasium hat nach der Wende das Herder-Gymnasium mit Lehr- und Lernmitteln unterstützt. In diesem Jahr findet der dritte Schüleraustausch statt. Die 33 Schüler der Jahrgangsstufe 11 aus Greifswald und zwei ihrer Lehrkräfte haben die Gelegenheit genutzt und auf Einladung des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Schauerte (Mitte) den Landtag in Düsseldorf besucht. Foto: Schüler

## Wasserverbände ...

Fortsetzung von Seite 3

tionalisierung wirke sich kostentreibend aus, Engagement der Mitglieder gehe verloren, die Arbeitnehmermitbestimmung sei nicht adäquat und der Ausschuß von bestimmten Mitgliedern nicht tragbar. Schuster forderte für seinen Verband eine saubere Trennung vom Verbandsgebiet des benachbarten Ertverbandes, um der daraus resultierenden Rechtsunsicherheit vorzubeugen.

In der Frage der Arbeitnehmermitbestimmung (die er für Wasserverbände für zulässig hielt) machte der Bielefelder Professor Dr. Klaus Dammann einen Unterschied zwischen den Gremien der funktionalen Selbstverwaltung und der von Gebietskörperschaften. Für funktionale Verbände wie die Wasserverbände sei die in Gebietskörperschaften aus gutem Grund nicht zulässige Doppelvertretung nicht gegeben. Von Entscheidungen der Wasserverbände betroffene seien nicht nur die gewerblichen Nutzer, sondern auch die Arbeitnehmer. Als Grundlage für seine rechtliche Auffassung nannte Dammann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vorschaltgesetz des niedersächsischen Hochschulgesetzes. Von diesem Begriff der Betroffenen ausgehend, habe er auch nichts gegen Sitz und Stimme von Vertretern der Naturschutzverbände in den Gremien der Wasserverbände einzuwenden, fügte er hinzu.

## Industrieeinwände

Eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen zum Wupperentwurf machte Frau Ehle-Hentzschel von der Industrie- und Handelskammer Wuppertal. Sie warnte vor Kostensteigerungen für die rund 700 vor allem kleineren und mittleren Betriebe, die die Produktionskosten dieser im europaweiten Wettbewerb stehenden Unternehmen in die Höhe trieben und die Gewinne für die notwendigen Investitionen schmälerten. Die Aufgabenerweiterung auf den ökologischen Bereich habe nach Ansicht der IHK zwei- bis vierfach höhere Beiträge zur Folge. Aufgaben außerhalb des Verbandsgebietes sollten nur übernommen werden, wenn davon wirtschaftliche Vorteile für die Mitglieder zu erwarten seien. Sie appellierte an die Politiker, den technischen und wirtschaftlichen Sachverstand von Unternehmensvertretern in den Wasserverbänden einzusetzen und nicht die Entscheidungsträger und die Finanziere der Entscheidungen zu „entkoppeln“. Sie verlangte, die „Fremdbestimmung des Wupperverbandes durch Gewerkschaftsmitglieder“ auszuschalten und dafür Sorge zu tragen, daß der stellvertretende Verbandsratsvorsitzende stets aus dem Kreis der Industrie sei. Neben diesen Sprecherinnen und Sprechern kamen bei der Anhörung noch die Vertreter von Unterverbänden zu Wort. Der Gillbachverband, der Unterhaltungsverband Pulheimer Bach, der Wasserverband der Wupper in Leverkusen, der Eichverband Leverkusen und der Wasserverband der Oberen Geldernschen und Kleinen Niers wiesen auf ihre Leistungen hin und unterstrichen ihre kostengünstige, flexible und ortsnahe Aufgabenerfüllung dank des ehrenamtlichen Engagements der Mitglieder. Sie sprachen sich vehement gegen die Auflösung und Eingliederung in die größeren Wasserverbände aus.

## Erich Kamp †

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel, hat der Betroffenheit des Landesparlaments über den Tod des ehemaligen SPD-Abgeordneten Erich Kamp Ausdruck gegeben:

## Nachruf

Der Landtag Nordrhein-Westfalen trauert um Erich Kamp, der kürzlich im Alter von 54 Jahren verstorben ist. Erich Kamp gehörte dem Landtag Nordrhein-Westfalen von Mai 1975 bis zum März 1989 an. Der gelernte Kraftfahrzeughandwerker erwarb seine Mandate direkt. Das zeigt seine Verwurzelung in seinem Wahlkreis. Die Bevölkerung der Stadt Ennepetal und des Ennepe-Ruhr-Kreises schenkte ihm ihr Vertrauen. In Stadt und Kreis war Erich Kamp auch über viele Jahre hinweg kommunalpolitisch tätig.

Im Landtag Nordrhein-Westfalen arbeitete der Sozialdemokrat und Gewerkschafter im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und im Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform, vor allem aber die gesamten 14 Jahre hindurch im Verkehrs- und im Petitionsausschuß. Seine engagierte Arbeit im Petitionsausschuß zeigt, worum es ihm vor allem ging: um den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und um ihre Unterstützung in Nottagern.

Erich Kamp hat sich uns allen als ein engagierter Demokrat und fairer Kollege erwiesen. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird Erich Kamp ein ehrendes Andenken bewahren.

## „Freischußregelung“ ...

Fortsetzung von Seite 10

des Bearbeitungsverfahrens bedeuten, keinesfalls jedoch eine zusätzliche Einbeziehung des OLG-Bezirks Düsseldorf in die zentrale Mahnabteilung Hagen. Zunächst sei jedoch eine in Arbeit befindliche Schwachstellenanalyse abzuwarten, um auch weitere Verbesserungen erarbeiten zu können.

## Erste Lesung des Haushalts 1993

Die erste Lesung des Haushaltsgesetzes 1993 steht im Mittelpunkt der dreitägigen Plenararbeiten des Landtages in dieser Woche.

Die Einbringung des Haushalts erfolgt am Mittwoch, 16. September, die Beratung in erster Lesung am Freitag, 18. September. Einbezogen sind die Mittelfristige Finanzplanung des Landes NRW für die Jahre 1992 bis 1996 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1993.

Weitere Schwerpunkte bilden am Mittwoch die 2. Lesung des 5. Rundfunkänderungsgesetzes sowie die Erörterung verschiedener Anträge wie z.B. „SAT 1 in Nordrhein-Westfalen erhalten“ oder „Straffällige Ausländer konsequent abschieben“. Auch die Verbesserung von Rahmenbedingungen und ein Personalvorschlag für das Europäische Medieninstitut stehen zur Debatte.

Der Donnerstag, 17. September, beginnt mit einer Aktuellen Stunde. Danach wird über einen Antrag der Oppositionsfractionen beraten, den Untersuchungsauftrag des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der 11. Wahlperiode zu erweitern. Weitere Schwerpunkte bilden Anträge zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik sowie zur Verkehrspolitik.

Am Freitag stehen neben der Haushaltsdebatte die Themen Waldbau und Aufforstung sowie Neubautätigkeit auf der Tagesordnung.

können. Außerdem bestehe die Hoffnung, sehr bald über eine verbesserte Software zu verfügen.

Die Frage von Heinz Lanfermann (F.D.P.) nach einem Zeitplan zur Einführung der automatischen Bearbeitung von Mahnverfahren auch im OLG-Bezirk Düsseldorf konnte daher noch nicht beantwortet werden, auch nicht die nach der Verfügbarkeit der neuen Software. Weitere Fragen aus der Mitte des Ausschusses, etwa von Marie-Luise Woldering (CDU), betrafen eine verbesserte Schulung des Personals, das Abfangen der Mehrbelastung durch Personalvermehrung und den Zeitraum zur Erstellung der Schwachstellenanalyse.



Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im weißrussischen Parlament hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (Mitte) im Landtag empfangen. Zu Besuch waren die beiden Vertreter der Wirtschaftskommission im Parlament Weißrußlands, Nikolai Krishanowskij (2. v.l.) und Witalij Malaschko (2. v.r.) sowie Unternehmensdirektor Anatol Turok (l.) gekommen. Rechts ein Dolmetscher. Foto: Schüler

## Förderinstrumente sollen effektiver und intelligenter gestaltet werden

Eine Änderung der Instrumente der direkten Wohnungsbauförderung hat die F.D.P. in einem entsprechenden Antrag (Drs. 11/3938) gefordert: Sie müßten effektiver und intelligenter werden, verlangt die Fraktion. Der Antrag wurde einstimmig an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen überwiesen.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) zeigte sich überzeugt, daß mit dem gleichen Geld mehr als die bisherigen 350 000 Wohnungen aus dem diesjährigen Programm gefördert werden können. Wenn man anerkenne, daß Mieter und Sozialmieter sich an den Kosten der Wohnungen „entsprechend und ansprechend“ zu beteiligen hätten, dann könnten durch Erhöhung der Mieten und bei gleichzeitiger Kürzung der Darlehen im ersten und zweiten Förderweg Einsparungen von 230 Millionen Mark bewirkt werden, die nach Ansicht der F.D.P. in ein Sonderprogramm für den Wohnungsbau in Gebieten mit besonderem Wohnungsbedarf fließen sollten.

**Adolf Retz** (SPD) lehnte eine noch stärkere Belastung der Mieter in den unteren und mittleren Einkommensbereichen ab. Eine solche Forderung verschleße die Augen vor den Sorgen der Arbeitnehmer, die ohnehin schon bis zu 30 Prozent des Einkommens für Mieten zu zahlen hätten. Retz umriß die Ziele sozialdemokratischer Wohnungspolitik so: „Wir wollen eine kontinuierliche Wohnungsbau-förderungspolitik, wollen einkommensschwache Mieter vorrangig in die staatliche Förderung und Wohnungspolitik einbeziehen und durch eine langfristige Mietbindung eine soziale Stabilität erreichen.“

**Siegfried Zellnig** (CDU) stellte fest, ohne eine effizientere Förderung als bisher vom Land betrieben, werde es nicht mehr Wohnungen geben. Nach Vorstellung seiner Fraktion sollten zwei Drittel der für den öffentlichen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel in bisheriger Form eingesetzt werden, ein Drittel sei für den dritten Förderungsweg vorzusehen. Dafür, daß er teurer sei, wie oft behauptet, fehle jeder Beleg. Irrig sei auch die Voraussage, daß dann die Mieten explodieren würden.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) warnte davor, den steigenden Wohnflächenbedarf zu akzeptieren und ihn noch mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Zudem sei der Bauland-spekulation mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken. Der Kauf von überdimensionierten Einfamilienhausgrundstücken oder die Umwandlung von Altbauwohnungen in Eigentumswohnungen dürften nicht länger über Steuervorteile indirekt subventioniert werden.

**Bauministerin Ilse Brusis** (SPD) lehnte es ab, unter dem Motto „Mehr Wohnungen bauen“ die Zielgruppen des sozialen Wohnungsbaus zu wechseln und zugunsten der besser verdienenden Bevölkerungsschichten zu verlagern. Es sei falsch zu behaupten, die Bautätigkeit komme zum Erliegen oder die Wohnungswirtschaft habe sich aus dem Wohnungsbau zurückgezogen. Es stimme aber, daß die Ergebnisse im Einfamilienhausbau unbefriedigend seien.

In zweiter Lesung hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungsbau für das Land NRW (Drs. 11/3551 neu) zugestimmt. Ein Änderungsantrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/4011) fand keine Mehrheit.

**Volkmar Schultz** (SPD) stellte fest, daß die Abgabe nicht in einem „anonymen Topf“ verschwinde, sondern für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werde, das wüßten auch die betroffenen Mieter. Das Instrument werde nun weiterentwickelt und der veränderten Situation angepaßt. So werde die Abgabe bei einer Überschreitung der Einkommensgrenze von über 65 Prozent in drei Schritten deutlich angehoben. Die Anhebung sei ein „Akt der Gerechtigkeit gegenüber denen, die draußen vor der Tür der Sozialwohnung stehen“.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) nannte den Abbau des Subventionsvorteils „gerecht und vertretbar“ angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Zwar stimme die CDU dem Entwurf grundsätzlich zu, nicht einverstanden sei man aber mit dem Einstieg in die Fehlbelegungsabgabe ab einer Einkommensüberschreitung von 20 Prozent. CDU und F.D.P. hätten darum einen Antrag zur „sozialverträglichen und mieterfreundlichen Anhebung“ des Schwellenwerts vorgelegt, der bei 50 Prozent beginne.

## Abgabe wird für den Bau neuer Wohnungen benutzt

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) wandte ein, die Abgabe müßte nicht erhoben werden, wenn im Lande anders gefördert würde — ein solches System gebe es nach Expertenansicht. Die Fehlbelegungsabgabe sei aber notwendig, solange Menschen in Sozialwohnungen leben und billige Mieten zahlen, wenn sie über der Einkommensgrenze lägen. Die Mieteinnahmen dienten der dauerhaften Bestandserhaltung und müßten auch die erforderliche Eigenkapitalausstattung für den Neubau sicherstellen.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) verteidigte den niedrigeren Schwellenwert und lehnte es ab, ihn erst bei 50 Prozent Einkommensüberschreitung anzusetzen. Das widerspreche dem sonst üblichen Ansinnen der beiden Fraktionen auf generellen Subventionsabbau. Es gehe nicht an, daß Besserverdienende in einer Sozialwohnung wohnten, während Wohnungssuchende von deren Bezug ausgeschlossen würden, weil sie gerade fünf Prozent mehr als erlaubt verdienten.

**Bauministerin Inge Brusis** (SPD) sah kein Fördersystem, daß auf die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe verzichten könne. Es sei sehr schwer, ein besseres System zu finden. In dem Bemühen um eine möglichst sozialgerechte Regelung steige der Verwaltungsaufwand der Kommunen, sie sei darum der Auffassung, daß die seit 1983 unveränderte Pauschale geändert werden müsse.

## Bei ÖPNV-Abo soll der Bau von Stellplätzen verzichtbar sein

Zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs will die Landesregierung die Landesbauordnung ändern: Bei neuen Gebäuden für Verwaltungen und Firmen soll künftig auf den bislang obligatorischen Bau von Stellplätzen für Pkws verzichtet werden können, „wenn durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nachweislich kein Bedarf an diesen Plätzen besteht“. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/3928) beriet der Landtag in erster Lesung.

**Bauministerin Ilse Brusis** (SPD) bezeichnete die vorgeschlagene Novellierung als ein „Angebot, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken und die Pkw-Benutzung in den Städten zu reduzieren“. Die Regelung gelte allerdings nicht für den Wohnungsbau, fügte sie hinzu.

**Heinz Hunger** (SPD) sah in der freiwilligen Entscheidung des Bauherrn für den öffentlichen Personennahverkehr einen „deutlichen wirtschaftlichen Anreiz für Investoren“, die auf die Erstellung der teilweise sehr teuren Tiefgaragenplätze verzichten könnten. Wenn der Nachweis der Nutzung des ÖPNV nicht mehr gegeben sei, müßten die erforderlichen Stellplätze entweder nachgebaut oder die vorgesehenen Ablösebeträge gezahlt werden; die dann von den Kommunen auch für Park-and-Ride-Anlagen oder Abstellmöglichkeiten für Fahrräder eingesetzt werden dürfen.

**Franz Püll** (CDU) bezeichnete die vorgeschlagene Regelung als grundsätzlich richtig, denn damit könne das Stellplatzangebot örtlich flexibler und individueller gehandhabt werden. Der Entwurf gehe aber nicht weit genug, da er den Wohnungsbau nicht erreiche. Angesichts solcher Unsicherheiten beantrage seine Fraktion eine Expertenanhörung zu diesem Thema.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) fand, daß die Landesbauordnung nicht nur in der Frage der Stellplätze, sondern auch in anderen Punkten zu ändern sei: In die Novellierung hätte etwas zum Bau von Garagen an Grundstücksgrenzen hineingehört, die Frage des Baus von Fahrstühlen bei der Aufstockung von Gebäuden hätte ebenso aufgegriffen werden können wie der mögliche Verzicht auf Baugenehmigungen bei qualifizierten Bebauungsplänen — hier könne ausschließlich der Architekt verantwortlich zeichnen.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) signalisierte volle Zustimmung („Weiterer Baustein für eine ÖPNV-Offensive in den Städten und Gemeinden“). Durch die neue Bestimmung brauche nicht länger wertvolles Bauland für den ruhenden Verkehr geopfert zu werden. Die Bestimmung ziehe aber nur, wenn tatsächlich auf Bus oder Bahn umgestiegen werde. Die Akzeptanz sei noch abzuwarten.

## Abgeordnete aus Fluglärm-Wahlkreisen und Grüne gegen das Konzept

### Breite Mehrheit billigt Ausbaumaßnahmen im NRW-Luftverkehr

**Karl Böse** (SPD) begründete das Konzept mit der Erhaltung der Standortvorteile der NRW-Wirtschaft im kommenden Binnenmarkt. Der Rhein-Ruhr-Raum umfasse elf Oberzentren und mehr als vierzehn größere Städte von mittelzentraler Bedeutung. Der Verlust von mehr als 100 000 Arbeitsplätzen sei hier aufgefangen worden. Der Flughafen Düsseldorf sei das Tor zur Welt für die Region mit zwölf Millionen Menschen. Über die Parteigrenzen hinweg sei Konsens erzielt worden, daß dem Wachstum des Flugverkehrs in NRW Rechnung getragen werden müsse. Kapazitätsausweitungen seien nur bei Lärminderung zumutbar. Für Interkontinentalflüge müsse die Start- und Landebahn verlängert werden. Die Regionalflughäfen seien solange unverzichtbar, wie die Regionen nicht an eine leistungsfähige Schiene angebunden seien.

**Heinrich Dreyer** (CDU) unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Luftverkehrs als Standortfaktor. Bis 500 Kilometer sollten Flüge durch schnelle Schienenverbindungen ersetzt werden. Mit dem Transrapid seien noch größere Entfernungen ersetzbar. Die Nachfrage werde bis zum Jahr 2010 in Düsseldorf um zwölf, in Köln/Bonn um drei und in Münster um 0,3 Millionen Flüge zunehmen. Auch im Hinblick auf den Klimaschutz werde schadstoffarmen und treibstoffsparenden Flugzeugen der Vorrang eingeräumt. Der gemeinsame Antrag bedeute kein Lob für die Luftverkehrspolitik der Landesregierung. Vielmehr solle dieser Dampf gemacht werden wegen ihrer Handlungsdefizite. Das CDU-Modell zur Lärmbegrenzung werde sich als das bessere erweisen. Das SPD-Modell werde keinen Bestand haben. Besonders seien die westfälischen Flughäfen zu fördern.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) äußerte sich ebenfalls zufrieden mit der gemeinsamen Entschliebung, da nur so Unternehmensentscheidungen für die Zukunft möglich seien. Verärgert sei die F.D.P. über den Minister und die Geschäftsführung des Düsseldorfer Flughafens. Sie habe dennoch einen konkreten Stufen- und Zeitplan durchgesetzt. Die Lärm-Modelle von SPD- und CDU seien nicht Aufgabe des Landtags. Der Flughafen Köln/Bonn müsse eine andere Rolle als bisher übernehmen, andernfalls breche eine Säule aus dem Konzept heraus. Der Konkurrenzkampf gegen Amsterdam sei verloren, gegen Maastricht solle er nicht auch noch verloren werden. Ein nationaler Carrier sei nach wie vor nötig. Eine Marketingstrategie für die Zusammenarbeit der NRW-Flughäfen könne sofort in Angriff genommen werden. Mittelfristig solle sich das Land finanziell von den Flughäfen zurückziehen.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) berief sich auf die Feststellung im gemeinsamen Antrag der anderen drei Fraktionen, ein so dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland könne sich keinen unregulierten Flugverkehr mehr leisten. Die Antragsteller verzichteten auf echte Steuerungen durch Gebührenpolitik, Anreize zur Verlagerung von Flügen, Anbindung von Flughäfen

*Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und F.D.P. „Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption NRW“ (Drs. 11/3945) wurde nach der von den Grünen beantragten namentlichen Abstimmung mit 187 gegen 19 Stimmen am 2. Juli angenommen. Außer den Mitgliedern der GRÜNEN-Fraktion stimmten die CDU-Abgeordneten Franz Josef Britz aus Essen, Dr. Rolf Hahn aus Overath, Dr. Hans-Ulrich Klose aus Korschenbroich, Rolf Krieger aus Siegburg, Manfred Kuhmichel aus Essen, Hans-Peter Lindlar aus Hennef, Paul Mohr aus Warburg und Maria Opladen aus Bergisch-Gladbach gegen den Antrag. Die SPD-Abgeordneten Heidi Berger, Jarka Padziora-Merk, Horst Radtke, Jürgen Thulke, Gerd-Peter Wolf und Johannes Gorlas, alle aus Essen, distanzieren sich in einer gemeinsamen Erklärung zur Abstimmung von der Einbeziehung des Flugplatzes Essen/Mülheim in das NRW-Luftverkehrskonzept und nahmen nicht an der Abstimmung teil. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) legte in seiner Erklärung zur Abstimmung schwerwiegende Bedenken gegen das Konzept dar und sprach sich im Interesse von Lärm und Emissionsschutz gegen die Ausweitung von Flugverkehr aus touristischen Interessen aus. Die Essener CDU-Abgeordneten Franz-Josef Britz und Manfred Kuhmichel wiesen auf die Unvereinbarkeit des Antrags der Landtagsfraktionen von SPD, CDU und F.D.P. mit dem Beschluß des Essener Stadtrats vom 28. März 1990 hin.*



*Zum hohen Wachstum im Flugverkehr, das die Experten für das nächste Jahrzehnt voraussagen, tragen auch die Touristen mit Charterflügen bei, hier: Hochsaison auf dem Düsseldorfer Flughafen.*

an die Schiene zugunsten massiver Expansion. Richtig sei die Erkenntnis einer starken Rechtsposition der Anwohner des Flughafens Düsseldorf, die dem ungehemmten Ausbau Grenzen setzen werde. Die NRW-Luftverkehrspolitik sei an der harten Lobby gescheitert. Nun werde es „weich“ mit mehr Flügen für Düsseldorf, längerer Startbahn und Ausbau von Mönchengladbach und Essen-Mülheim versucht. Lärmbezogene Kontingentierung von Flügen müsse zum Umweltschutz erfolgen. Der technische Fortschritt dürfe nicht mittels Durchsetzung von noch mehr Flügen ausgenutzt werden.

**Heinz Hardt** (CDU) sagte einen Wettbewerbsdruck aller Verkehrsträger im EG-Binnenmarkt voraus. Dabei müsse die Verkehrsleistung regional ausgewogen abgewickelt werden. Die Konzentration auf nur einen Flughafen sei nicht vorteilhaft. Für die Holding der beiden Großflughäfen müsse Druck gemacht werden. Den Vorsprung der Nachbarn könne NRW gar nicht mehr aufholen. Im Hinblick auf die Anwohner sei nicht von der Hand zu weisen, daß ein Jumbo-Start in den ersten drei Minuten einen Schadstoffausstoß von 1500 PKWs habe. Start- und Landegeühren müßten noch stärker nach Umweltgesichtspunkten

gestaffelt werden. Die 1800 Ausnahmeregelungen für den Nachtflug in Düsseldorf dürften nicht wiederholt werden.

**Jürgen Büsow** (SPD) sagte als Düsseldorfer SPD-Abgeordneter, es sei seiner Partei nicht leichtgefallen, ein Kommunalwahlversprechen zu korrigieren. Das habe in der Düsseldorfer SPD zu einer Zerreißprobe geführt. Viel sei versäumt worden, die Kooperation mit Köln hätte früher erfolgen müssen, auch die Schienenanbindung. Der vorliegende Antrag sei der erste Einstieg in die ökologische Steuerung des Luftverkehrs. Den Anwohnern werde viel zugemutet. Er habe großes Verständnis für die Betroffenen.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) hielt dem Vorredner das Eintreten seiner Parteifreunde auf Bundesebene für Verlagerung von Flügen unter 500 km auf die Schiene per Gesetz vor und protestierte für „Tausende Mülheimer und Essener“ gegen ein unverantwortliches Wachstumskonzept. In kilometerlangem Tiefflug würden Turboprop- und Düsenstrahlmaschinen Wohnquartiere verlärmern. Örtliche Abgeordnete seien außer der Rednerin nicht anwesend. Die

Fortsetzung nächste Seite

## Nachträge der Haushaltsjahre '90 und '91

### Bettelmarsch-Kosten und Vogelpark Senegal

Trotz einiger Beanstandungen aus den Reihen der Opposition an der Haushaltsführung bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben 1990 und 1991 stimmte der Landtag den Anträgen des Finanzministers (Drs. 11/3174, 11237 und 11349) auf Entlastung am 1. Juli zu.

**Marianne Paus** (CDU) beanstandete außerplanmäßige Ausgaben 1990 und 1991 in Höhe von 472 582 und 300 000 Mark für die Unterbringung der „Bettelmarsch“-Roma in Essen und fragte nach Unvorhersehbarkeit und Einklagbarkeit. Das Pokern der Stadt Essen habe dieser zu Mitteln von 772 000 Mark verholfen, andere Städte hätten nichts bekommen.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) hielt den Fall für ein Beispiel, wie teuer Erpressungen zu stehen kämen. Der Umgang des Kommunalministers mit seinen Gemeinden mache unruhig. Das Einhalten von Absprachen zu Lasten Dritter dürfe sich nicht wiederholen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) bemängelte, daß die gesetzlich vorgeschriebene vierteljährliche Berichtspflicht nicht eingehalten und daß versucht werde, dem Parlament Sand in die Augen zu streuen. Komischerweise lägen die außerplanmäßigen Ausgaben in letzter Zeit häufig am Jahresanfang.

**Finanzminister Heinz Schließer** (SPD) bat um Zustimmung zur Nachbewilligung und hielt es für hergeholt, massive Gesetzesverstöße aus dem Vorgang abzuleiten.

### Luftverkehrskonzept...

Fortsetzung von Seite 13

Essener hätten sich zum Nein durchgerungen, die Mülheimer wollten, daß „Kohle“ nach Mülheim kommt. Die Grünen beantragten eine namentliche Abstimmung.

**Heinz Hardt** (CDU) erwiderte auf den SPD-Redner, das CDU-Modell der Lärmkontingentierung sei ein echtes Lärmminderungsprogramm, das die letzten Krachmühlen schon 1995/96 wegbringe und auf 69 Dezibel heruntergehe.

**Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) dankte den drei Fraktionen für das Zustandekommen eines gemeinsamen Antrags. Ein Wachstum des Luftverkehrs werde es völlig unabhängig von der Landespolitik geben. Alle seien daran beteiligt. Bei der Schienenanbindung der Flughäfen Düsseldorf und Köln sei er immer wieder aktiv geworden. Bei der Holding blocke nun plötzlich der Finanzminister. In Mülheim werde es keine Düsenjets geben. In Gütersloh gehe es nur um den Werksverkehr. Kniola sprach sich für den Geschäftsflugverkehr und gegen Motorsportflüge aus.

Erklärungen zur Begründung ihrer Abstimmung legten die SPD-Abgeordneten Heidi Berger, Jarka Padziora-Merk, Horst Radtke, Jürgen Thulke, Gerd-Peter Wolf und Johannes Gorjas sowie die CDU-Abgeordneten Franz-Josef Britz, Manfred Kuhmichel und Dr. Hans-Ulrich Klose vor.

**Reinhold Trinius** (SPD) wies den Versuch, aus einer haushaltstechnischen Debatte politischen Populismus zu machen, für nicht angebracht. NRW sei mit den Roma sehr menschlich umgegangen. Er stellte den Zusammenhang mit dem Umweltgipfel in Rio her, in dessen Verlauf über Rast- und Nistplätze im Senegal beraten worden sei. Die Förderung aus zwei Titeln sei so früher vom Landtag bewilligt worden.

**Peter Bensmann** (CDU) mißbilligte den Titel 200 000 Mark für das Filmfestival 1992 als außerplanmäßig am Parlament vorbei. Es gehe nicht um Bonn, sondern um das Lieblingskind von Rau, das Medienfestival.

### Umweltgipfel Rio

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) hielt 100 000 Mark aus dem Haushalt der Staatskanzlei für Beziehungen zur Republik Senegal und 150 000 Mark für den Nationalpark für ein teures Reisegeschenk des Umweltministers. Außerdem seien Außenbeziehungen eine echte bundespolitische Aufgabe. Die F.D.P. bleibe bei ihrem Nein.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) bekannte sich zur Entwicklungshilfe durch einzelne Bundesländer und zum Artenschutz. Dieser habe mittelfristig nur Chancen mit Feuchtgebieten in Afrika. Ohne Hilfen für die dortige Bevölkerung wiederum werde das international anerkannte Feuchtgebiet zerstört. Das Präsidium des Landtags sei von der biologischen Station Zwillbrock sehr beeindruckt gewesen.

## Grundstücksverkauf mit Landtagsvorbehalt

Der vom Finanzminister beantragten Veräußerung eines für Justizbauten in Bonn vorgesehenen Grundstücks an die Telekom stimmte der Landtag am 1. Juli zu.

**Robert Schumacher** (SPD) hielt die Entscheidung für richtig, weil Arbeitsplätze geschaffen würden.

**Hartmut Schauerte** (CDU) lobte den Parlamentsvorbehalt im Kaufvertrag, den der Landtag sich auch beim Thyssen-Grundstück in Oberhausen gewünscht hätte.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) forderte die Zusage der Mittel für die überfällige Sanierung der Bonner Justizbauten im Haushalt 1993.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) meldete Bedenken gegen 1000 Tiefgaragenplätze im geplanten Bau des Grundstückskäufers trotz U-Bahn-Nähe an.

**Minister Heinz Schließer** (SPD) ergänzte, nicht immer sei es möglich, die Zustimmung des Landtags vorab einzuholen. Über die Justizvollzugsanstalt in Bonn werde nicht mehr geredet, wenn die Bonner Vorstellungen über die Treuhandschulden und den Kreditabwicklungsfonds verwirklicht würden.

### Pflege und Therapie

Der Ganztagsunterricht an Sonderschulen für Geistigbehinderte in Nordrhein-Westfalen ist sowohl für öffentliche als auch für private Schulen festgeschrieben. Dabei stehen für den Unterricht Lehrkräfte in der Relation 1 zu 6 und bei schwerst- bzw. schwermehrfachbehinderten Schülern 1 zu 4 zur Verfügung. Nach dem Schulfinanzierungsgesetz werden diese vom Land bezahlt, während die Pflege und die therapeutische Versorgung durch die Schulträger finanziert wird. Dies teilte das Kultusministerium auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Reinhold Hemker mit (Drs. 11/3483).

### „Standort NRW auf Luftverkehrsausbau angewiesen“

Mit der gemeinsam von der Mehrheit der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. am 2. Juli mit großer Mehrheit gebilligten Fortschreibung des Luftverkehrskonzepts NRW wurde unter anderem beschlossen:

Die Hauptstart- und -landebahn am Flughafen Düsseldorf soll verlängert, die Abfertigungskapazität am Flughafen Köln/Bonn erweitert werden. Zwischen beiden Flughäfen soll es eine Schienenverbindung geben, vom Flughafen Köln/Bonn eine S-Bahn nach Köln und eine Schienenverbindung nach Bonn. Auch Münster/Osnabrück soll weiter ausgebaut werden. Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze werden für unverzichtbar gehalten für den Geschäftsreise- und Werksverkehr. Dortmund und Paderborn/Lippstadt sind auszubauen. Auf Bundesebene soll sich die NRW-Landesregierung einsetzen für das Einhalten ökologisch verträglicher Flughöhen, für emissionsarme Flugzeuge, Schadstoffminderung bei Grenzwertfestlegungen, noch stärkere Gebührenstaffel

nach Umweltzielen, Mineralölsteuer auf Flugbenzin, EG-Angleichung umweltbezogener Normen.

Für die parlamentarische Beratung der Fortschreibung der NRW-Luftverkehrskonzeption hatten sich die Mitglieder des Verkehrsausschusses in die schwierige Materie des Lärmschutzes und der Reinhaltung der Luft eingearbeitet. Bei den Lärminderungs-Modellen ging es um Leq, den äquivalenten Dauerschallpegel, ausgedrückt in dB (A), der Maßeinheit Dezibel für Lautstärke. „Kapitel-2-Flugzeuge“ sind laute Flieger, die ab 1995 innerhalb der EG nur noch beschränkt und ab 2002 hier gar nicht mehr eingesetzt werden dürfen. „Non-Annex-16-Flugzeuge“ sind Krachmacher, die in der EG seit 1987 nicht mehr erlaubt sind.

**Ellen Werthmann** (SPD) bemerkte, mit der Verabschiedung des Gesetzes erhalte NRW die 50. Hochschule und das Ruhrgebiet seine vierte Fachhochschule. Darüber hinaus werde Recklinghausen die 1979 verlorengegangene Fachhochschulabteilung 1995 zurückerhalten. NRW treibe die vom Wissenschaftsrat geforderte Regionalisierung voran. Vom Arbeitsmarkt werde der Ausbau der FHS verlangt, die Chancen der Absolventen seien ausgezeichnet. Die Emscher-Lippe-Region erhalte einen erheblichen Standortvorteil.

**Professor Dr. Horst Posdorf** (CDU) wies auf die Vorarbeit des Wissenschaftsausschusses hin, der aufgrund der Anträge von F.D.P. und CDU sehr zügig beraten konnte. Der Landtag sei stolz auf das einheitliche Votum zugunsten der Region und der Studierenden.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) hielt die Fachhochschulen für ein Erfolgsmodell in

**Rudolf Apostel** (SPD) vermißte im F.D.P.-Antrag Überzeugungskraft der antragstellenden Fraktion. Die sechs Arbeitsfelder: internationale Handelssprachen, Kulturvergleichsforschung, Weltwirtschaft, internationales Marketing und Recht würden auf NRW-Hochschulen angeboten und nachgefragt, zum Beispiel von mehr als 82 000 Studierenden der beiden ersten Gebiete, von 122 000 in den übrigen. Für zusätzliche Einrichtungen gebe es keinen Bedarf.

**Manfred Heinemann** (CDU) hielt den Hinweis der F.D.P. auf die erfolgreichen Berufsakademien in Baden-Württemberg für verfehlt. In NRW gehe es nur mehr um Bündelung und Lückenschließung. Die umfangreiche Broschüre des Wirtschaftsministers „Wege zu Auslandsmärkten“ sei wirklich hilfreich. Im politischen Bereich müßten junge Leute für die Exportwirtschaft geworben werden.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) sagte voraus, auch nach der Ablehnung werde die Diskussion weitergehen, vielleicht sogar in einen Beschluß des Kabinetts münden. Mit einer Exportakademie neuer Qualität könnte auf die veränderten politischen Verhältnisse in Osteuropa reagiert werden, wenn deutsche Führungskräfte zusammen mit Mittelständlern aus Ost- und Mitteleuropa ausgebildet würden.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) lehnte namens seiner Fraktion den Antrag ab und verzichtete auf weitere Ausführungen, da die von seiner Fraktion beantragte namentliche Abstimmung über den NRW-Luftverkehr viel Zeit gekostet habe.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) sagte, eigentlich müsse die F.D.P. gegen neue zentralistische Institutionen sein. Daß auch hervorragende Zusammenarbeit verbessert werden könne, bestreite er nicht. Im übrigen setze er gerade den Landtagsbeschluß um, eine Europa-Akademie im Ruhrgebiet einzurichten. Eine Gemeinschaft der Industrie- und Handelskammern arbeite unter Federführung der früheren Landtagsabgeordneten Christa Thoben mit dem Bundesbildungsministerium zusammen. Mit Exportförderung könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden.

**Laurenz Meyer** (CDU) wies zur Begründung des CDU-Antrags auf die 200 Kilometer lange Grenze von NRW zu EG-Mitgliedstaa-

## Fünzigste Hochschule in NRW

### Neue FHS Gelsenkirchen ab August 1992

*Sehr zufrieden äußerten sich Redner aller Fraktionen und die Ministerin bei der einstimmigen Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung der Fachhochschule Gelsenkirchen (Drs. 11/3762), die bereits zum 1. August 1992 erfolgen soll.*

der Hochschullandschaft. Der Ausbau bestehender Fachhochschulen müsse mit gleicher Energie angepackt werden. Wir brauchen ein Umsteuern hin zu den Fachhochschulen, sagte der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) ergänzte, die rein männliche Sprache des Entwurfs habe berichtigt werden müssen. Dieses Gesetz sei eines der ersten mit korrekter Sprache. Im übrigen fülle die neue FHS einen weißen Fleck, dürfe jedoch den

Ausbau der bestehenden Fachhochschulen nicht verhindern.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) äußerte sich erfreut, daß bereits im Oktober mit dem neuen Studiengang Wirtschaft begonnen werde und dankte dem Fachausschuß. 1993 könne mit dem neuen Studiengang Microinformatik begonnen werden. In Bocholt solle im Winter 1993/94 Maschinenbau und Elektrotechnik folgen. In Recklinghausen sollte der Studienbetrieb 1995/96 aufgenommen werden.

## Führungskräfte für offene Märkte

### Keine Export-, keine Handwerks-Akademie, aber vielleicht eine Europa-Akademie für NRW

*Nacheinander debattierten die Wirtschaftsexperten des NRW-Landtags im Plenum am 2. Juli über den F.D.P.-Antrag „Exportakademie NRW“ (Drs. 11/3085) und den CDU-Antrag „Errichtung einer Europäischen Akademie des Handwerks“ (Drs. 11/3943). Der F.D.P.-Antrag wurde, wie vom Wirtschaftsausschuß empfohlen (Drs. 11/3951), abgelehnt, weil nach Ansicht der SPD ausreichende Weiterbildungsangebote an den NRW-Hochschulen vorhanden seien. Den CDU-Antrag überwies das Plenum in die Ausschubberatung. Alle Fraktionssprecher hielten die Vermittlung moderner Management-Qualifikationen an die Führung kleiner und mittlerer Betriebe und von Handwerksbetrieben für notwendig. Eine neue Einrichtung hierfür stieß jedoch beim SPD-Wirtschaftsexperten und beim Wirtschaftsminister auf Bedenken.*

ten und große Effekte des Binnenmarkts für die NRW-Wirtschaft hin. Vor allem der Mittelstand setzte große Hoffnungen auf die Öffnung der Grenzen. Um Klein- und Mittelbetriebe wettbewerbsfähig zu erhalten, müßten ihnen Management-Qualifikationen vermittelt werden. Die Handwerkskammer Düsseldorf habe bei der EG ein „Europazentrum für Unternehmensführung in Handwerk und Klein- und Mittelbetrieben“ beantragt.

**Rudolf Apostel** (SPD) bekannte sich zur Leistungssteigerung durch Qualifizierung auch im Handwerk, bezweifelte jedoch, daß durch eine Europa-Akademie des Handwerks die EG-Rahmenbedingungen mittelstandsfreundlicher würden.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) hielt die Ablehnung der von seiner Fraktion beantragten

Fortsetzung Seite 22



*Das denkmalgeschützte Schloß Raesfeld im West-Münsterland entwickelte sich in den letzten Jahren zum Schwerpunkt der Fortbildung für handwerkliche Denkmalpflege und darüber hinaus für das Handwerk insgesamt; Das Bild zeigt die Westansicht des Schlosses vor der Restaurierung.*

## SPD-Kritik an „Kosteneinsparungsgesetz“ – CDU verteidigt Entlastung

### Ansichten über Strukturreform im Gesundheitswesen gehen auseinander

Bei der Aussprache über den Antrag der SPD-Fraktion „Keine zusätzliche Selbstbeteiligung der Patienten, sondern Gesundheitsstrukturreform“ erteilten die Sozialdemokraten und die Grünen dem Gesundheitsstrukturgesetz der Bundesregierung eine glatte Abfuhr. CDU und F.D.P. hingegen verteidigten die Bonner Gesetzesinitiative als konsequente Fortsetzung der mit dem Gesundheitsreformgesetz von 1989 begonnenen Bemühungen zur Eindämmung der Kostenlawine im Gesundheitswesen. Der SPD-Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Drs. 11/3944).

Ulrich Schmidt (SPD) unterstrich, die Kosten im Gesundheitswesen explodierten. Die Beitragssätze würden zu Sprengsätzen in der gesetzlichen Krankenversicherung. „Die bewährten Grundsätze der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung, nämlich gleiche Sachleistungen unabhängig von Familienstand und Einkommen, Lebensalter und Risikoeinschätzung, zerplatzen nach und nach wie Seifenblasen“, sagte der Abgeordnete. Die Flickschusterei Teil 2 infolge des Gesundheitsreformgesetzes gehe weiter. Es handele sich nicht um eine Reform der Struktur, sondern ausschließlich um ein Kosteneinsparungsgesetz. Im Vordergrund stehe wieder die kurzfristige Kostendämpfung. Strukturelle Elemente würden nur unzureichend berücksichtigt. Natürlich solle weitgehend wieder der Patient die Zeche bezahlen. Schmidt beklagte, die geplanten Zuzahlungen im Arzneimittelbereich von zehn Prozent bis zu zehn Mark, jedoch mindestens drei Mark, seien ein eklatanter Wortbruch der bisher abgegebenen Versprechungen der Bundesregierung, daß Festbetragsarzneimittel zuzahlungsfrei bleiben sollten. Ferner werde durch die vorgesehene Aufteilung des Zahn-

ersatzes die Zwei-Klassen-Medizin in der Bundesrepublik wieder eingeführt. Die SPD halte das Gesundheitsstrukturgesetz für gesundheitspolitisch falsch, strukturpolitisch völlig unzureichend, sozialpolitisch unausgewogen und ordnungspolitisch fragwürdig.

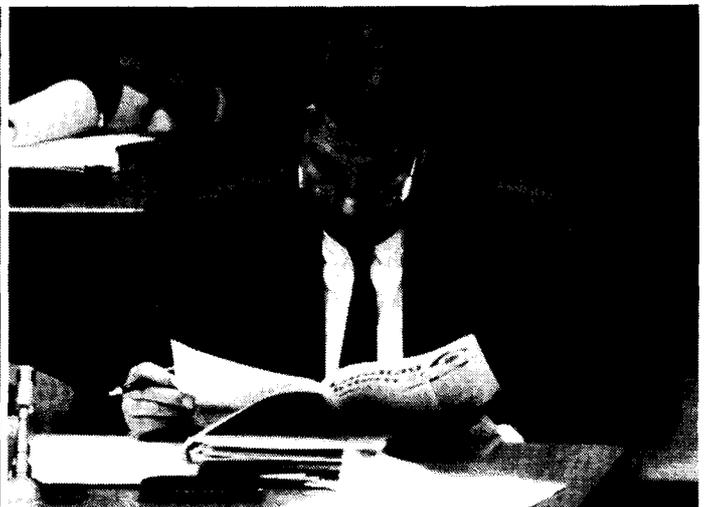
Wilhelm Riebinger (CDU) meinte, er könne im Antrag und im Wortbeitrag Schmidts keinerlei Ansatz erkennen, daß hier wirklich an einem Strick gezogen werden solle, um die Probleme der Zukunft zu meistern. Der Abgeordnete bezeichnete das Gesundheitsreformgesetz als einen Erfolg in bezug auf die Durchschnittsbeiträge. Er wisse nicht, wie man dazu kommen könne, daß man heute immer noch wieder festzustellen versuche, das Gesundheitsreformgesetz sei gescheitert. Daß es immer wieder neue Korrekturen und einer Fortschreibung bedürfe, das habe von vornherein festgestanden. Klar sei: die Steigerungen, die man in 1991 und bisher in 1992 erlebe, machten zwei Schritte erforderlich. Der erste Schritt sei in der Tat eine kurzfristige Maßnahme, um den jetzigen Beitragssatz von durchschnittlich 12,5 Prozent nicht so enorm steigen zu lassen. Der zweite Schritt seien wiederum strukturelle Veränderungen, langfristig angelegte Veränderungen, die auch für die Zukunft eine Beitragstabilität garantierten.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sagte, 1992 werde in der Krankenversicherung ein Defizit von rund zehn Milliarden Mark befürchtet. Der durchschnittliche Beitragssatz betrage zur Zeit 12,5 Prozent, ausgenommen in Dortmund, wo er bedauerlicherweise 16,8 Prozent betrage. Wenn nicht sofort etwas geschehe, dann würden die Beitragssätze Jahr für Jahr um rund 0,5 Prozent ansteigen. Das sei eine volkswirtschaftlich äußerst gefährliche Entwicklung. Noch einmal müsse betont werden, daß die steigenden Beitragssätze den Standort Deutschland noch weniger attraktiv machten und die Arbeitsplätze durch die steigenden Lohnnebenkosten gefährdet würden. Der Abgeordnete folgerte, es gehe kein Weg daran vorbei, festzustellen, daß sich das derzeitige Gesundheitsstrukturgesetz bei manchen Mängeln im Grundsatz allein schon deswegen bewähre, weil man in der Tat sonst einen durchschnittlichen Beitragssatz von 14 Prozent hätte.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) erklärte, was da als „Gesundheitsstrukturreform“ daherkomme, sei als Gesundheitspolitik nicht darstellbar. Es handele sich tatsächlich um nichts anderes als um eine neue Runde der unsozialen Umverteilungspolitik, eine Politik, die vor allem bei der sogenannten Selbstbeteiligung ganz kraß hervortrete. Soweit der Antrag der SPD Kritik an dem Vortrag, was der Bundesgesundheitsminister plane, teilten die Grünen das. Man stimme auch in einigen praktischen Schlußfolgerungen mit der SPD überein, vor allem über die Einführung einer qualifizierten Positivliste für die Medikamente, die es auf Krankenschein gebe. Das sei ein völlig richtiger und notwendiger Schritt. Etwa die Hälfte der verordneten Medikamente seien medizinisch überflüssig oder sogar gesundheitsschädlich. Fachleute sagten, man käme mit 120 bis 240 Medikamenten insgesamt aus, während Tausende auf dem Markt seien.

Gesundheitsminister Hermann Heineemann (SPD) betonte, dreieinhalb Jahre nach Inkrafttreten des von seinen Schöpfern als Jahrhundertwerk gefeierten sogenannten Gesundheitsreformgesetzes stehe die soziale Krankenversicherung in Wahrheit vor einer ihrer schwersten Bewährungsproben seit Bestehen der Bundesrepublik. Der anfängliche Ausgabenrückgang bei den Krankenkassen sei einzig und allein zu Lasten der Versicherten finanziert worden. Jetzt, wo das Strohfeuer verbrannt sei, zeige sich die ungeschminkte Wahrheit: Keines der zentralen Probleme des Gesundheitswesens habe mit dem Gesundheitsreformgesetz auch nur annähernd gelöst werden können. „Unser Gesundheitswesen leidet weiterhin an gravierender Schwäche: mangelhafte oder fehlende Steuerungsinstrumente sowie falsche Anreizstrukturen, ungenügende Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitskontrollen der Leistungserbringer und unzureichende Kosten- und Leistungstransparenz, um nur einige zentrale Aspekte zu nennen.“ All dies habe dazu geführt, daß die gesetzliche Krankenversicherung bereits im dritten Jahr nach der sogenannten Gesundheitsreform ein Defizit von mehr als 5,5 Milliarden Mark verzeichne. Der Minister stellte ferner fest: „Ein weiterer Ausbau der zusätz-

Fortsetzung Seite 18



Blick ins Parlament: Die SPD-Abgeordneten Georg Aigner und Helmut Marmulla (im linken Bild v.l.) sowie der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Leo Dautzenberg (CDU) (im rechten Bild).  
Fotos: Schüler

## NRW als Energieland kann sich falsche Weichenstellungen in Brüssel nicht leisten

# Binnenmarkt für Strom und Gas ohne Monopole

Die Fraktionen im Landtag haben sich für mehr Wettbewerb auf dem künftigen europäischen Energiemarkt ausgesprochen und erhebliche Zweifel an zwei Richtlinienentwürfen der EG-Kommission zur Versorgung mit Strom und Gas angemeldet. „Den europäischen Energiemarkt gestalten“ hieß das Thema auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 11/3876).

**Bernd Poulheim** (SPD) betonte, der Binnenmarkt bringe massive energiepolitische Konsequenzen „für uns“. Die EG-Kommission habe zwei Richtlinienentwürfe vorgelegt, die eine weitgehende Umkrempelung des europäischen Energiemarktes für die leitungsgebundenen Energieträger Strom und Gas vorsähen. Wer wie NRW den Anspruch an eine umweltverträgliche Umge-

staltung der Energiepolitik reklamieren, dem dürften die zukünftigen Rahmenbedingungen der europäischen Energiepolitik nicht gleichgültig sein. Man werde das Thema europäische Energiepolitik in der zukünftigen Diskussion zu einem Schwerpunkt machen, „weil wir es uns als Energieland nicht leisten können, daß in Brüssel eventuell falsche Weichenstellungen für die zukünftige Energiepolitik in Europa vorgenommen werden“, sagte der Abgeordnete.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) meinte, die deutsche Energiewirtschaft gehe in die europäische Diskussion mit so schlechten Karten nicht. Sie sei vielfältiger gegliedert, trotz der Großanbieter, als die Energiewirtschaft in den europäischen Nachbarländern. Auch die Großanbieter könnten ihre Preise

nicht einfach diktieren. Handel, Gewerbe und Bürger seien gegenüber den Großanbietern durch die kommunalen Gesellschaften vertreten.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) berichtete, seine Fraktion begrüße, daß die Kommission das Thema „Binnenmarkt für Strom und Gas“ aufgegriffen habe, denn trotz ihrer Besonderheiten seien auch bei der Strom- und Gasversorgung mehr Integration und mehr Wettbewerb möglich und wünschenswert. „Der Abschaffung von Monopolen und Ausschließlichkeitsrechten stehen wir abgeschlossen gegenüber.“

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) erklärte, ihre Fraktion stimme mit der SPD überein, daß die beiden Richtlinienentwürfe der EG-Kommission, die Anfang des Jahres vorgelegt worden seien, überarbeitet werden müßten, wenn sie nicht vollständig abgelehnt werden sollten. Aus ökologischer Sicht seien nämlich beide Entwürfe eigentlich katastrophal, weil hier eine Energiepolitik weitergeführt werde, die die Zentralisierung auf wenige Großkonzerne zur Folge habe: „Insbesondere mit billigem Atomstrom aus Frankreichs zahlreichen Atomkraftwerken soll der Weg über die Grenzen hinweg in die anderen Teile Europas freigemacht werden“, schloß die Abgeordnete.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) wies auf die Schwächen in beiden Entwürfen hin. Jedes Land, das sich etwa in der Sicherheitstechnik, bei den Umweltstandards, in den Bemühungen um Einsparung im Interesse aller ein besonders hohes Niveau erlaube, das heiße mehr auf Sicherheit, auf mehr Umweltschutz, auf mehr Versorgungstechnik Rücksicht nehmen, werde durch diese auswärtige Konkurrenz, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen müsse, gleichzeitig wieder bestraft. Das könne nicht richtig sein, „und das wollen wir auch nicht“, sagte der Minister. Deshalb sei eine der Hauptforderungen an die EG-Kommission: Eröffnung EG-weiten Wettbewerbs für Strom und Gas könne nur funktionieren und könne nur einhergehen mit einer einheitlichen Festlegung der Rahmenbedingungen für alle Mitgliedsstaaten auf hohem Niveau.

## Frage nach Zukunft der Sonderschulen

Der Landtag hat einvernehmlich den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Modellversuch: Wohnortnahe Integration in Schulen“ an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen (Drs. 11/3941).

**Bärbel Wischermann** (CDU) meinte, man werde sich ausführlich darüber unterhalten müssen, wie Sonderschulen in Zukunft sein sollten. „Und wir werden Überlegungen darstellen, was sonderpädagogische Förderzentren für uns bedeuten können, nämlich mehrere Formen von Sonderschulen unter einem Dach bei Begleitung mit Diagnose und Beratung von Eltern, Lehrern und Schülern durch andere Institutionen.“

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sagte: „Wir haben uns als Parlament insgesamt vorgenommen, gesetzliche Grundlagen für die Integration zu schaffen. Daran sollten wir in der Tat weiterarbeiten, aber nicht die Dinge auf die lange Bank schieben, indem wir weitere Modellversuche einführen.“

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) betonte, ihre Fraktion lehne die Alternative, die im Kultusministerium zur Zeit erwogen

werde, ab. Danach sei vorgesehen, die drei Sonderschultypen — Schulen für Lernbehinderte, Schulen für Sprachbehinderte und Erziehungshilfe — zu bündeln. Man sehe darin einen vorsorglichen Versuch, das Sonderschulsystem in NRW zu stabilisieren und die Integrationsmöglichkeit zu unterlaufen.

**Karl-Heinz Brülle** (SPD) unterstrich: „Auch wir Sozialdemokraten sehen die Probleme zu kleiner Sonderschulen — besonders der für Lernbehinderte.“ In ländlichen Regionen würden bei Auflösung dieser Schulen für viele Schüler unangemessene und pädagogisch nicht vertretbare lange Schulwege entstehen. Es müsse über Alternativen nachgedacht werden. Dies geschehe sowohl in der SPD-Fraktion wie auch im Kultusministerium.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) erklärte zur Frage, ob es überhaupt ein Modell geben sollte, was man in Modellen zu erproben habe, sei weitestgehend erprobt. Abschlußberichte würden erarbeitet. „Wir wissen, daß es in der Grundschule eine relativ hohe Chance der Integration behinderter Kinder gibt.“ Man wisse ferner, daß wohl für einen Teil behinderter Kinder Sonderschulen noch immer — auf absehbare Zeit zumindest — die bessere Versorgung und schulische Betreuung darstellten.



Momentaufnahmen: die F.D.P.-Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marianne Thomann-Stahl (im linken Bild) sowie die Grünen-Abgeordnete Brigitte Schumann (rechtes Bild).  
Fotos: Schüler

# Dänisches Modell nicht automatisch auf NRW übertragbar

Gegen einige Stimmen der Grünen hat der Landtag einen Antrag der SPD-Fraktion angenommen, der mit gemeinsamen Änderungsvorschlägen von SPD, CDU und F.D.P. die Qualität eines Entschließungsantrages erhalten hatte. Gemeinsam war die Auffassung, daß Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Aufkommen drastisch zu vermindern seien (Drs. 11/3950).

**Irmgard Schmid** (SPD) bezeichnete es als erfreulich, daß zu dem von der SPD eingebrachten Antrag für eine ökologische Energiebesteuerung inhaltlich weitgehende Übereinstimmung zwischen den Fraktionen des Hauses festzustellen gewesen sei. Eine ökologische Energiebesteuerung mache nur Sinn, wenn alle nicht erneuerbaren Energieträger wie Kohle, Öle, Gas und Kernenergie besteuert würden, um eine Bevorzugung der Atomenergie zu vermeiden. Deshalb begrüße es die SPD ausdrücklich, daß sich Bundesrat und EG ihrer Meinung angeschlossen hätten, auch eine Besteuerung der Kernenergie einzuführen. Zum Konzept sagte Frau Schmid, es gehe u. a. darum, den unbedachten, verschwenderischen Umgang mit Energieresourcen zu belasten und zugleich marktwirtschaftliche Anreize zu bieten.

**Fritz Kollorz** (CDU) nannte als Übereinstimmungen: Energieverbrauch minimieren, CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken, keine nationale Lösung, sondern nur eine europäische Regelung. Aber es gebe neben den Gemeinsamkeiten natürlich auch Trennendes. Es werde nicht überraschen, daß die CDU, was die Einschätzung der Kernenergie angehe, eine andere Auffassung vertrete als die SPD. Man sehe zwar in der Kernenergie nicht das Maß aller Dinge, benötige aber zur Energieversorgung eine sichere Kernenergieversorgung.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) sagte, die SPD werde vor einer Frage nicht ausweichen können, da in einer europäischen Lösung auf der einen Seite die Kernkraft ihren Platz

habe, auf der anderen Seite aus Sicht der Bundesrepublik die Steinkohle ihren Platz haben solle.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) erklärte zur Ökoenergiesteuer, Dänemark habe ein sehr effizientes Ökoenergiesteuersystem. Sehr effizient. Die EG habe das erstaunlicherweise sogar genehmigt. In Dänemark würden niedrige Energiepreise durch entsprechende steuerliche Maßnahmen ausgeglichen. Das funktioniere ausgezeichnet und werde von der EG geduldet. Man solle doch einmal versuchen, „ob wir hier in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen uns das nicht zum Vorbild machen sollten“.

## Energiesteuer

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) meinte, man müsse im Augenblick von einem Kompromiß ausgehen. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit gebe, eine europäische Energiesteuer einzuführen, dann werde sie eine CO<sub>2</sub>-Komponente enthalten. Das könne einem passen oder nicht. „Mir paßt sie nicht. Aber das ist ein anderes Lied“, sagte der Minister. Zu Dänemark stellte er fest, er respektiere und schätze und möge die Dänen. Aber Modelle, die in einem selbständigen Staat, in einer selbständigen Volkswirtschaft Dänemark dort akzeptabel und zu realisieren seien, die seien in einem Industrie- und Energieland wie NRW nicht automatisch zu übertragen und anzuwenden.

## Weitere Zeugen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 41 der Landesverfassung unter dem Vorsitz von Bodo Hombach (SPD) hat am Dienstag, 7. Juli 1992, in öffentlicher Sitzung den Oberstadtdirektor der Stadt Oberhausen, Burkhard Drescher, als Zeugen vernommen. Weiter wurden während der gleichen Sitzung Ministerialdirigent Dr. Ernst-Hasso Ritter vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW sowie Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Roters vom Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW als Zeugen gehört. Am Mittwoch, 8. Juli 1992, war der Essener Rechtsanwalt und Notar Dr. Peter Heinemann als Zeuge geladen. Ferner wurde Rechtsanwalt Dr. Siegfried Elsing als Zeuge vernommen. Am Freitag, 10. Juli 1992, trat Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) als Zeuge vor dem Ausschuß auf, der am gleichen Tag auch eine Vorberatung des Teil- und Zwischenberichtes aufnahm.

## Gesundheitswesen ...

Fortsetzung von Seite 16

lichen Abkassierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist mit uns nicht zu machen.“

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) fragte, warum Heinemann verschweige, daß allein durch das Gesundheitsreformgesetz von Norbert Blüm die Versicherten von 1989 bis heute 53 Milliarden Mark an Beiträgen gespart hätten. Das sei die größte Entlastungsaktion für die Versicherten und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik gewesen, die jemals durchgeführt worden sei. Dem Minister hielt er vor, das Miesmachen bei allen Versuchen, Kostendämpfung zu betreiben, habe bei ihm ja Tradition. Es könne doch nicht sein, daß man über Eigenbeteiligungen herfalle, wenn die Bundesregierung in Bonn sie beschließe, aber sofort und ohne Zaudern dies als richtig erkläre, wenn man den Landshaushalt damit schonen könne.

**Wolfram Kuschke** (SPD) forderte die Opposition von CDU und F.D.P. auf, doch einmal auf die Zuschauerränge, auf die Straßen zu gehen und die Menschen zu fragen, „ob sie das, was Sie 1989 als Gesundheitsreformgesetz verkauft haben, als eine tatsächliche Gesundheitsreform empfinden. Sie bekommen von weit über 90 Prozent der Bevölkerung eine ganz deprimierende Auskunft: Die Menschen fühlen sich in der Tat im Gesundheitswesen abkassiert. Sie haben den Eindruck, daß Sie diese Bemühungen jetzt noch verstärken wollen“, sagte der Abgeordnete. Er fuhr im Verlaufe seiner Rede fort, das Gesundheitsstrukturgesetz müsse letztendlich scheitern, weil es nur eine Deckelung vorsehe, weil es nur Kürzungen bei Budgets vorsehe, aber keine durchgreifenden Strukturänderungen.



Gedankenaustausch: Mitglieder des Präsidiums während einer Plenarpause. V.r. Horst Jäcker (CDU), Manfred Ludwig Mayer (SPD), Ulrich Schmidt (SPD), Günter Meyer zur Heide (SPD), Otti Hüls (CDU), ein Landtagsbediensteter, Klaus Dieter Völker (CDU), Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) und Brunhild Decking-Schwill (CDU).

Foto: Schüller

Die vom EG-Ministerrat beschlossenen Änderungen im europäischen Agrarsystem seien halbherzig und nicht ausreichend; es müßten nun baldmöglichst die Grundlagen für eine langfristig tragfähige europäische Agrarreform geschaffen werden, wobei die Regelungsdichte drastisch zu vereinfachen und auf das notwendige Maß zurückzuführen sei. Einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 11/3831) nahm der Landtag am 3. Juli in direkter Abstimmung an; ein dazu von der CDU vorgelegter Entschließungsantrag (Drs. 11/4025) fand keine Mehrheit.

## Soziokultur belebt überall im Lande Städte und Gemeinden

Ein Strukturhilfekonzept für die Soziokultur im Lande haben die Grünen in einem Antrag (Drs. 11/3942) gefordert, den der Landtag vor der Sommerpause zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen hat.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) forderte für die Soziokultur mehr öffentliche Unterstützung: Ihre Arbeit bedürfe der Planbarkeit und Verlässlichkeit und müsse ressortübergreifend gefördert werden. In dieser Sache lobte sie den Stadtentwicklungsminister und stimmte ihm zu, daß Soziokultur kein alternativer Schnickschnack, sondern ein Überlebensmittel für die Gesellschaft sei.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) machte darauf aufmerksam, daß NRW mehr als die übrigen Bundesländer für Soziokultur tue. Dabei handle es sich nicht nur um Kultur-, sondern auch um Sozial- und Jugendarbeit. Es gebe keinen Dissens darüber, daß Soziokulturarbeit notwendig sei, sie müsse aber auf den verschiedenen Ebenen noch stärker koordiniert werden.

**Hildegard Matthäus** (CDU) wandte ein, der Antrag bringe nach den langjährigen Gesprächen mit Vertretern der Soziokultur und nach der jüngsten Ausschußanhörung zu diesem Thema nichts Neues. Darum sollte am ursprünglichen Fahrplan festgehalten und die Auswertung der Anhörung abgewartet werden. Dennoch stimme die CDU der Überweisung zu — „der guten Gepflogenheit wegen“.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) vermißte ein zukunftsorientiertes Kulturkonzept im Lande: „Kulturpolitik des Landes erschöpft sich oft in beliebiger Zuschußgewährung.“ Es fehle an Überlegungen für neue Organisationsformen und konzertierte Aktionen. Seine Fraktion werde im Herbst eine Vorlage zur langfristigen zukunftsorientierten Kulturplanung des Landes vorstellen, kündigte er an. Der Antrag der Grünen sei sehr kostenträchtig, die Ausweitung der Etats für Soziokultur in den vorgeschlagenen sechs Ressorts sei äußerst problematisch. Wie auf anderen Gebieten sei die Frage zu beantworten, ob es sich hier um eine Landes- oder kommunale Aufgabe handle.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) fand, „Soziokultur ist eine viel zu schöne Sache, als daß man nur darüber redet.“ Unter Hinweis auf das bevorstehende Sommerfest verzichtete er auf einen Redebeitrag.

## Warnung vor Brüsseler „Regelungswut“

**Johannes Gorlas** (SPD) kritisierte den zentralistischen Machtanspruch der EG, die in ihrer „Regelungswut“ immer mehr Bereiche bis ins letzte Detail regeln wolle, statt sich auf das Setzen von Eckdaten und des Rahmens zu beschränken. Wenn man sich aber gegen bürokratische Überreglementierung wehre, dann müßten aus den Regionen selbst positive Impulse kommen, „wie man es anders machen kann und soll“. Die Abkehr von der Politik der Einkommenssicherung durch Preisstützung, die längst gescheitert sei, werde von der SPD gebilligt; auch die neue Politik, die zur Konsolidierung notwendigen Preissenkungen — und damit für die Landwirte entstehenden Einkommensverluste — durch produktionsneutrale direkte Einkommensbeihilfen auszugleichen. Aber das von Brüssel in Aussicht genommene Verfahren werde weder den ökonomischen noch ökologischen Anforderungen gerecht. Es zwingt die Landwirte, „im Hauptfach in Zukunft Bürokratie zu studieren und sich daneben auch noch um landwirtschaftliche Kenntnisse zu bemühen“.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) begrüßte den Vorschlag, die Position der Regionen zu stärken und warf dem Landeslandwirtschaftsminister in diesem Zusammenhang vor, anders als viele Landwirtschafts- und Umweltminister der Länder habe er es versäumt, in Brüssel das Gespräch zu suchen. Wenn man wie die SPD von direkten Einkommensübertragungen rede, dann sollte man konsequent sein und die Landwirte an den Mehreinnahmen von 130 Millionen Mark beteiligen, die das Land durch den Wegfall der Mitfinanzierung beim dreiprozentigen Umsatzsteuerausgleich verbuchen könne. Wenn in den neuen Bundesländern die Landwirte daran partizipieren könnten, in den alten aber nicht, dann diene das ganz sicher nicht dem Zusammenwachsen in der Agrarpolitik. Der Sprecher bedauerte, daß es nicht zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag gekommen sei.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) blickte auf die Landwirtschaft der kommenden Jahre: Sie sei Bestandteil der Volkswirtschaft, von der sie sich nicht abkoppeln dürfe; ihre Einbindung in die internationale Arbeitsteilung setze Wettbewerbsfähigkeit voraus; die in der Landwirtschaft Beschäftigten müßten mit ihren Einkommen an der allgemeinen Wohl-

standsentwicklung teilhaben. „Eine faire Partnerschaft auf den internationalen Agrarmärkten setzt eine Senkung der Produktion und des Stützungslevels in der EG voraus“, betonte er und hielt es für unumgänglich, die Preispolitik durch direkt zu zahlende Prämien zunächst zu ersetzen, denn die stärkere Einbindung der Agrarwirtschaft in das marktwirtschaftliche System der EG stehe noch aus. Diese Heranführung müsse so erfolgen, daß die Landwirtschaft nicht zum Sozialhilfeempfänger des Staates werde.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) wertete die Ausführungen über zu hohe Preise für agrarische Produkte als „Grabgesang für die Landwirtschaft in NRW, im Bund und in der EG“. Wenn die Preise sanken, müßten bis zu 95 Prozent der Betriebe aufgeben; wo angesichts leerer staatlicher Kassen die Mittel zur Rettung durch Ausgleichszahlungen herkommen sollten, sei nicht erkennbar. Beide Wege seien nicht gangbar, betonte er: „Wir müssen gerechte und angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte bezahlen.“ Wer eine ernsthafte und ehrliche Agrarpolitik wolle, der müsse ein System praktizieren, „das die, die unter erschwerten Bedingungen produzieren, bevorzugt, und die, die unter Bedingungen arbeiten, die das Produzieren erleichtern, behindert“. Im übrigen werde die inkriminierte Regelungswut weitergehen, wenn die bisherige Agrarpolitik weitergehe.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) stellte fest, es gehe gar nicht um die Frage, ob man direkte Einkommensübertragungen brauche, sondern darum, wie das durchgeführt werde. Es sei das Positive an der beschlossenen Reform, daß das Geld direkt bei den Landwirten ankomme „und nicht an den Landwirten vorbei in die Taschen von Lagerhaltern und Agrarexporteurern fließt“. Der produktbezogene Ansatz der neuen EG-Agrarpolitik sei aber in seinen Augen falsch und führe in die Sackgasse, weil er zu bürokratisch sowie ökonomisch und ökologisch unsinnig sei. Diese Reform sei kaum administrierbar, fuhr Matthiesen fort, denn sie schränke auch die unternehmerische Freiheit der Landwirte ein und werde darum von ihnen abgelehnt. Auch die Länder seien nicht bereit, „die mit dieser Agrarreform auf sie zukommende inflationäre Regelungsfrist hinzunehmen“.



Für ein System gerechter Preise in der Landwirtschaft (v.l.n.r.): Johannes Gorlas (SPD), Eckhard Uhlenberg (CDU), Friedel Meyer (F.D.P.) und Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

## Entschädigung für NS-Opfer auch Frage der politischen Kultur

Zu einem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des Nationalsozialismus und einem Antrag mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ der Fraktion DIE GRÜNEN hatte der Ausschuß für Innere Verwaltung noch vor der Sommerpause zu einem Sachverständigengespräch geladen. Nach einer ersten Berichterstattung in „Landtag intern“ Nr. 13 folgt hier die Fortsetzung:

Dr. Heinz Dux, ehemaliger Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, erklärte, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung hätten es stets erreicht, eine umfassende Gutmachung abzuwenden. Landesrechtliche Betreuungsaßnahmen könnten eine Abhilfe bewirken. Für den Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. führte Professor Dr. Dr. Klaus Dörner aus, die Tendenz der Nachbesserungen gehe in die richtige Richtung. Es sei aber bedauerlich, daß noch nicht alle Länder eine eigene Wiedergutmachungsregelung getroffen hätten. Das Berliner Modell sei empfehlenswert. Im übrigen erscheine eine Einheitlichkeit gesetzlicher Regelungen der Länder – auch aus der Sicht der Berater – geboten. Die bisherige Praxis jedenfalls hinterlasse bei den Geschädigten, die eine Entschädigung erreicht hätten, lediglich das Gefühl, nicht einen selbstverständlichen Anspruch durchgesetzt, sondern einfach nur Glück gehabt zu haben. Er lobte in diesem Zusammenhang jedoch die Sachbearbeiter der Oberfinanzdirektion seines Wirkungskreises, die sich stets besonders engagierten, den Opfern das mögliche zukommen zu lassen. Abschließend ging Dörner auf die Härten der psychiatrischen und medizinischen Nachuntersuchungen im Antragsverfahren ein. Insoweit stelle sich auch das neue Problem, daß junge Ärzte bei der psychologischen Begutachtung der Zwangssterilisierten keinen Zugang zur Sache fänden, da ihnen der unmittelbare geschichtliche Bezug fehle. Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., schilderte das Schicksal derjenigen, die gegen Kriegsende als Feiglinge oder Deserteure zum Tode verurteilt sowie der Hinterbliebenen derjenigen, an denen die Strafe vollstreckt worden sei. Das ihnen auch nach dem Krieg noch jahrzehntelang zugefügte Unrecht habe nicht zuletzt die Geschichtsschreibung mit zu verantworten. Es sei ein himmelschreiendes Unrecht, daß erst jetzt Renten an die Witwen der als Deserteure, also als Regimegegner Hingerichteten gezahlt würden, während die Witwen verstorbener NS-Angehöriger und sonstiger aktiver Handlanger des Unrechts-Regimes schon immer einen Rentenanspruch gehabt hätten. Ludwig Baumann schloß mit der Hoffnung, „daß nun endlich Grundlagen für eine humanere, gewaltfreie Gesellschaft gelegt werden“.

Auf die Ungerechtigkeiten des bisherigen Entschädigungssystems ging nach Volker Beck – Landesverband NRW des Schwulenverbandes in Deutschland – auch Alfred Hauser – Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime – ein. Seit 1948 im Bereich der Entschädigung auf die Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter spezialisiert, habe er nie Verständnis dafür gehabt, daß nur für jüdische Zwangsarbeiter Entschädigungsregelungen getroffen würden. Die materiellen und moralischen Forderungen aller Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wären berechtigt. Er würde es sehr begrüßen, wenn diejenigen Firmen, die im Dritten Reich Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt hätten, von sich aus auf diese Gruppe zugehen würden. Im übrigen sei dem Gesetzgeber zu empfehlen, diese Altlast schnell abzutragen. Dies sei auch eine Frage der politischen Kultur, der Glaubwürdigkeit und des Ansehens des Landes im Ausland. In landesgesetzliche Regelungen müßten die hier lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter einbezogen werden. Eine Bundesratsinitiative könne mit Unterstützung derjenigen Bundesländer gestartet werden, die bereits eigene Regelungen getroffen hätten. Schließlich sollte unter Berücksichtigung der Entscheidung des Europaparlaments eine bundesweite Stiftung für die im Ausland lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter errichtet werden.

Rosel Vadehra-Jonas – VVN-Bund der Antifaschisten – machte ihrem Unmut erst einmal Luft in der Feststellung, es sei nicht nur eine Schande, sondern ein Skandal, daß Opfer 47 Jahre nach Ende des NS-Regimes noch immer um ihre Anerkennung kämpfen müßten. Es gehe nicht nur um einen Rechtsanspruch, sondern auch um einen moralischen Anspruch auf Entschädigung für erlittenes Unrecht. Nachdem unsere Gesellschaft längst ihren Frieden geschlossen hätte mit denjenigen, die im Namen des Regimes das Unrecht begangen hätten, müßten auch die Opfer endlich befriedet werden. Dabei sei es unzumutbar, daß die Geschädigten zum Nachweis ihrer Gesundheitsschäden Untersuchungen über sich ergehen lassen müßten, die von ihnen als zweite Verfolgung empfunden würden. Auch psychische Schäden dürften nicht weiter negiert werden. Kritik übte sie an § 6 BEG, soweit darin die Entschädigung an politisches Wohlverhalten gekoppelt werde. Der Bund habe seine Chance zu einer umfassenden Novellierung der Entschädigungsregelung nicht genutzt. Dabei sei eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben, in der Zwischenzeit eine landesgesetzliche jedoch unverzichtbar.

Im Rahmen der Beantwortung einer Vielzahl von Zusatzfragen aus der Mitte des Ausschusses bemerkte Dr. Heinz Dux, der Bund habe seine Gesetzgebungskompetenz nicht voll ausgeschöpft, da es sich weder im BEG noch im AKG um eine umfassende Entschädigungsregelung handele. Nordrhein-Westfalen könne die Berliner Lösung übernehmen oder auch eigene Härteregulungen vorsehen.

## Abgeordneter nennt DB-Ausbauplanung durch Eggegebirge „Kahlschlag-Trasse“

Der Ausbau der Bundesbahnstrecke Dortmund – Kassel zu einer leistungsfähigen, schnellen Schienenverbindung habe auch aus der Sicht des Umweltschutzes hohe Priorität. Angesichts der besonderen Bedeutung der Waldlandschaft der Egge für den ostwestfälischen Raum sei aber eine umfassende Prüfung der vom Vorhaben berührten ökonomischen Belange unverzichtbar. Die Findung einer raum- und umweltverträglichen Trasse sei Gegenstand des Erarbeitungsverfahrens zum Gebietsentwicklungsplan für einen sachlichen Teilabschnitt der IC-Strecke Dortmund – Kassel, das der Regierungspräsident Detmold durchführe. Die Landesregierung habe gegenüber dem Regierungspräsidenten zum Ausdruck gebracht, daß sie der gleichwertigen Aufbereitung der Alternativtrassen gegenüber der DB-Vorschlagstrasse, der Transparenz des Verfahrens und der nachvollziehbaren sachgerechten Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes, insbesondere der Belange des Waldes und von Natur und Landschaft im Abwägungsprozeß entscheidende Bedeutung zumesse. Vor diesem Hintergrund gehe die Landesregierung davon aus, daß die DB als Träger der geplanten Baumaßnahmen alle für eine Beurteilung der unterschiedlichen Trassenvarianten notwendigen Untersuchungen mit der gebotenen Sorgfalt aufbereite. Das teilt das Umweltministerium auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Gerhard Wendzinski mit. Der Politiker hatte die Befürchtung geäußert, daß die Bundesbahn aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen für eine preiswerte „Kahlschlag-Trasse“ diagonal durch den Eggewald und die Glasebruch-Moore plädiere (Drs. 11/3847).

## Musikschulen

Zu der Berichterstattung über die Sorgen kommunal getragener Musikschulen in „Landtag intern“ Nr. 13 erreichte die Redaktion folgende Ergänzung aus CDU-Sicht:

„Es ist etwas erreicht worden für die nordrhein-westfälischen Musikschulen während der letzten Kulturausschußsitzung vor der Sommerpause am 24. Juni 1992. Nur: Ein SPD-Kompromißvorschlag, angeregt von Herrn Dr. Gerritz, war das nicht. Daß SPD- und CDU-Fraktion unterschiedliche Prioritäten hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Musikschulen setzen, ist hinreichend bekannt und zeigte sich auch in dieser Sitzung wieder. Deshalb nutzte die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Professor Dr. Renate Möhrmann, die allgemeine Bekenntnisbekundung der Vertreter des Kultusministeriums in bezug auf den Wert der Musikschulen, um Nägel mit Köpfen zu machen. So schlug sie vor: Soviel Einigkeit müsse Konsequenzen haben. Sonst bliebe alles bloß Rhetorik. Deshalb müsse der Forderung des Musikschulrates nach einem Mehrbetrag von 300 000 Mark aus Landesmitteln für qualifizierende Maßnahmen bei den Musikschulen zugestimmt werden.“

## Petitionsausschuß brachte alle an einen Tisch

# Taxistand im Wohngebiet der Tempo-30-Zone angepaßt

An der städtischen Planung hatten die Anwohner auszusetzen, daß die Taxen die Wohnstraße zu schnell durchfahren würden und daß zu viele Plätze für Taxis reserviert würden, so daß die Falschparker auf den nicht mit Taxis besetzten Flächen unnötig durch „Knöllchen“ bedroht würden. Auch werde die Sicherheit der Fußgänger durch den unerwarteten Gegenverkehr und die Einengung des Fußweges beeinträchtigt.

Aus städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gründen sei der Umbau unsinnig, denn es handle sich bei der betroffenen Wohnstraße um eine der wenigen historisch geschlossenen Alleen mit denkmalgeschützten Jugendstilgebäuden und kleinen Vorgärten sowie Kopfsteinpflaster. Beim Umbau werde es auch einen wenig schönen Schilderwald geben.

Anders als beim städtischen Baureferat fanden die Bürger Verständnis für ihre Forderungen, nachdem sie sich an den Petitionsausschuß des Landtags gewandt hatten. Dieser holte zunächst eine Stellungnahme des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr ein. Darin wurden Zweifel an der Zahl der Taxistände geäußert, aber auch darauf hingewiesen, daß die Stadt nur dann einige Taxistände wegnehmen wolle, wenn die Taxiverbände zustimmen würden. Das sei jedoch bisher nicht der Fall.

Beim Versuch des Petitionsausschusses, an Ort und Stelle alle an einen Tisch zu bringen, gab es formale Schwierigkeiten, denn die Hauptsatzung der Stadt sah vor, daß weder Bezirksvertretung noch Beschwerdeausschuß mit Angelegenheiten befaßt sein dürften, die zugleich vom Petitionsausschuß bearbeitet würden. Gegen einen Ortstermin und ein Gespräch mit Petenten und städti-

*Durch aufmerksame Lektüre der Lokalpresse erfuhren die Anwohner einer Wohnstraße in einer westdeutschen Großstadt frühzeitig, daß im Zuge von Verkehrsberuhigung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs den Taxis die Einfahrt entgegengesetzt der Einbahnstraße erlaubt und ein Wendehammer eingerichtet werden solle. Mehrere Bürger erhoben gegen die städtischen Bauvorhaben Einspruch, zunächst ohne Erfolg. Sie diskutierten mit Vertretern der Taxiverbände über Alternativlösungen und gründeten einen Bürgerverein, um sich gegenüber den offiziellen Gremien besser verständlich machen zu können. Aber erst die Einschaltung des Petitionsausschusses des Landtags brachte den Streitgegenstand zu einer einvernehmlichen Lösung.*



*Nicht immer gelingt es wie in einer westdeutschen Großstadt, Konflikte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in einer Wohngegend und dem Taxibetrieb durch Verhandlungen einvernehmlich zu lösen. Im nebenstehend beschriebenen Fall half der Petitionsausschuß des Landtags.*

*Foto: Schüler*

schen Beamten in Anwesenheit von Mitgliedern der Bezirksvertretung war jedoch nichts einzuwenden. Dieses kam auch zustande. Bei einem zweiten Gespräch, ein halbes Jahr später, erklärte der Vertreter der Stadtverwaltung, die Beschilderung werde so geändert, daß nur noch sieben Taxistände reserviert würden. Damit waren

sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Taxifahrer einverstanden. Neben der einvernehmlichen Lösung für die örtlich Betroffenen scheint die Vermittlerrolle dem Petitionsausschuß Pluspunkte eingebracht zu haben, denn der Bürgerverein will demnächst dem Landtag einen Besuch abstatten.

*Zur Diskussion über den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ ging beim Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Landtags ein „kleiner Erfahrungsbericht“ der Industrie- und Handelskammer zu Köln ein (Zuschrift 11/1898). Die Ergebnisse einer Unternehmerbefragung seien, so schreibt IHK-Geschäftsführer Detlev Sachse an den Vorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke, seien sicher nicht auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland übertragbar. Die wesentlichen Faktoren der Belastung für die Industrie träfen jedoch auf die wichtigsten Wirtschaftsregionen zu.*

Als Gründe für die sinkende Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland wurden in der IHK-Umfrage ermittelt:

1. **die deutsche Einigung.** In der Industrie wachse der Eindruck, daß die deutsche Politik der säkularen Aufgabe nicht gewachsen sei. Der bequeme Weg der Staatsverschuldung anstelle des unbequemen Subventionsabbaus und von mehr Bescheidenheit irritiere.
2. **Sonderbelastungen.** Es drohten die Pflegeversicherung, die Abfallabgabe, die CO<sub>2</sub>-Abgabe als Energiesteuer. Das alles werde von der CDU/F.D.P.-Regierung leichter Hand diskutiert, ohne die wirtschaftlichen Folgen zu bedenken.
3. **Der Europäische Binnenmarkt** verlange von jedem Produzenten ein Fitneßprogramm

## Besorgter Appell an die Politiker:

### „Unternehmerflucht bedeutet Wohlstandsverlust“

gegen härtere Konkurrenz. Das finde durch Investitionen im Ausland statt.

4. **Den konjunkturellen Absturz** nach mehreren sehr guten Jahren erlebten viele Unternehmer als Schock, vor allem in der chemischen Industrie und im Maschinenbau.

5. **Die japanische Industrie** greife seit Ende der 80er Jahre auch deutsche Kernbereiche an: Maschinenbau und Fahrzeugbau. „Lean production“ (Optimierung durch räumliche Nähe) sei etwa im Fahrzeugbau in Deutschland immer weniger möglich.

6. **Bürokratisierung.** „Die lebhaftige Neigung der Landesparlamente, des Bundesparlaments und der EG-Kommission zu ständig neuen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien erschwere den Überblick. Notwendige Infrastruktur könne nicht mehr durchgesetzt werden, Beispiel: ICE-Trasse. Neue Technologien seien unerwünscht (Gen-Technik).

7. **Mikroklima.** Bei Unternehmern wachse der Eindruck, unerwünscht zu sein. Die breite Masse wolle profitieren, aber nicht produzieren. Die Industrie gelte als Störenfried. Junge Menschen drängten in kaufmännische Berufe. Kommunen setzten keine Industrieflächen und keine Entsorgung durch.

Nicht nur das Ausland, auch deutsche Unternehmer verlören das Interesse an Kapitalanlagen in Deutschland, meint Sachse. Im Ausland sei der Unternehmerrtrag unvergleichlich höher. Dadurch gingen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Innovationskraft verloren. Handel und Dienstleistung seien kein Ersatz, denn sie vollzögen sich erst im Zusammenhang mit der davor gelagerten Industrieproduktion.

Für außerordentlich bedrohlich hält der Kölner IHK-Sprecher das Abwandern klassischer mittelständischer Unternehmer, nachdem Konzerne schon längst nicht mehr in Deutschland investierten. Der Brief solle nicht als „Panikmache“ erlebt werden, sondern rechtzeitig auf wirtschaftliche Wirklichkeit aufmerksam machen und als Anstoß zu einer Ausschuß-Diskussion dienen.

Als Fazit fordert die IHK Köln bessere Verkehrsinfrastruktur, Umweltstandards nur auf EG-Ebene, mehr Verantwortungsbewußtsein der Genehmigungsbehörden, mehr Akzeptanz für industrielles Arbeiten: „Es ist eine wichtige Aufgabe für Kommunal- wie für Landespolitiker, stärker als bislang für Verständnis der Tätigkeit von Industrieunternehmen persönlich einzutreten.“

## Literatur

# Klaus Schütz auf dem „Logenplatz und Schleudersitz“

Ein Buch der Erinnerungen mit Appellen an die Politiker in Bund und Ländern

von  
Horst-Werner Hartelt

Der von 1967 bis 1977 in Berlin regierende Klaus Schütz hat in der politischen Ausnahme-situation der alten Hauptstadt die praktische Demokratie zwischen Bund und Ländern einerseits sowie im täglichen Ringen mit dem Mauerkommunismus andererseits exemplifiziert. In seinem soeben erschienenen Buch, das sich von üblichem Memoiren-schmonzes höflich distanziert, sind Föderalismus und Grundgesetz zwei Kardinal-

punkte neben manch anderen Hauptursachen.

„Da, wo die Länder im Bund tätig werden, sind sie bestenfalls Gehilfen bei der Machtausübung“, schreibt der einstmals „Regierende“ von Berlin und Präsident des Bundesrates in Bonn. Das Einspruchsrecht sei eben in der Praxis arg begrenzt, wenn überhaupt vorhanden. „Die Länder sind so gut wie nie Kontrollorgane der Bundesregierung, auch wenn sie sich gerne so gerieren.“ Scheinbar emotionslos, aber eben doch pointiert, bewertet Klaus Schütz den hoch oben thronenden Bundesrat als „administrative Clearingstelle“ sekundärer Art.

Was folgert daraus? Im Deutschland von morgen brauche eine Regierung das Maximum an öffentlicher Kontrolle —, eine „Zweite Kammer“ neben dem Bundestag müsse her, etwa in der Rolle des Senats, wie er in den USA neben dem dortigen Repräsentantenhaus funktioniert. Damit nicht genug, empfiehlt Schütz gravierende Änderungen im Wahlrecht und die Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung. Sie wiederum sollte dem deutschen Volk in Ost und West nicht von Parteien „verordnet“, sondern von den Wählern selbst in

zweifelsfreier Abstimmung begutachtet werden.

Schließlich legt der Politiker den Finger noch in eine ganz andere Wunde. Obwohl kein Anhänger von Plebiszitproklamationen, fordert Klaus Schütz geradezu demonstrativ: „Klar für mich ist, daß die Spitze der Exekutive in Bund und Ländern von den Staatsbürgern direkt gewählt werden sollte.“ Dies wäre auch ein Beitrag zur politischen Kultur, ein Damm gegen die Virulenz der Staatsverdrossenheit, wie der Autor zu verstehen gibt. Ohne es in seiner privat-persönlichen Ausprägung zu wollen, gelangt Klaus Schütz mit seinem im Sammelsurium politischer Bücher auffallenden Buch abermals in die Rolle des Ratgebers, der er mehr als 20 Jahre an der Seite Willy Brandts gewesen ist. Wer heute der politisch-geistigen Repräsentanz in unseren Ländern und auch im Bund zuhört, wird bemerken, daß eigentlich auf Denker und Praktiker wie Schütz noch nicht verzichtet werden dürfte.

(Klaus Schütz: *Logenplatz und Schleudersitz, Erinnerungen*, Ullstein-Verlag, 256 Seiten, 16 Seiten Abbildungen, gebunden, 39,80 Mark)

### Umweltfreundliche Parlamentszeitschrift

Den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechend wird die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ ab der Ausgabe vom 6. Oktober 1992 in der gesamten Auflage auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Bereits die Ausgabe vom 22. September 1992 wird aus drucktechnischen Gründen in einem Teil ihrer Auflage mit dem neuen Papier erscheinen. Bisher wurde bereits auf chlorarmem Papier gedruckt.

### Führungskräfte...

Fortsetzung von Seite 15

Export-Akademie als zu zentralistisch bei gleichzeitiger Zustimmung der SPD zur Europa-Akademie für lächerlich. Eine Nachfrage nach solchen Berufsakademien sei vorhanden. Die Europa-Akademie müsse außer dem Handwerk dem übrigen Mittelstand geöffnet werden.

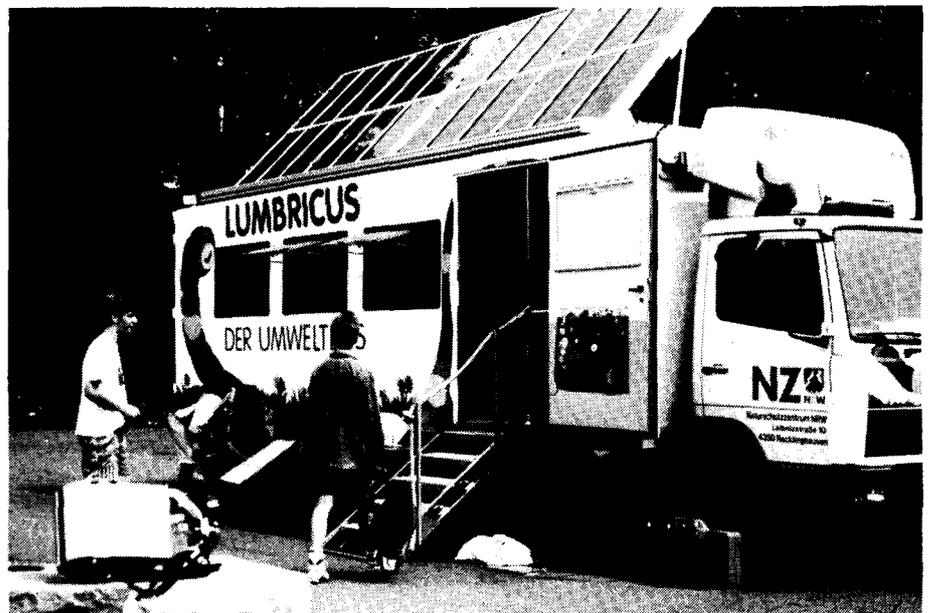
**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) unterstützte das Anliegen und sagte: „Ohne ein funktionsfähiges Handwerk wären wir ein armes Land“, auch die Kultur wäre ärmer. Das gelte auch für andere europäische Länder.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) antwortete, die beantragte Akademie sei in Schloß Raesfeld bereits vorhanden. Eine Reihe von weiteren Einrichtungen diene der Weiterbildung von Mittelstandsbetrieben. Eine Inflation von Akademien werde nicht gewollt. Auch wisse das Handwerk selbst noch nicht so genau, was es wolle.

### Westschienenkanal...

Fortsetzung von Seite 1

kungen auf die Lizenzverteilung haben. Wolfgang Clement erinnerte an die „klare Aussage“ der Antragsteller, die hohe Eigenproduktionsquote von 78 Prozent, einen Informationsanteil von 50 Prozent am Gesamtprogramm sowie die pluralistische Gesellschaftsstruktur einzuhalten.



Neue Möglichkeiten der Naturschutzbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Freiland eröffnet die mobile Umweltstation „Lumbricus — der Umweltbus“. Stationiert ist das Fahrzeug beim Naturschutzzentrum NRW in Recklinghausen. Das als rollendes Klassenzimmer ausgestattete Fahrzeug ist neun Meter lang und 7,5 Tonnen schwer. In seinem Innenraum verfügt es über 24 Arbeitsplätze und ein mobiles Labor mit Meßgeräten für Wasser-, Luft- und Bodenproben. Ebenfalls zur Ausstattung des Fahrzeuges gehört eine EDV-Anlage mit aktuellen Daten und Bewertungskriterien aus der Umweltverwaltung des Landes. Neueste Umweltdaten aus Nordrhein-Westfalen lassen sich mit dem Bordcomputer anschaulich darstellen und regionalbezogen auswerten. Arbeitsmaterialien für den Naturkundeunterricht gehören zur weiteren Ausrüstung des Fahrzeuges. Vor Ort, in direktem Kontakt mit der Natur, können von Gruppen unter fachkundiger Anleitung Untersuchungen mikroklimatologischer, biologischer und chemischer Art durchgeführt und sowohl im als auch am Fahrzeug ausgewertet werden. Der rund eine Million Mark teure „Lumbricus“ (Regenwurm) ist von Mercedes und IBM entwickelt worden. Er kann innerhalb von NRW kostenlos von weiterführenden Schulen, Kommunen, Landesdienststellen, Verbänden, Vereinen sowie von Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenarbeit beim Naturschutzzentrum NRW, Postfach 10 10 52, 4350 Recklinghausen, angefordert werden.

## Hauptausschuß...

Fortsetzung von Seite 4

des Bundes in ein Gesamtkonzept einfließen, welches bisher augenscheinlich noch nicht bestehe. Man müsse auch der Tor-schlußpanik entgegenwirken, die durch die unumgängliche Quotierung bei der Visa-Erteilung entstanden sei. Eine massive Förderung des Deutschunterrichts sei ebenso notwendig wie Reiseerleichterungen in die Bundesrepublik. Übereinstimmend halte es die Delegation auch für hilfreich, wenn ein Konsulat in Sibirien eingerichtet würde.

Von der russischen Seite forderte Grätz die Fortsetzung der Politik der Bildung deutscher Kreise und die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen.

Was die Entwicklung der Medien angeht, sei die Delegation auf mutige und kritisch auftretende Journalisten getroffen. Als undurchsichtig empfände man das System der Regierungsförderungen von Zeitungen, und man sei sich einig in der Einschätzung, daß der Staatsrundfunk, so wie er jetzt bestehe, auf Dauer als öffentlicher Rundfunk nicht zu halten sein werde.

Nach den Erfahrungen mit dem Föderalismus in Deutschland, so Grätz abschließend, sei man davon überzeugt, daß ein solch großes Rußland föderal organisiert besser regierbar wäre, als dies zur Zeit offenkundig der Fall sei.

In der anschließenden intensiven Frage-runde wurde über die praktische Umsetzung der Besuchsergebnisse, über mögliche Empfehlungen in bezug auf die Zusammenarbeit mit Parteien in Rußland und anderen Republiken, über Möglichkeiten der direkten Kontaktaufnahme zwischen Unternehmern Nordrhein-Westfalens und Unternehmen in den GUS-Staaten sowie über die Einschätzung der extremistischen Ausschreitungen in den neuen Bundesländern diskutiert.



Dr. Karl-Martin Obermeier

## Korrespondenten stellen sich vor

Das radio NRW-Studio Düsseldorf nimmt heute seinen Betrieb auf. Von hier aus wird NRW-Korrespondent Dr. Karl-Martin Obermeier (38) regelmäßig aus der Landeshauptstadt berichten. Obermeier studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Recht an der Universität/Gesamthochschule Duisburg. An der Fernuniversität Hagen promovierte er zum Thema „Medienentwicklung in NRW am Beispiel der Zeitungsgruppe WAZ“. Danach arbeitete er u. a. beim Deutschlandfunk und beim WDR.

## Welt des Fußballs gratuliert Herder zum 50. Geburtstag

Glückwünsche zum 50. Geburtstag erreichten den SPD-Abgeordneten Uwe Herder aus der internationalen Welt des Fußballs. Übereinstimmend wurde Herders Wirken für den FCL als Präsident (würdig), als Teamchef (taktisch versiert) sowie als Abwehrspieler (knorrig) gewürdigt. Die Spieler des FCL überreichten dem begeisterten Fußballer Uwe Herder das Trikot der Nationalmannschaft mit der Nr. 50, dem Leitsatz von Berti Vogts folgend, daß nicht das Alter, sondern nur die Leistung zählt. Schau'n wir mal. H. Z.

## Sonderdruck nach öffentlicher Anhörung in 2 000 Exemplaren

Einem zentralen Problem der modernen Industriegesellschaft, nämlich der umwelt- und menschenfreundlichen Gestaltung des Verkehrssystems, hat sich der Ausschuß „Mensch und Technik“ in einer öffentlichen Anhörung gestellt. Daraus ist ein Sonderdruck innerhalb der Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen entstanden, der in einer Auflage von 2000 Exemplaren interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht.

Titel: Soziale Gestaltung der Technik — Gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr.



Der FC Landtag beteiligt sich an der Anti-Drogenkampagne des DFB und zieht mit der Trikotschrift „Keine Macht den Drogen“ in seine Fußballspiele.

## Chancenloser FCL bei Benefizspiel

Chancenlos war der FC Landtag in seinem ersten Spiel nach der Sommerpause in Rheine. Mit 3:8 fiel die Niederlage im Benefizspiel zum 10jährigen Jubiläum des Sportvereins Grün-Weiß Rheine gegen eine gut eingespielte Altherrenmannschaft entsprechend deftig aus.

Bei Halbzeit sah es sogar mehr als trostlos aus: Gnadenlos wurde der FCL durcheinandergewirbelt. Sechsmal rauschte das Leder in sein Netz. Uwe Herders Donnerwetter zur Pause sorgte dann für etwas erträglichere Verhältnisse. Jürgen Cosse, Fritz Leinweber

und Teamchef Uwe Herder höchstpersönlich erzielten die Treffer für den Landtag Nordrhein-Westfalen.

Die grün-weißen Altherren mußten dem hohen Tempo der ersten 45 Minuten Tribut zollen und konnten „nur noch“ zweimal den FCL-Keeper überwinden. Die zweite Halbzeit machte trotz der klaren Abfuhr Mut. Auch die stark ersatzgeschwächte Mannschaft des FCL entwickelte den schon sprichwörtlichen nordrhein-westfälischen Parlamentskampfegeist. Der nächste Gegner wird's zu spüren bekommen.

## Drehort Landtag

Drehort für einen Film über ein modernes Märchen war der Landtag NRW in der ersten Septemberwoche. Der Film „Die Libelle“, der mit Mitteln der Filmstiftung NRW und mit Unterstützung des WDR produziert wird, soll zu Beginn des Jahres 1993 in den Kinos anlaufen: Der legendenumwobene „Waldmensch“ Paul lebt fernab der Zivilisation allein in einem kaum zugänglichen Tal. Eines Tages rettet er aus den brennenden Trümmern eines Autos ein Baby, das den Unfall als einziges überlebt hat. Paul zieht das Kind in der Wildnis auf. Er will es beschützen vor der Welt der zivilisierten

Menchen, die er für verdorben und bedrohlich hält.

Das Mädchen Libelle wächst zu einer jungen Frau heran, ohne je einen anderen Menschen gesehen zu haben als ihren vermeintlichen Vater. Die beiden wohnen in einer Höhle und ernähren sich von dem, was ihnen die Natur bietet.

Eines Tages jedoch kommt ein junger Journalist, der mit seinem Gleitdrachen das Tal überfliegt, dem Geheimnis auf die Spur. Libelle hält das fliegende Wesen für einen Engel, in den sie sich schwärmerisch verliebt. Der Journalist dagegen wittert eine sensationelle Story, die er in großem Stil vermarkten will.



Eine der größten Besuchergruppen seit vielen Jahren hat auf Initiative der CDU-Landtagsabgeordneten Otti Hüls den Landtag aufgesucht. 421 durchweg junge Leute aus 13 Nationen nahmen zu vier Gruppen an einem jeweils einstündigen Programm im Landesparlament teil, das vom Besucherdienst gestaltet worden war, und bei dem die Abgeordnete Hüls mit den Besuchern ein Gespräch führte. Die Gäste kamen aus Amerika, Estland, Finnland, Frankreich, Israel, Norwegen, Österreich, Polen, Rußland, Schweden, der Tschechoslowakei, der Türkei und Deutschland. Der Besuch im Landtag war Teil der 7. Begegnungswoche Europäischer Jugend in Ibbenbüren.

## Schnoors Antwort auf die Große Anfrage 4 der SPD

### Prinzip der Bürgernähe ist von zentraler Bedeutung für die polizeiliche Arbeit

Die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung wird nach Angaben von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in den kommenden Jahren durch organisatorische, personelle, materielle und inhaltliche Maßnahmen umgestaltet und intensiviert. Im Zuge der Neuorganisation sollen bei den Kreispolizeibehörden besondere Kriminalgruppen bzw. Kriminalkommissariate „Organisierte Kriminalität“, „Organisierte Rauschgiftkriminalität“, „Wirtschaftskriminalität“, „Computerkriminalität“ und zur Bekämpfung von Umweltdelikten eingerichtet werden. Das geht aus der Antwort des Innenministers auf die Große Anfrage 4 der SPD-Fraktion zur Inneren Sicherheit und Situation der Polizei in Nordrhein-Westfalen – Lagebeurteilung und Perspektiven – hervor (Drs. 11/4112).

Die verstärkte Verfolgung dieser Delikte diene auch der Prävention. Daneben werde der Vorbeugung durch Errichtung besonderer Kommissariate bei den Kreispolizeibehörden Rechnung getragen. Nach den Feststellungen Schnoors werden diese zum einen zuständig sein für die sicherheitstechnische Beratung, was bisher der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle oblag, und zum anderen für Verhaltensempfehlungen zu allen Delikten, die durch Prävention zu beeinflussen seien, vor allem in den Bereichen Jugendschutz, Gewalt- und Sexualdelikte, Drogenprävention, Betrug, Umwelt- und Eigentumsdelikte. Ziele der Prävention seien die Aufklärung der Bevölkerung über die Art der Straftaten, und wie sie begangen würden, Erteilung von Ratschlägen zum Selbstschutz, Reduzierung von Anreizen zur Deliktsbegehung sowie Verbesserung des Zusammenwirkens von Bevölkerung und Polizei. An der Vorbeugung müßten alle Politikbereiche, Sozialinstanzen und gesellschaftlichen Kräfte stärker als bisher mitwirken, heißt es in der Antwort weiter.

Das Landeskriminalamt werde zum Beispiel die im April 1990 begonnene Anti-Drogen-Disco-Veranstaltungen fortführen. Das Pro-

jekt sei in eine von der Landesregierung breit angelegte Anti-Drogen-Kampagne eingebettet und unterstütze diese zielgruppenorientiert für die gefährdete Altersgruppe der 14- bis 18jährigen. Auch die Kreispolizeibehörden hätten Initiativen im Hinblick auf die Drogenprävention ergriffen. In Abstimmung mit dem Landeskriminalamt veranstalteten sie eigene Anti-Drogen-Disco-Abende.

Aus der Antwort geht ferner hervor, das Prinzip der Bürgernähe habe zentrale Bedeutung für die polizeiliche Arbeit. Ein Ziel der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden sei Dezentralisierung, um möglichst zeit- und ortsnahe Aufgabenwahrnehmung und damit mehr Bürgernähe zu erreichen. In der Aus- und Fortbildung werde Bürgernähe als Grundhaltung polizeilicher Arbeit vermittelt. Bürgernahe Formen der Dienstgestaltung im Wach- und Bezirksdienst, zum Beispiel Rad- und Fußstreifen, könnten intensiviert werden, sollte eine personelle Verstärkung der Kreispolizeibehörden erreicht werden.

Zu der Frage der SPD-Fraktion, wie die Landesregierung sicherstellen könne, daß vorrangig zuständige Verwaltungen nicht mehr Aufgaben der Polizei überließen als unbe-

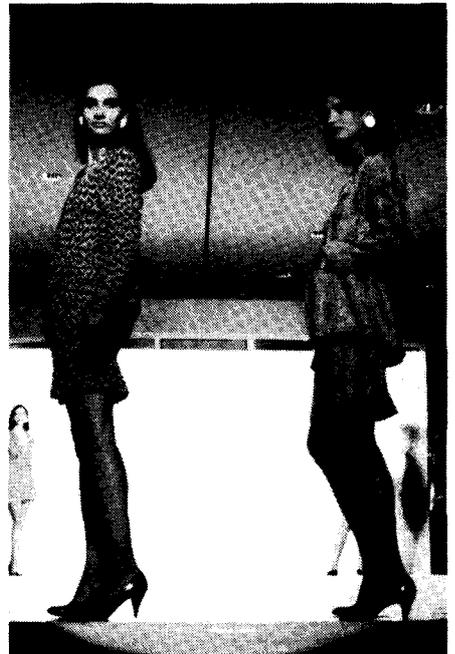
dingt notwendig, meint Schnoor, ein Vergleich mit anderen Ländern zeige, daß NRW weit fortgeschritten sei, wenn es darum gehe, durch Zuständigkeitsverlagerungen auf Fachbehörden zu vermeiden, daß die Polizei Aufgaben wahrnehmen müsse, die aus heutiger Sicht nicht Polizeiarbeit seien. Gleichwohl sei aber das Ziel längst noch nicht erreicht, die Polizei nicht mehr mit Tätigkeiten außerhalb ihrer eigentlichen Aufgaben zu betrauen. Deshalb bestehe zu Recht die Forderung, die Polizei von polizei-fremden Aufgaben zu entlasten.

Unter Hinweis auf die Eilzuständigkeit der Polizei aufgrund ihrer 24-Stunden-Präsenz und als viel- und überbeschäftigte „Ersatzbehörde“ betont der Innenminister, es gehe nicht darum, die Polizei aus ihrer Aufgabe herauszunehmen, als erster Ansprechpartner in Gefahrenfällen zur Verfügung zu stehen. Im Interesse der Betroffenen, zum Beispiel in Fällen der Jugendhilfe und Sozialarbeit, wäre es jedoch regelmäßig angebracht, wenn – sogar bei gebotenen Eilmaßnahmen – nicht die Polizei, sondern die zuständigen Jugend- und Sozialbehörden tätig würden. Die Polizei sei nicht der richtige Adressat, wenn es gelte, die Schulpflicht durchzusetzen.

★

### Essener Verleger erhielt Professorentitel

Dem Herausgeber der Neuen Rhein/Neuen Ruhr Zeitung Essen und Verleger des Econ-Verlages, Dietrich Oppenberg, ist von der Landesregierung der Titel Professor verliehen worden. Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) würdigte den 75jährigen als „außerordentliche Persönlichkeit“. Er habe bedeutende Impulse für die Institutionalisierung der Selbstkontrolle des deutschen Pressewesens gegeben.



Zu einem Sommerfest hatte die Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, vor Beginn der Parlamentsferien in den Landtag eingeladen. Aus Anlaß dieses Sommerfestes präsentierte die Igedo Internationale Modemesse Düsseldorf eine Modenschau mit Kollektionen Herbst/Winter 1992/93 sowie mit Cocktail- und Abendmode. Eine Tanzschule unterhielt mit Rock'n'Roll und lateinamerikanischen Tänzen. Foto: Schüller

# Probleme des neuen Europa am Beispiel der Ruhrfrage

## Drei Schriften zu politischen Fragestellungen am Beginn des Landes Nordrhein-Westfalen

Aus Anlaß des vierzigsten Jahrestages der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen hatte die Landesregierung 1986 als erstes Bundesland beschlossen, die Kabinettsprotokolle der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit der Herausgabe dieser Editionsreihe wurde der Lehrstuhl für Neuere Geschichte und für die Geschichte des Landes NRW an der Universität Düsseldorf und das Nordrhein-Westfälische Hauptstaatsarchiv Düsseldorf beauftragt.

Mit dem von Michael A. Kanther hervorragend bearbeiteten ersten Doppelband, der die Zeit von der Bildung des ersten Kabinetts Amelunxen im Juli 1946 bis zum Ende der CDU-SPD-Zentrumskoalition 1950 umfaßt, liegt jetzt ein erstes Ergebnis vor.

Bei den Kabinettsprotokollen handelt es sich um Ergebnisprotokolle, die allein für sich genommen eine nur begrenzt nutzbare Quelle darstellen, da sie sich recht bald von Mitschriften in reine Ergebnisprotokolle wandelten. Um sie für eine breitere Nutzung sinnvoll zu bearbeiten, bedurfte es einer Ergänzung durch komplementäres Schriftgut aus Landeskanzlei (Staatskanzlei), Ministerien, dem Parlament bis hin zu Schreiben der Militärregierung.

Diese von Kanther kenntnisreich gewählten Ergänzungen erlauben es nun, einen Überblick zu gewinnen über die Herausforderungen, vor denen das Land NRW in den Jahren der Besetzungen stand und über die Gewichtung, die sie in der Einschätzung der Landesregierung fanden.

Die „großen“ Themen des Wiederaufbaus, der Verwaltungsreform, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, Demontage und Entnazifizierung sind damit jetzt aus der Sicht der Exekutive wertbar.

Die vorliegende Edition legt zudem die differenzierten Positionen innerhalb des Kabinetts offen. Es wird aber darüber hinaus auch deutlich, wie das Bewußtsein der „Gemeinsamkeit der Demokraten“ durch eine von Parteinteressen bestimmte Politik abgelöst wird.

Erstaunen wird sicherlich manchesmal, daß wichtige Themen extrem kurz, Detailprobleme hingegen umfangreich im Protokoll abgehandelt werden. Hier wird aber deutlich, daß wichtige Sachentscheidungen häufig bereits eine lange, intensive, oft auch interne vorbereitende Diskussion hinter sich haben.

Die knapp 60 Seiten Einleitung erlauben einen ersten Eindruck vom Verhältnis zwischen Landesregierung und britischer Militärregierung, geben darüber hinaus Einblick in die Regierungsbildung der Kabinette Amelunxen und Arnold und sind allein die Lektüre wert. Schließlich macht die Einleitung auf eine Reihe von Desideraten zur Forschung aufmerksam.

Durch die den einzelnen Stücken zugeordneten Sachkommentare ist die Benutzbarkeit dieser Edition hervorragend. Orts- und Sachregister sind dabei genauso wertvoll wie ein ausgezeichnetes Personenregister, das durch ein Verzeichnis der regelmäßigen Teilnehmer an den Kabinettsitzungen ergänzt wird. Mit diesen Kurzbiographien sind endlich auch einmal Informationen über Personen aus der „Zweiten Reihe“, die noch viel zu häufig zu Unrecht vernachlässigt werden, einem breiteren Kreis zugänglich.

Es bleibt zu hoffen, daß die nachfolgenden Bände in gleichermaßen brillanter Form bear-

beitet werden und die Edition tatsächlich nicht nur das Interesse der Historiker von Profession findet, wie es Ministerpräsident Rau in seinem Geleitwort wünscht.

Wie wichtig diese Edition ist, macht auch ein Blick auf eine bereits seit längerem auf dem Markt befindliche Studie von Wolfgang Kringe deutlich, der für seine Arbeit über die Entstehung der Landesverfassung keinen Einblick in die Kabinettsprotokolle nehmen konnte und somit zwangsläufig die Position der Exekutive vernachlässigen mußte.

### Geschichte des Landes im Spiegel der Wissenschaft

In akribischer Detailbeflissenheit hat Kringe die Entstehung der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalens nachgezeichnet. Bezeichnenderweise lautet sein Titel „Machtfragen“. Damit ist bereits angedeutet, daß es sich bei dem Prozeß der

Verfassungsgebung nicht um einen hehren Prozeß gemeinsamen Ringens um eine Verfassung handelt, sondern es sich in diesem Geschehen um handfeste Politikinteressen dreht. Diese Auseinandersetzungen aber wirken sich auf die Verfassung des Landes sicher günstig aus. Kringe konstatiert denn auch, daß „die Landesverfassung... in ihrer Gesamtheit kein Dokument der Verfassungspolitik nur einer Partei oder nur einem ideologischen Lager zuzuordnenden Koalition“ sei, sondern „sie ist eine Mischverfassung im besten Sinn“, die sich bis heute bewährt hat, wie man hinzufügen sollte. Leider hat man es versäumt, Kringes Arbeit mit einem eigentlich doch unverzichtbaren Personen- und Sachregister zu versehen, so daß die Benutzbarkeit eingeschränkt ist.

Abschließend sei noch auf einen Band der Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens hingewiesen.

Ursula Rombeck-Jaschinski untersucht in ihrer 1990 erschienenen Studie die geradezu modellhafte Verflechtung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalens mit Europa, macht Chancen und Probleme eines zukünftigen vereinten Europas für NRW am Beispiel der Ruhrfrage deutlich.

Seit seiner Entstehung hatte sich Nordrhein-Westfalen immer mit Eingriffen in die Ruhrpolitik auseinandersetzen gehabt. Zunächst mußte der Landesregierung daran gelegen sein, ihre „Einwirkungsmöglichkeiten auf die alliierte Ruhrpolitik schrittweise zu vergrößern“, und nach der Gründung der Bundesrepublik die Ansprüche der Bundesregierung abwehren. Sah die Landesregierung vor der Gründung der Bundesrepublik in einer „Europäisierung der Ruhrfrage“ die Chance, der alliierten Ruhrpolitik begegnen zu können, so mußte sie bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aber auch auf die Gefahren für das föderalistische System hinweisen. Hier ging es um die Sicherung der Mitspracherechte der Länder im Fall der Übertragung von Souveränitätsrechten an supranationale europäische Organisationen durch die Bundesregierung. Die vorliegende Arbeit zeichnet diese Entwicklung der Verflechtung des Landes NRW mit Europa in

seinen innen- und außenpolitischen Dimensionen von 1946 bis Ende der fünfziger Jahre nach.

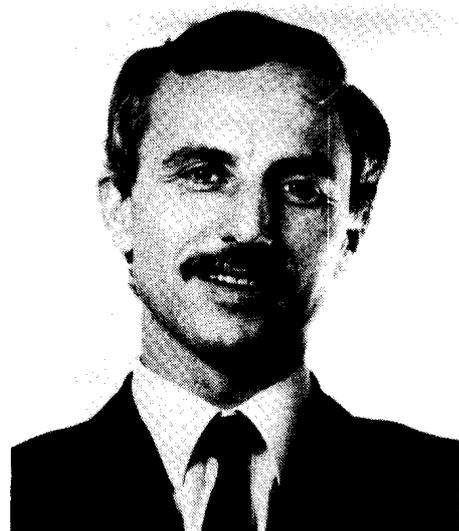
Es wird aber auch deutlich, daß die Uneinigkeit der Länder die Position des Landes Nordrhein-Westfalen nicht vereinfachte. In Uneinsichtigkeit des geradezu exemplarischen Kampfes um die Rechte der Länder stand NRW nur zu häufig allein. Ein Tatbestand, der auch heute noch Anlaß zur Sorge bietet.

Thomas Schneider

*Michael Alfred Kanther (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernennungsperiode und erste Wahlperiode), Respublica-Verlag, Siegburg 1992 (Veröffentlichung der staatlichen Archive des Landes NRW, Reihe K: Kabinettsakten, Bd. 1, herausgegeben von Peter Hüttenberger und Wilhelm Janssen), 2 Bände, XI, 1005 Seiten, Abbildungen, 98 Mark.*

*Wolfgang Kringe: Machtfragen. Die Entstehung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 1946—1950, Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1988 (Verfassungspolitik. Heidelberger Studien zur Entstehung von Verfassungen nach 1945. Band 7), 629 Seiten.*

*Ursula Rombeck-Jaschinski: Nordrhein-Westfalen, die Ruhr und Europa. Föderalismus und Europapolitik 1945—1950, Klartext-Verlag 1990 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens. Band 29), 224 Seiten, 17,80 Mark.*



„Daß Politiker träge Ausschubhengste sind, die erst am kalten Buffet wirklich mobil werden“, hält der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Hans Kraft nach eigenen Worten für „ein schlimmes Vorurteil“. Der Parlamentarier gibt dafür ein eigenes Beispiel. Kraft, der auch Präsident des Squash-Verbandes in Nordrhein-Westfalen ist, wurde in einer Woche gleich in drei verschiedenen Disziplinen zum Wettbewerb gebeten und war dabei erfolgreich. An einem Samstag trat er im Rahmen des Höseler Schützenfestes zum Gasteschießen beim Höseler Bürger- und Schützenverein an und wurde Gästekönig. Bei einem Prominentenrennen anläßlich eines Radrennens in Ratingen am nächsten Tag überquerte der Politiker als erster die Ziellinie, übrigens auf einem normalen Sporttourrenad aus dem Fachhandel. Am darauffolgenden Sonntag stellte sich Kraft zum Kö-Lauf in Düsseldorf als Teilnehmer in einem Prominentenfeld. Im sogenannten Tribünensport belegte er den ersten Platz.

## SPD-Fraktion

### SPD-Fraktion drängt auf verbesserten Klimaschutz

Entschieden widersprochen hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Professor Dr. Friedhelm Farthmann den jüngsten Äußerungen der Stromwirtschaft, eine 25prozentige CO<sub>2</sub>-Minderung in den Kraftwerken der alten Bundesländer sei bis zum Jahre 2005 nicht erreichbar. Farthmann verwies auf eigene, frühere Ankündigungen der Energieunternehmen, die bereits 1990 in einer Anzeigenkampagne mit einer neuen Kraftwerksgeneration eine 25prozentige Wirkungsgradverbesserung und damit CO<sub>2</sub>-Minderung angekündigt hatten. Farthmann erinnerte zudem an einen Landtagsbe-

schluß von 1991, in dem die endgültige Genehmigung des Braunkohletagebaus Garzeiler II ausdrücklich von einer umfassenden Erneuerung des Kraftwerksparks mit einer drastischen Reduktion klimarelevanter Emissionen abhängig gemacht wurde. Farthmann: „Ohne einen drastisch verbesserten Klimaschutz wird es kein Garzeiler II geben.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende verlangte von der Bundesregierung endlich konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz: „Es genügt nicht, daß 25-Prozent-Ziel ständig nur anzukündigen. Die Zeit läuft, jetzt müssen endlich konkrete Schritte folgen: z. B. die Novellierung der Wärmeschutzverordnung, die Reform des antiquierten Energiewirtschaftsgesetzes, die Umstellung der Kfz-Steuer oder die Wiederaufnahme der steuerlichen Energiesparförderung.“ Farthmann bemängelte, daß seit der Verkündung der Klimaschutz-Vorhaben im Jahre 1990 von der

Bundesregierung bisher keine einzige dieser Maßnahmen realisiert wurde. „Damit sind fast zwei Jahre für den Klimaschutz verlorengegangen.“

★

Die SPD-Landtagsfraktion will die Voraussetzung dafür schaffen, daß der sogenannte Westschienen-Kanal, der Fernsehsender VOX mit Sitz in Köln, ab 1993 auf Sendung gehen kann. Sie beschloß jetzt mit großer Mehrheit, daß die bisher vom WDR für die Verbreitung der täglichen Regional-Fensterprogramme in West 3 (19.45 Uhr bis 20.00 Uhr) genutzten Frequenzen Wesel II (Kanal 59) und Düsseldorf II (Kanal 39) ab dem 1. Januar 1993 den Westschienen-Veranstaltern zur Verfügung gestellt werden. „Ersatzfrequenzen für die Verbreitung regionaler Fenster stehen dem WDR zur Verfügung“, erklärte der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büssov.

## CDU-Fraktion

### Schuljahresbeginn 1992/93 – Rückschritt statt Fortschritt

Als einen „eklatanten Rückschritt im Hinblick auf eine qualifizierte Ausbildung unserer Kinder“ hat die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Beatrix Philipp, die von Kultusminister Hans Schwier zum Schuljahresbeginn vorgestellten Ausgangsdaten über die Schulsituation in NRW kritisiert. „Die Bedingungen, unter denen unsere Kinder lernen müssen, werden sich weiter

rapide verschlechtern“, so Frau Philipp. Denn, allen statistischen Zahlenspielerien zum Trotz, steht fest:

- Die Klassen werden größer, die Qualität des Unterrichts wird schlechter. Über 100 000 Kinder müssen in 3334 Klassen mit mehr als 30 Schülern unterrichtet werden.
- Es werden effektiv nur 643 neue Lehrstellen geschaffen, die von den 2100 Lehrpersonen, die der Kultusminister erwähnt, besetzt werden.
- Das gegliederte Schulsystem in NRW wird weiter benachteiligt. Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und berufsbildende Schulen verlieren im Vergleich

zum Vorjahr 1400 Stellen. Exakt diese Zahl ist an den Gesamtschulen als Zugewinn zu verzeichnen, obwohl die Schülerzahlen an den Schulen des gegliederten Schulwesens um das Doppelte im Vergleich zu den Gesamtschulen steigen.

- Der nach wie vor bestehende fächerspezifische Unterrichtsausfall wird nur dadurch kaschiert, daß nunmehr den Schulleitern der „Schwarze Peter“ zugeschoben wird. Sie müssen den Unterricht, der nicht erteilt werden kann, in eigener Regie streichen.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Keine Macht den Drogen!

Mit ihrer Absicht, Drogenbesitz für den Eigenkonsum nicht mehr strafrechtlich zu verfolgen, kapituliert die SPD-Landesregierung nach Ansicht der F.D.P.-Landtagsfraktion vor einem gesellschaftlichen Problem. „Wer glaubt, ein Problem einfach wegdefinieren zu können, betritt sich selbst und die Bürger unseres Landes“, heißt es in der F.D.P.-Landtagsfraktion. Nach dem sogenannten „Eierdieb-Erlaß“ des Justizministers, bei dem Eigentumsdelikte bis zu einem Wert von 100 Mark nicht mehr verfolgt werden; nach dem sogenannten „Bagatell-

Erlaß“ des Innenministers, nach dem die sogenannte Kleinkriminalität, wie z. B. vorsätzliche Körperverletzung, einfacher Diebstahl, Unterschlagung und Betrug, praktisch nicht mehr verfolgt werden, öffnet der weitere Rückzug des SPD-geführten Landes neue rechtsfreie Räume, und das ausgerechnet beim Kampf gegen die Drogen.

Um dem Ganzen noch die NRW-SPD-übliche Hybris aufzusetzen, will die SPD-Landesregierung sogar notfalls im Alleingang gegen die Politik aller anderen 15 Bundesländer und die des Bundes die Strafverfolgung von „geringem Drogenbesitz“ außer Kraft setzen. Welche Sogwirkung dies auf den Drogenmarkt in Nordrhein-Westfalen haben wird, kann sich jeder leicht ausmalen. Unabhängig von Definitionsproblemen: was ist ein geringer Drogenbesitz?, unabhängig von der Frage: ob nur Cannabis oder, wie

Schnoor es will, harte Drogen davon betroffen sind, bedeutet dies quasi einen staatlich garantierten Drogenabsatzmarkt in NRW.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion erinnert an die bundesweite Kampagne „Keine Macht den Drogen“, der mit einer derartigen Politik der Duldung von Drogenkonsum und staatlicher Verharmlosung die Wirkung genommen wird.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion bestreitet nicht, daß Drogenabhängige vorrangig medizinisch therapeutisch behandelt werden müssen. Aber auf die Ächtung des Drogenkonsums durch die Gesellschaft über das Strafrecht kann und darf nicht verzichtet werden. Statt Drogenbesitz zu ächten, wird der Einstieg in ein von Drogen bestimmtes Leben nach den Plänen der SPD-Minister von nun an in NRW erleichtert. Das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat Nordrhein-Westfalen wird so weiter erschüttert.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Wer das Asylrecht angreift, gibt den Gewalttätern recht

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN ist angesichts der fast jeden Tag gemeldeten gewalttätigen Angriffe auf Ausländerwohnheime und der gleichzeitigen Bereitschaft, nicht nur der CDU, sondern auch der F.D.P. und der SPD-Führung, das Asylrecht wesentlich einzuschränken, außerordentlich besorgt. Direkt nach den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock erklärte der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag NRW, Roland Appel: „Neue ausländerfeindliche Krawalle wie in Rostock sind vorprogrammiert, wenn die Politiker der Altparteien weiterhin so realitätsuntüchtig reagieren. Insbe-

sondere die SPD muß sich jetzt fragen, was sie mit ihrer Wende gegen das Asylrecht bewirken wird.

Tatsachen scheinen nicht mehr zu interessieren. Statt dessen regieren ‚Stimmungen‘ die herrschende Politik. Die Tatsachen sind.

- Durch die Abschaffung eines Grundrechtes in der Bundesrepublik Deutschland ändert kein Mensch seinen Entschluß zur Flucht.
- Die Abschaffung des Grundrechtes auf politisches Asyl ist ein Erfolg für die Schönhubers und die Gewalttäter von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und anderswo. Die Politikerinnen und Politiker hören auf sie, sie sind also ‚auf dem richtigen Weg‘.
- Die Brandstifter ausländischer und nichtweißer Mitmenschen sind deswegen nicht nur in Neo-Nazi-Gruppen zu finden, sondern ebenso in zahlreichen Regierungs-, Verwaltungs-, Parlaments- und Parteibüros.“

Nach dieser Erklärung erfolgte eine Strafanzeige der GRÜNEN-Fraktion gegen den Bundesinnenminister, Rudolf Seiters, den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer, den Innensenator von Rostock, Peter Magdanz, sowie gegen eine unbekannte Anzahl befallklatschender Bürger von Rostock-Lichtenhagen.

Die angezeigten Politiker haben nach Auffassung der Grünen die rechtsextremen Täter zumindest insoweit fahrlässig unterstützt, indem sie ein „gewisses Verständnis“ für die Ausschreitungen bekundet haben.

Auch Sozialminister Heinemann hat in diesem Sinne gewirkt. Deswegen hat der grüne Landtagsabgeordnete Daniel Kreutz die Äußerungen des Sozialministers Heinemann zur Kürzung der Gelder für Asylbewerber und zum Verhalten der Roma und Sinti als „Rassismus fördernde Politik“ bezeichnet.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 17. September 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

## Minister Clement in Euro-Vorstand gewählt

Staatskanzleichef Wolfgang Clement (SPD) ist im spanischen Santiago de Compostela in den 37köpfigen Vorstand der Vereinigung der Regionen Europas (VRE) gewählt worden. Unter dem Vorsitz des Spaniers Jordi Pujol I Soley (Katalonien) sieht die Interessenvertretung der europäischen Regionen ihr Ziel unter anderem darin, den in den Maastrichter Verträgen vorgesehenen „Ausschuß der Regionen“ vorzubereiten. Dem VRE gehören derzeit 207 Regionen in Ost- und Westeuropa an. Wie Clement in Düsseldorf erklärte, sei die VRE zu ihrer nächsten Hauptversammlung im Januar 1993 nach Bonn eingeladen.

## Gelesen, notiert...

„Kindheit heute, das ist Fernsehkindheit: also überwiegend mediatisierte Erfahrungen. Das ist Einzelkindheit: also meist fehlende Kommunikationsmöglichkeiten. Das ist Automobilisierung: also eingeschränkte Möglichkeiten zu Abenteuer und praktischem Tun.

Hierauf kann Schule nicht mehr als Buch- und Stillsitzschule antworten. Deshalb wird mehr Zeit gefordert, um Anlässe zu vielfältigen Erfahrungen zu schaffen, um mitmenschlichen Umgang zu pflegen, um selbstverantwortliches Tun zu ermöglichen: mehr Zeit für ‚erziehenden Unterricht‘.“

*Reinhold Christiani vom NRW-Kultusministerium in „Städte und Gemeinderat, Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen“.*

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Gabriele Gorcitzka (SPD)

*Sie sieht sich nicht als Frauenrechtlerin, und sie ist erst recht keine „Emanze“, mit natürlichem Charme und viel Engagement setzte sich Gabriele Gorcitzka schon immer für die Schwächeren in der Gesellschaft ein, für die, „die sich nicht wehren können“, und sie bricht auch eine Lanze für „ihr“ Geschlecht. Denn Frauen gehen nach ihrer Einschätzung alle Politikbereiche „praktischer“ an, „sie sagen in drei Sätzen, worauf es ankommt, während Männer dafür ein ganzes Referat benötigen“. Als Grund für diesen auffälligen Unterschied nennt die SPD-Landtagsabgeordnete den Zwang der meisten Frauen zum „Organisieren“. Viele seien berufstätig, hätten Kinder und einen Haushalt. Die Mutter des 14jährigen Boris spricht aus Erfahrung. Die gebürtige Hernerin, Jahrgang 1952, absolvierte nach Besuch des Gymnasiums die kaufmännische Lehre im Baubereich und wurde später Betriebswirtin. Schon während der Schulzeit, dann auch in den Ausbildungsjahren, engagierte sie sich als Jugendsprecherin der IG Metall für jene, die der Hilfe ihrer Mitmenschen bedürfen. Aus einem liberalen Elternhaus stammend, kam sie vor allem aufgrund ihrer Gewerkschaftstätigkeit in die Nähe zur Sozialdemokratie. Allerdings trat Gabriele Gorcitzka der Partei erst 1976 bei, weil, wie sie feststellte, „man als Wähler allein nicht viel ändern kann“. Inzwischen ist sie schon seit acht Jahren Vorsitzende des Ortsvereins Herne Alt und gehört auch dem Führungsgremium des mitgliederstarken Unterbezirk an.*

*Mit der Wahl 1984 in den Stadtrat erwarb die Sozialdemokratin ihre kommunalpolitischen Erfahrungen. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit waren der Umweltschutz und die Jugendhilfe. Als sie dann 1990 als direkt gewählte Kandidatin im Wahlkreis Herne I mit 64,6 Prozent der Stimmen in den nordrhein-westfälischen Landtag einzog, verzichtete sie auf die weitere Ausübung des kommunalen Mandates. Auf Anhieb in den SPD-Fraktionsvorstand berufen, engagiert sie sich heute im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie im Petitionsausschuß. Die Hernerin beschäftigt vor allem die Abfallproblematik, die alle Bürger fordern, zur Reduzierung des Mülls beizutragen. Dabei stellt sie nicht zuletzt bei ihrem Sohn fest, daß die Jugendlichen auf diesem Gebiet meistens aufgeklärter seien als die Erwachsenen. „Sie denken bereits an die Zukunft unserer Erde.“ Zu dieser Einstellung trage nach ihren Feststellungen die Schule bei, wo im Unterricht oft darüber geredet werde, „wie man im Alltag praktischen Umweltschutz betreiben kann“.*

*Der Landtagsabgeordneten, die in ihrem Wahlkreis regelmäßig Bürgerstunden abhält, ist die Zugehörigkeit zum Petitionsausschuß nicht nur ein „persönlicher Gewinn“. Die Möglichkeit, Menschen in diesem Parlamentsgremium direkt helfen zu können, ist für sie um so bedeutsamer, weil man auf diesem Wege auch zum Abbau der allgemeinen Parteienverdrossenheit beitragen könne. „Die Leute merken dann schnell, daß man nicht ‚abgehobelt‘, sondern praktische Politik macht.“ So ist die Parlamentarierin auch eine rege Besucherin von Vereinen und Organisationen, denen sie erläutert, „was in Düsseldorf beschlossen wird“.*

*Wie für die meisten „Neulinge“ bedeutete auch für Gabriele Gorcitzka der Wechsel von der „überschaubaren“ Herner Rats zur 121 Mitglieder zählenden Landtagsfraktion eine große Umstellung. Und dann ist noch das Düsseldorfer Mammut-Parlamentsgebäude, das ohnehin das gegenseitige Kennenlernen erschwert. „Wenn man da drinnen sitzt, fühlt man sich ‚abgebabelt‘ von zu Hause“, meinte die Abgeordnete.*

*Die neue parlamentarische Herausforderung drängt private Neigungen derzeit in den Hintergrund, doch würde es dem aufgeschlossenen Wesen der Parlamentarierin nicht entsprechen, sich nur noch auf die Politik zu konzentrieren. Konnte die Hernerin schon ihren „Traumberuf“ nicht realisieren — Archäologin zu werden —, so liest sie heute mit großer Wißbegierde die entsprechende Fachliteratur und besucht archäologische Museen. Dort und auch in Kunstausstellungen könnte sie sich tagelang aufhalten. Eine Frau, die nicht nur Sprosse um Sprosse auf der Karriereleiter nach oben strebt. Auch dieser Wesenszug macht die Abgeordnete sympathisch.*

Jochen Jurettko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 16. bis 17. September 1992

16. 9. **Albert Leifert** (CDU), 56 J.

17. 9. **Anke Brunn** (SPD), 50 J.

17. 9. **Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN), 39 J.

★

**Anke Brunn** (SPD), Ministerin für Wissenschaft und Forschung, begeht am 17. September 1992 ihren 50. Geburtstag. Frau Brunn stammt aus Behlendorf im Kreis Lauenburg. Nach dem Besuch des Humanistischen Gymnasiums und dem Abitur 1961 studierte sie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg, Paris und Köln. 1966 schloß sie als Diplomvolkswirtin ab. Bis 1975 arbeitete sie als wissenschaftliche Angestellte an der Universität Köln. Bereits 1970 war sie in den Landtag gewählt worden, dem sie bis 1981 angehörte. In jenem Jahr wurde sie als Senatorin für Jugend, Familie und Sport nach Berlin berufen. Von 1981 bis 1983 gehörte sie ferner dem Abgeordnetenhaus von Berlin an und war stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, eine Funktion, die sie bis 1981 auch im nordrhein-westfälischen Landtag innehatte. 1985 wurde die Politikerin aus Köln als Wissenschaftsministerin in das 3. Kabinett Rau berufen. Frau Brunn ist seit 1967 Mitglied der SPD, seit 1986 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und seit 1987 Vorsitzende des SPD-Bezirks Mittelrhein. Sie gehört darüber hinaus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr an. Zu ihren breiten Aufgabefeldern zählte von 1981 bis 1983 die Mitarbeit in der Enquete-Kommission des Bundestages „Jugendprotest im demokratischen Staat“ sowie von 1984 bis 1985 als Vorstandsmitglied in der „Aktion Gemeinde-nahe Psychiatrie“ in Köln. Von 1983 bis 1985 war Anke Brunn Landesgeschäftsführerin des Internationalen Bundes für Sozialarbeit-Jugendsozialwerk. Die Ministerin ist verheiratet und hat ein Kind.

★

**Erich Heckelmann** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist bei der Jahreshauptversammlung der Arbeiterwohlfahrt des Kreises Neuss einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt worden. Der Sozialdemokrat erfuhr ferner eine Ehrung: Der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums des deutschen Sängerbundes wurde jetzt für seine 40jährige Tätigkeit als Chorsänger mit der goldenen Ehrennadel des Sängerbundes ausgezeichnet.

★

**Hans Georg Weiss** (CDU), ehemaliger Landtagsabgeordneter aus Monschau, ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Der Innenminister wie auch Landtags-Vizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** würdigten Weiss als einen der Abgeordneten, der es während langer parlamentarischer Arbeit verstanden habe, die Bindung an sein Berufsleben zu erhalten und so diese Erfahrungen fruchtbringend in die parlamentarische Arbeit einzubringen. Weiss gehörte dem nordrhein-westfälischen Landtag von 1970 bis 1990 an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

### Börsenspekulanten.



„Herr Baron, der Dub' fliehet Ihnen Ihr Sackuch!“  
„Laffen sen gehn, mer hab'n auch klein angefangen.“

## Eine Ausstellung als Mahnung

Das Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte in Duisburg, die Landesbildstelle Rheinland in Düsseldorf sowie die Gesamtschule Bockmühle in Essen veranstalten gemeinsam eine Fotoausstellung, die zur Zeit noch in der Gesamtschule zu sehen ist, anschließend im Essener Studienseminar für drei Wochen gezeigt wird, und deren Präsentation danach verfügbar sein soll. Interessenten können sich bei der Düsseldorfer Landesbildstelle melden. Die Ausstellung trägt die Überschrift „Antisemitismus im Rheinland bis 1933“ und hat zum Ziel, den Antisemitismus, seine Erscheinungsformen und seine weit zurückliegenden Wurzeln aufzuzeigen. Ohne dieses Bemühen könnten — so die Medienstelle des Landschaftsverbandes Rheinland — antisemitische Vorgänge als plötzlich auftretendes und überwundenes Phänomen verstanden werden. Durch dieses Fehlverständnis verlören sie zudem ihren mahnenden Charakter, da sich die Mechanismen der Entstehung und Wirkung auf andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung von Minderheiten übertragen ließen. Angesichts der Asyl-Auseinandersetzungen ein aktuelles Problem. Das mitveranstaltende Steinheim-Institut (StI), 1986 gegründet und nach dem jüdischen Arzt, Philosophen und Theologen Salomon-Ludwig-Steinheim (1789 bis 1866) benannt, ist eine interdisziplinär arbeitende wissenschaftliche Einrichtung in Duisburg. Das Institut beschäftigt sich mit der deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte von der Epoche der Aufklärung bis in die Gegenwart und will ferner der verzerrten Darstellung von Juden und Judentum durch Fort- und Weiterbildung entgegenwirken. — Das Ausstellungsbild oben gibt unter der Überschrift „Börsenspekulanten“ eine Karikatur wieder, mit der die „Fliegenden Blätter“ antisemitische Ressentiments schürten.

Foto: Landesbildstelle

### Antrag: Flugzeugbewegungen in Lärmkontingent umwandeln

Der Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH hat die Geschäftsführung beauftragt, beim Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen einen Antrag zu stellen, dessen Ziel es sein soll, die im Planfeststellungsbeschuß festgelegte Begrenzung der Zahl der Flugzeugbewegungen in ein Lärmkontingent umzuwandeln. Dabei soll die durch den technischen Fortschritt erzielte Lärminderung im Luftverkehr sowohl den Entwicklungsinteressen des Flughafens Düsseldorf als auch den berechtigten Interessen der Flughafen-anwohner Rechnung tragen. Außerdem wurde die Geschäftsführung beauftragt,

zusammen mit den Partnern des Angerlandvergleiches, Land Nordrhein-Westfalen und Stadt Düsseldorf, Neuverhandlungen über diesen Vergleich mit der Stadt Ratingen aufzunehmen.

Ziel hierbei ist es, die Verlängerung der Hauptstart- und -landebahn zur Durchführung von Nonstopflügen über größere Entfernungen (z.B. Ostasien) zu erreichen. Beide Initiativen seien in Übereinstimmung mit entsprechenden politischen Beschlüssen des Landtages von Nordrhein-Westfalen und des Rates der Stadt Düsseldorf ergriffen worden, teilte die Flughafengesellschaft mit.